

GRÜNES PROGRAMM FÜR DIE REGION HANNOVER 2011 - 2016

WIR MACHEN DAS KLAR.



Inhalt:

| | |
|---|-----------|
| 1: SolidaRegion | 6 |
| Bildung und Kinderbetreuung | 6 |
| Diversität: Die Chancen der Vielfalt nutzen | 16 |
| – <i>Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe</i> | 16 |
| – <i>Sexuelle Orientierung</i> | 21 |
| – <i>Generationensolidarität</i> | 22 |
| – <i>Menschen mit Behinderungen</i> | 25 |
| – <i>Mobilität für Alle</i> | 28 |
| – <i>Gesellschaftliche Teilhabe</i> | 29 |
| – <i>Migration</i> | 33 |
| – <i>Antirassismus</i> | 36 |
| Gesundheit | 38 |
| Qualität im Rettungswesen sichern | 43 |
| 2. Umwelt und Natur | 45 |
| Klimaschutzregion Hannover | 45 |
| Verkehrswende! | 55 |
| Gesundheitsvorsorge | 64 |
| Biologische Vielfalt erhalten, entwickeln und erlebbar machen | 67 |
| Neue Landwirtschaft ohne Massentierhaltung | 71 |
| Abfall | 73 |
| Altlasten | 79 |

| | |
|--|------------|
| 3. Öffentliches Leben | 81 |
| Kultur in der Region Hannover | 81 |
| Sportentwicklung | 83 |
| Naherholung in der Grünen Region – zuhause und nebenan | 85 |
| Strategische Regionalplanung | 89 |
| Metropolregion stärken | 96 |
| 4. BürgerInnenrechte | 97 |
| Demokratische Teilhabe | 97 |
| VerbraucherInnenschutz sichern | 100 |
| 5. Regionale Wertschöpfung und Beschäftigung | 101 |
| Unser Green New Deal für die Region Hannover | 101 |
| Silberne Wirtschaft | 106 |
| Standortentwicklung und -marketing | 107 |
| 6. Finanzielle Nachhaltigkeit | 111 |
| Rahmenbedingungen | 111 |
| Grüne Haushaltspolitik | 113 |
| Glossar | 119 |

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 11. September 2011 wird eine neue Regionsversammlung gewählt. Seit Gründung der Region Hannover im Jahr 2001 tragen Bündnis 90/Die Grünen hier Regierungsverantwortung. Mit zahlreichen Projekten haben wir die Region vorangebracht. In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, die Region Hannover trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen nicht nur handlungs-, sondern auch gestaltungsfähig zu erhalten. Hier ist nicht blindes Sparen gefragt, sondern Kreativität und Ideenreichtum.

Eine Region für alle – das ist das Leitbild unserer Politik. GRÜNE stehen für echte Teilhabe, die niemanden ausschließt. Wir schaffen Zugänge für alle Menschen in der Region – egal welche Hautfarbe sie haben, welches Geschlecht, welche sexuelle Orientierung[↑], ob sie ein festes Einkommen haben oder von Transferleistungen leben. Unter dem Motto „SolidaRegion – Eine Gesellschaft für alle“ setzen wir in der gesamten Region Hannover soziale Schwerpunkte. Es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, ob Kindern Bildungs- und Freizeitangebote zur Verfügung stehen. Diese Region braucht alle Menschen, die in ihr leben.

Grundlage für ein gutes und gesundes Leben ist eine gesunde Umwelt. Wir setzen uns für den Erhalt der Lebensräume für Menschen, Pflanzen und Tiere ein. Umweltverträgliche Mobilität ist uns wichtig. Unser Ziel ist die klimaneutrale Region.

Neben einer gesunden Umwelt gehört ein attraktives und vielfältiges Angebot von Kultur, Sport und Naherholung zur Grundlage für ein gutes Zusammenleben der Menschen in der Region. Stadtentwicklung und Regionalplanung müssen diese Punkte gemeinsam miteinander betrachten und Sorge tragen für einen regionalen Ausgleich und ressourcenschonende Entwicklungen.

In einer Region, die sich an den Bedürfnissen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner orientiert, möchten wir die Transparenz öffentlichen Handelns sicherstellen und die Möglichkeiten für demokratische Teilhabe ausbauen.

Mit unserem Green New Deal für die Region Hannover verbinden wir ein nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften mit Innovation und gesellschaftlicher

Teilhabe. Wir unterstützen lebenslanges Lernen und den Ausbau und Erhalt von fair bezahlten Arbeitsplätzen in unserer Region.

Grüne Politik ist ehrlich. Wir werden Ihnen auch für die kommenden fünf Jahre keine Wunder versprechen. Viele Bereiche unseres Lebens vor Ort werden durch Landes-, Bundes- und Europapolitik bestimmt und beeinflusst. In diesem Wahlprogramm werden auch Probleme benannt, die nicht unmittelbar auf Ebene der Region entschieden werden. Dennoch mischen wir uns hier ein und versuchen Druck aufzubauen, wo es nötig ist.

Die Haushaltslage der Region und ihrer Kommunen bleibt angespannt. Auch hier tun wir alles dafür, dass es auf Landes- und Bundesebene einen Politikwechsel gibt, der für eine Entlastung der Kommunen sorgt. Trotzdem werden wir weiterhin mit begrenzten Mitteln arbeiten müssen. Dass es trotz dieser Probleme möglich ist, Politik zu gestalten und etwas zu verändern, haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt.

Wir möchten die Region weiterhin mitgestalten und Verantwortung übernehmen für eine lebenswerte Gegenwart und eine gute Zukunft. Starke GRÜNE sind gut für die gesamte Region und die Menschen, die hier leben. Wir sind bereit. Packen wir es gemeinsam an!

Dafür bitten wir um Ihre Stimmen am 11. September

↑ **Begriffe mit dieser Markierung sind im Glossar ab S. 119 erklärt.**

1: SolidaRegion

Unter dem Motto „SolidaRegion – Eine Gesellschaft für alle“ setzen wir GRÜNE in der gesamten Region Hannover soziale Schwerpunkte. Wir wollen gemeinsam erreichen, dass in einer Gesellschaft für alle jede und jeder Verantwortung für die Gemeinschaft übernimmt. Wir stehen für Chancengerechtigkeit für alle ein – unabhängig von ihrem sozialen Status oder ihrer Herkunft. Unser Ziel ist es, dass niemand ausgeschlossen wird und jede und jeder seine individuellen Entfaltungsmöglichkeiten hat. Dabei müssen die Schwachen von den Starken unterstützt werden.

Bildung und Kinderbetreuung

Frühkindliche Bildung und Betreuung

Kinder früh fördern, Eltern unterstützen

Im Bereich Bildung und Kinderbetreuung setzen wir auf frühkindliche Bildung. Je früher Kinder und Jugendliche Unterstützung erfahren und an Bildungsangeboten teilhaben, desto mehr Chancen haben sie auf ihrem weiteren Lebensweg. Dort wo es nötig ist, müssen Hilfestellungen gegeben werden, um Bildung unabhängig von den jeweiligen sozialen Voraussetzungen zu ermöglichen. Eltern von Kindern mit Behinderungen benötigen hierbei besondere Unterstützung.

Alle Kinder haben das Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Sie sollen daher frühzeitig den sozialen Umgang miteinander lernen. Die frühzeitige Entwicklung von sozialen Kompetenzen ist ein wichtiger Baustein für ihr weiteres persönliches und gesellschaftliches Leben. Frühzeitige Impulse ermöglichen aber nicht nur den Kindern bessere Chancen für ihre Biografie, sondern verhindern mittel- und langfristige auch Folgekosten für die Region Hannover und jede einzelne Kommune in der Region.

Als Träger der Jugendhilfe für 15 Städte und Gemeinden ist die Region Hannover auch für die Kinderbetreuung verantwortlich. Das Ziel ist, Familie und Beruf vereinbar zu machen und frühkindliche Bildung für alle zu erreichen. Gemeinsam mit den

Städten und Gemeinden der Region müssen für dieses Ziel alle Anstrengungen unternommen werden.

Wir haben uns in der Region Hannover erfolgreich dafür eingesetzt, dass Kinderbetreuung nicht mehr nur vom Wohnort abhängt, sondern die Betreuung eines Kindes über Stadt- und Gemeindegrenzen hinaus möglich ist.

Außerdem sind in der Region 1500 neue Tagespflegeplätze für Kinder entstanden. Standards für die Qualifizierung von Tagesmüttern und -vätern wurden festgelegt und erhöht. Durch die Mitfinanzierung der Region sind die Betreuungsangebote in Kitas[↑] bei Halb- und Ganztagsplätzen gestiegen.

Um den frühzeitigen Spracherwerb im Vorschulalter zu fördern, haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die zuvor nicht ausreichenden Mittel des Landes für die Sprachförderung verdoppelt wurden. Damit konnten bei den Drei- bis Fünfjährigen auch deutschsprachige Kinder aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen gemeinsam mit Kindern mit Migrationshintergrund gefördert werden. Zudem haben wir uns dafür eingesetzt, dass jährlich 250.000 Euro für familienunterstützende Projekte, wie etwa das Familienhebammen-Netzwerk, zur Verfügung stehen.

Herausforderungen für die Wahlperiode 2011 bis 2016

Im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik gibt es in der Region Hannover weiter viel zu tun. Unser Ziel ist es, so früh wie möglich Kinder aus sozial benachteiligten, erziehungsschwachen und bildungsfernen Familien gesellschaftlich zu integrieren.

Wir setzen uns ein für:

- Die Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes an Kinderbetreuung in der Region Hannover durch quantitativen und qualitativen Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen: die Ganztagsbetreuung muss ausgebaut und die Anzahl von Integrationsgruppen muss erhöht werden.
- Den bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige. Ab 2013 besteht ein Rechtsanspruch darauf.

- Bei Bedarf Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren, damit Kitas zu Anlaufstellen für Eltern und Kinder in allen Lebenssituationen werden.
- Regionsweite Transparenz von Kita-Gebühren und der Qualität der Betreuung um eine Vergleichbarkeit von Angeboten für Eltern zu schaffen.
- Ausbau der Sprachförderung in Kitas.
- Ausbau der Fachberatung der Region, um Kindertageseinrichtungen qualifiziert zu unterstützen, stärker vor Ort zu sein und das Thema Inklusion voranzutreiben (siehe Abschnitt „Menschen mit Behinderungen“).
- Verstetigung präventiver Maßnahmen zur Unterstützung von Familien und Hilfen zur Erziehung.

Fit für Schule, Ausbildung und Beruf

Jugendliche qualifizieren und Perspektiven schaffen

Die Lebenswelt von Jugendlichen ist heute von einer vermeintlichen Freiheit des Angebotes geprägt und unterliegt vielen Einflüssen. Nicht alle Jugendliche profitieren von dieser Vielfalt. Mangelnde Berufsorientierung und fehlende Integration sind die Folge. Hier muss Jugendhilfe durch Förderung und Qualifizierung, Unterstützung und die Eröffnung positiver Lebensperspektiven ansetzen. Die Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle. Zugangsbarrieren müssen abgebaut und Übergänge zwischen Schule und Beruf besser miteinander verzahnt werden. Jugendliche mit Behinderungen benötigen besondere Angebote, um ihre Chancen beim Übergang in Ausbildung oder Beruf zu erhöhen.

Wir haben daher in der vergangenen Wahlperiode die Verzahnung von Hilfen im Rahmen der Jugendhilfe und der Förderung von Jugendlichen unter 25 Jahren durch die Jobcenter vorangetrieben und in Beratungsangebote von der Berufsorientierung bis hin zu berufsbegleitenden Maßnahmen investiert. Wir haben spezielle Programme zur Unterstützung von jungen Menschen am Übergang von Schule und Beruf un-

terstützt. Ein Beispiel ist das Projekt „MiT – Miteinander in Toleranz“. Es richtet sich an junge MigrantInnen am Übergang von Schule und Beruf. Das Besondere an MiT ist das konsequente Mentorenkonzept. Erfolgreiche Menschen mit Migrationshintergrund geben ihre speziellen Erfahrungen weiter und unterstützen junge MigrantInnen bei ihrer sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung.

Herausforderungen für die kommende Wahlperiode 2011 bis 2016

Wichtigstes Ziel grüner Jugendpolitik ist Chancengerechtigkeit. Benachteiligungen müssen gezielte Förderungen entgegengestellt werden.

Wir setzen uns ein für:

- Die Schaffung von Perspektiven für arbeitslose und schwer vermittelbare Jugendliche durch die Weiterfinanzierung der Pro-Aktiv-Center[↑] in den kommenden Jahren.
- Trotz der finanziell angespannten Situation keine Kürzungen bei Angeboten der Jugendhilfe.
- Auch zukünftig Förderung von Projekten für Schulverweigerer, wie zum Beispiel das Projekt „Zweite Chance“.
- Präventionsarbeit gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch.
- Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen erhalten und weiterhin fördern.
- Medienkompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen schulen, um auch hier Suchtgefahren zu begegnen.
- Passgenaue Hilfen für Kinder und Jugendliche und kein Vorgehen nach „Schema F“.
- Förderung von Projekten, die Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort unterstützen, wie zum Beispiel Projekte wie „MiT – Miteinander in Toleranz“.

- Vernetzung lokaler Jugendhilfeangebote in der Region Hannover: Initiierung eines Facharbeitskreises zwischen allen kommunalen Sozialdiensten und freien Trägern der Jugendhilfe zur Förderung der Kommunikation und zur qualitativen Verbesserung regionsweiter Jugendhilfeangebote; damit einhergehend Benchmarkingprozesse[↑], um Synergieeffekte durch Ressourcenbündelung zu erreichen und eine Planungssicherheit für freie Träger der Jugendhilfe zu gewährleisten.

Ausbildung für alle

Junge Menschen brauchen eine Perspektive. Wer ohne Ausbildung bleibt, hat ein vielfach höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Und: Nicht nur aufgrund der demografischen Entwicklung, sondern auch für eine demokratische Gesellschaft mit möglichst breiter gesellschaftlicher Teilhabe brauchen wir jede und jeden.

Dabei steht die Ausbildungslandschaft der Region Hannover vor großen Herausforderungen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu erwarten. Vor dem Hintergrund, dass sich die Region in einem nationalen und internationalen Wettbewerb befindet, gewinnen Bildung, Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen als strategische Elemente einer umfassenden regionalen Entwicklungspolitik und als Standortfaktor für die Region Hannover immer größere Bedeutung.

Gleichzeitig macht die weiter fortschreitende Technologisierung unserer Arbeitswelt einfache Arbeitsplätze vermehrt überflüssig. Hinzu kommt, dass immer mehr Schüler und Schülerinnen die allgemeinbildenden Schulen ohne ausreichende Ausbildungsfähigkeit und die nötigen sozialen Kompetenzen verlassen und keinen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz finden, der ihnen ein finanziell abgesichertes und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Als Folge drohen soziale Benachteiligung und ein frühzeitiges Ab-rutschen in die Sozialsysteme.

Weiterhin reicht die Zahl der Ausbildungsplätze nicht, um allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Gleichzeitig bleiben Ausbildungsstellen unbesetzt.

Vor diesem Hintergrund steht die Bildungspolitik in der Region im Wesentlichen vor folgenden Aufgaben:

- Wissen und Kompetenzen vermitteln, die zukünftig über den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheiden.
- Soziale Ausgrenzung angesichts steigender und neuer Qualifikationsanforderungen verhindern.
- Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Mit der Schaffung der „Koordinierungsstelle Bildung und Beruf“ im Jahr 2010 ist eine wichtige Forderung der GRÜNEN aus der letzten Wahlperiode erfüllt worden, um die Ausbildungs- und Weiterbildungslandschaft in der Region Hannover weiterzuentwickeln. Auf Initiative der GRÜNEN wurde die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Regionsverwaltung verdoppelt. Für sozial schwache SchülerInnen an Regionsschulen haben wir einen Schulmittelfonds eingerichtet.

Nur ein kluger Mix aus Ausbildung, Qualifizierung und Aktivierung nicht genutzter Fachkräftepotenziale kann gewährleisten, dass die Region Hannover zukünftige Entwicklungen mitgestalten kann. Allerdings sind hierfür die Anstrengungen aller derjenigen entscheidend, die in der hiesigen Bildungslandschaft Verantwortung tragen. Wichtig ist dabei, dass Bildung im regionalen Kontext immer mehr als Querschnittsaufgabe von Schule, Jugendhilfe und Wirtschaft verstanden wird.

Wir setzen uns ein für:

- Bildung ohne Brüche für alle.
- Systematischer Ausbau der Vernetzung aller Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsstellen in der Region Hannover, um den Informationsaustausch, die Planung und Abstimmung zwischen den Bildungsbereichen zu verbessern.
- Förderung der dualkooperativen Ausbildung durch berufsbildende Schulen und Betriebe.
- Bessere Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulen.

Berufsorientierung und Ausbildungsfähigkeit stärken

Entscheidend für junge Menschen ist, sich frühzeitig in ihrer schulischen Laufbahn Perspektiven für die eigene Zukunft erarbeiten zu können. Daher brauchen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, sich durch praktische Erfahrungen in der Berufswelt orientieren zu können. Dies gilt für alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Schullaufbahn.

Wir setzen uns ein für:

- Flächendeckende Einführung von Kooperationen zwischen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen zur systematischen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung.
- Ausbau von Berufspraxis-Phasen ab der achten Klasse in Kooperation mit den berufsbildenden Schulen und den Betrieben.
- Mehr betriebliche Ausbildungsstellen, Ausbildungsverbünde und darüber hinaus – wenn nötig – schulische Berufsausbildungsgänge.
- Mehr Transparenz über die Angebote für den Übergang von Schule und Beruf.

Berufsschulen als Zentren für Aus- und Weiterbildung stärken

Infolge der Regionsbildung wurden die unterschiedlichen Berufsschulsysteme von Landeshauptstadt und ehemaligem Landkreis zusammengeführt und in zwei Phasen umstrukturiert.

Die Bildung von Schwerpunkten brachte auch den drei bisherigen Bündelberufsschulen im Umland Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft. Wir haben uns für die Profilentwicklung der Berufsschulen eingesetzt, gleichzeitig aber darauf geachtet, dass für benachteiligte Jugendliche ein ortsnahe Angebot erhalten bleibt.

Die berufsbildenden Schulen brauchen größtmögliche Autonomie, auch gegenüber dem Schulträger Region, um den Herausforderungen als Zentren für Aus- und Wei-

terbildung gerecht zu werden. Die Budgetierung der Sachmittel war dabei ein wichtiger Schritt hin zu mehr Unabhängigkeit. Mittlerweile haben sich die Berufsschulen zu branchenorientierten Kompetenz- und Technologiezentren weiterentwickelt.

Wir setzen uns ein für:

- Sicherung der guten finanziellen Ausstattung der berufsbildenden Schulen, damit sie weiterhin zukunftsfähige berufliche Bildungsangebote für die Region Hannover gewährleisten können.
- Nutzung personeller und materieller Ressourcen der berufsbildenden Schulen für Fort- und Weiterbildung, Schaffung der organisatorischen und haushaltstechnischen Voraussetzungen, damit die Berufsschulen in Kooperation mit den vorhandenen Bildungseinrichtungen der Region auf dem Weiterbildungsmarkt tätig werden können.
- Teile der beruflichen Qualifikation sollen auf die Hochschulausbildung angerechnet werden können. Wir wollen die berufsbildenden Schulen unterstützen, die in Zusammenarbeit mit den Hochschulen Konzepte dafür entwickeln.
- Effizientere und passgenauere Verteilung durch ein zentrales Anmelde- und Steuerungsverfahren für die Vollzeitschulen mit Beratung der Jugendlichen und Überwachung der Schulpflicht.
- Sanierung der Regionsschulen vorantreiben, um gute Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.

Inklusion – Eine Schule für alle

Inklusion ist nicht nur ein pädagogischer Begriff, sondern ein Paradigmenwechsel im deutschen Schulsystem. Im Prinzip bedeutet Inklusion die Schaffung einer „Schule für alle“. Das inklusive Bildungssystem schließt grundsätzlich niemanden aus, sondern tritt für das Recht aller Schüler und Schülerinnen ein, miteinander und voneinander zu lernen – unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft.

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, ein Bildungssystem zu ermöglichen, das den Anspruch „Eine Schule für alle“ verwirklicht. Die Vertragspartner werden unmissverständlich aufgefordert, für „inclusive education“ Sorge zu tragen. Hierbei geht es der Konvention nicht um die „Integration“ von Menschen mit Behinderungen, um ihre Wiedereingliederung, nachdem sie vorher ausgesondert wurden, sondern um ein anderes Verständnis von Gesellschaft. In einer inklusiven Gesellschaft gehört jede und jeder dazu, und niemand wird ausgesondert.

Seit Jahrzehnten setzen sich Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen dafür ein, dass deren Zugehörigkeit zur Gesellschaft anerkannt und ihnen die volle Teilhabe am täglichen Leben ermöglicht wird. Dazu gehört eine wohnortnahe Beschulung, die einen Verbleib im bisherigen Lebens- und Freundesumfeld ermöglicht. Seit Jahren fordern wir GRÜNE die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderungen. Bisher werden aber niedersachsenweit nur 15 Prozent aller Kinder mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen in Regelschulen unterrichtet. Oft müssen die Eltern das Recht auf eine Regelbeschulung einklagen.

Das gemeinsame Lernen muss endlich von der Ausnahme zur Regel werden. Inklusion darf nicht nur ein Schlagwort bleiben. Die Landesregierung ist in der Pflicht, die gesetzlichen und finanziellen Grundlagen zu schaffen, damit die Kommunen und die Region Hannover ihren Beitrag leisten können. Hierzu braucht es ein klares politisches Bekenntnis zur Inklusion. Wir GRÜNE sind bereit dazu. Eines ist klar: „Eine Schule für alle“ ist ein ehrgeiziges Ziel, das sich nicht von heute auf morgen umsetzen lässt. Die Umgestaltung kann nur schrittweise erfolgen. Als Träger der Förderschulen mit den Schwerpunkten geistige Entwicklung, emotionale und soziale Entwicklung, Sehen, Hören und Sprache ist die Region hier in besonderer Verantwortung.

Wir setzen uns ein für:

- Die sonderpädagogische Förderung soll wohnortnah, vorrangig an den allgemeinbildenden Schulen stattfinden.
- Konzeptionelle Anpassung des Förderschulkonzepts der Region an die Herausforderungen der Inklusion.

- Schrittweise Umsetzung der inklusiven Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Benachteiligungen, unter Berücksichtigung der spezifischen Beeinträchtigungen und des Elternwillens.
- Förderschulen schrittweise in die allgemeinbildenden Schulen integrieren und ihre Förderressourcen in die gemeinsame Schule einbringen.

Medienpädagogik sichern

Angesichts des riesigen Angebotes elektronischer Medien ist es gerade heute für Kinder und Jugendliche von elementarer Bedeutung, einen kritischen Umgang mit Medien zu erlernen. Deshalb haben sich die GRÜNEN bei der Zusammenführung der Bildstellen von Stadt und Region dafür eingesetzt, dass das medienpädagogische Angebot aufrechterhalten und auf das gesamte Regionsgebiet ausgeweitet wurde. Es ist uns gelungen, dieses Konzept trotz der Landeskürzungen weiterzuführen.

Wir setzen uns ein für:

- Fortsetzung der erfolgreichen medienpädagogischen Arbeit.

Schullandheime erhalten

Mehrtägige Landheimaufenthalte haben eine wichtige pädagogische Funktion. Sie fördern soziales und kooperatives Verhalten bei Kindern und Jugendlichen, indem das tägliche Zusammenleben in der Gruppe und die Bewältigung von Konflikten eingeübt werden können.

Die Wirtschaftlichkeit der drei Schullandheime der Region wurde verbessert. Die Belegungszahlen konnten u.a. durch bauliche Sanierungen, Umbauten, begleitende pädagogische Angebote sowie gezielte Werbung für Wochenenden und Ferienzeiten erhöht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Kurs fortgesetzt wird.

Wir setzen uns ein für:

- Erhalt der Schullandheime in der Trägerschaft der Region Hannover als außerschulische Lernorte.

Diversität: Die Chancen der Vielfalt nutzen

Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe

Noch immer sind Frauen auf der obersten Führungsebene eine Ausnahme. Die Machtunterschiede und die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sind längst nicht abgebaut. Wir stehen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Die Teilhabe an Bildung, Arbeit, Einkommen und Eigentum, an gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsmacht muss gerecht zwischen Frauen und Männern geteilt werden. Dabei geht es nicht nur um die gerechte Beteiligung der Frauen an den gesellschaftlichen Gütern, sondern auch um die gerechte Teilnahme der Männer an der Familienarbeit und um den Abbau von traditionellen Rollenvorstellungen.

Im öffentlichen Raum

Wir fühlen uns der EU-Charta für die Gleichstellung[↑] verpflichtet und kämpfen daher gegen stereotype Geschlechterrollen im öffentlichen Raum.

Aus der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf der lokalen Ebene:

Artikel 6 – Kampf gegen Stereotype

(1) Die Unterzeichnerin/der Unterzeichner verpflichtet sich, Vorurteile, Praktiken und sprachliche Wendungen sowie Bilder zu bekämpfen und so weit wie möglich zu verhindern, welche auf der Vorstellung der Über- oder Unterlegenheit eines Geschlechts oder auf stereotypen Geschlechterrollen für Frauen oder Männer beruhen.

Wir setzen uns ein für:

- Keine sexualisierte Werbung im Einflussbereich der Region Hannover.
- Selbstverpflichtung auch für alle Beteiligungsunternehmen der Region (z. B. üstra).

Gleichstellungspolitik war und ist von Anfang an ein wesentlicher Inhalt grüner Politik. Sie ist eine Querschnittsaufgabe mit dem Ziel, das Lebensumfeld von Frauen und Männern so zu gestalten, dass es den vielfältigen Lebensentwürfen entspricht.

Leitgedanke des Handelns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Region wird daher die konsequente Anwendung des so genannten Gender Mainstreaming[↑] sein.

Angebote sichern und ausbauen

Der Schutz vor allen Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt ist ein wichtiges Ziel grüner Politik. Deshalb setzten wir uns dafür ein, dass entsprechende Beratungsangebote und Zufluchtsmöglichkeiten flächendeckend zur Verfügung stehen.

Es ist uns gelungen, trotz schwieriger Haushaltslage die dafür bereitgestellten Mittel zu erhöhen, so dass das Gewaltschutzgesetz nun im gesamten Regionsgebiet erfolgreich umgesetzt wird und alle Beratungsstellen, die regional arbeiten, deutlich besser unterstützt werden.

Wir setzen uns ein für:

- Erhalt und Ausbau der Beratungsangebote und Zufluchtsstätten für Frauen und Kinder unter Berücksichtigung der Vielfalt der Träger.
- Förderung einer Zufluchtsstätte für von Gewalt betroffene Mädchen und Sicherung der Frauenhäuser.
- Ausbau der Beratungsangebote nach dem Gewaltschutzgesetz flächendeckend im gesamten Regionsgebiet.
- Förderung der Beratungsstellen für Frauen und Mädchen.

- Geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen in der Jugendarbeit und in der Berufswahlorientierung.
- Finanzielle Sicherung der Arbeit des Frauengesundheitszentrums.
- Gewaltschutz für Frauen und Mädchen in der Familie und Anerkennung des Problems der häuslichen Gewalt als ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema.
- Präventionsmaßnahmen und Schutz vor sexualisierter Gewalt für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, Anerkennung des Problems als gesellschaftspolitisches Thema.

Unternehmenskultur und Familienfreundlichkeit

Geschlechtergerechtigkeit existiert erst dann, wenn die Sicherheit einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung allen Frauen und Männern eine eigenständige Lebensplanung mit Kindern ermöglicht. Deshalb muss das Angebot an Kinderbetreuung insbesondere ganztags – für unter Dreijährige sowie für Schulkinder – deutlich erhöht werden. Daneben ist eine familienorientierte Personalpolitik in Betrieben und Verwaltungen erforderlich.

Die Region Hannover hat 2004 zusammen mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Betrieben das Bündnis für Familien gegründet, um durch gute Beispiele Firmen sowie Städte und Gemeinden für eine Verbesserung der Bedingungen für das Leben mit Kindern zu gewinnen.

Wir setzen uns ein für:

- Gleichberechtigung und weiterer Ausbau der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (bedarfsgerechte Kinderbetreuung, Flexibilisierung der Arbeitswelt, angepasst an Familienbedürfnisse).
- Ausbau der Kinderbetreuung: Mehr Ganztags- und Hortplätze und mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren.

- Alleinerziehenden Arbeitslosen, die eine Arbeit oder Qualifizierungsmaßnahme aufnehmen, muss die Kinderbetreuung garantiert werden.

Frauen in der Wirtschaft

Es gibt viele gute Gründe, warum es sich für Unternehmen lohnt, die Potenziale von Frauen gezielt zu fördern. Teams mit Frauen und Männern arbeiten besser als homogene Gruppen. Teams, die zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt sind, sind innovativer und steigern den wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens. Nach einer Studie erzielen Unternehmen, in deren Führungsetage mindestens drei Frauen sitzen, höhere Renditen und bessere Betriebsergebnisse. Dies lässt sich damit erklären, dass Frauen stärker solche Führungspraktiken nutzen, die besonders zur Bewältigung wirtschaftlicher Herausforderungen beitragen.

Darüber hinaus sind viele Frauen hervorragend qualifiziert. Besonders in Zeiten von Fachkräftemangel gilt es, diese Potenziale verstärkt zu nutzen.

Wir setzen uns ein für:

- Gemeinsame Konzepte für Arbeitsmarkt- und Frauenförderung.
- Beschäftigungsförderung muss gleichstellungs-politische Ziele berücksichtigen.
- Unterstützung von Unternehmerinnen und Frauengewerbezentren.
- Schaffung eines regionalen „Frauenförderpreises Wirtschaft“ als Anreiz für Unternehmen.

Frauen in der Verwaltung

Laut Beschluss der Regionsversammlung ist die Gleichstellung ein Leitprinzip und soll bei allen Maßnahmen der Region gefördert werden. Durch umfangreiche Maßnahmen wird die Region ihren Beitrag zur Herstellung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern leisten. In der Umsetzung gibt es noch beträchtlichen Handlungsbedarf.

In der Regionsverwaltung selbst existiert eine flexible Arbeitszeitregelung. Das Projekt Telearbeit[↑] ist ausgeweitet worden und in den Sommerferien wird die Betreuung von Kindern von Beschäftigten angeboten. Die erfolgreiche Arbeit der Koordinierungsstelle Frau und Beruf, die insbesondere Frauen beim Wiedereinstieg ins Berufsleben berät, wurde weitergeführt. Der bisher erreichte Standard an Familienfreundlichkeit soll überprüft und verbessert werden.

Wir setzen uns ein für:

- Durchgängige Anwendung des Gender Mainstreaming in der Regionsverwaltung durch geschlechterdifferenzierte Datenerhebung und -auswertung in allen Fachbereichen, Gender-Beauftragte, Fortbildung und Personalentwicklung, Einführung eines Gleichstellungs-Controllings, das alle drei Jahre die erfolgten Maßnahmen darstellt und bewertet.

Das **audit berufundfamilie**[↑] unterstützt dabei, eine familienbewusste Personalpolitik nachhaltig umzusetzen. Es ist ein Untersuchungsinstrument, das Potenziale für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermittelt und Lösungen dafür anbietet.

- Gender Mainstreaming[↑] in Drucksachen darstellen.
- Gender Budgeting[↑] als Grundsatz der Finanzpolitik der Region.
- Strategische Ziele der Region: Berücksichtigung der Gleichstellung auch im Leitsatz.

Das englische Wort „**Gender**“ steht für Geschlecht im sozialen Sinn und verweist darauf, dass gesellschaftliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen gemacht werden – so auch bei der Verteilung öffentlicher Mittel. „Budget“ steht für den (öffentlichen) Haushalt, den es beim Gender Budgeting aus einer Geschlechterperspektive heraus zu analysieren und gerecht zu verteilen gilt.

- Erstellung und Umsetzung des fachübergreifenden Aktionsplans im Rahmen der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene.

- Erhöhung des Anteils von Frauen in leitenden Funktionen der Regionsverwaltung und in Beteiligungsgesellschaften (auch in Aufsichtsräten) der Region Hannover. Ziel ist die 50-Prozent-Quotierung.
- Weitere Durchführung von Mentoring-Projekten zur beruflichen Förderung von Mitarbeiterinnen.
- Festschreibung von Frauenförderung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- Frauengerechte Verkehrsplanung – von Frauen und mit Frauen.
- Familienfreundliche Regionsverwaltung: Individuelle Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit auch für Führungskräfte, Kontakthalteprogramm für Beschäftigte in Elternzeit, um die Wiedereingliederung in den Beruf zu erleichtern.

Sexuelle Orientierung↑

Ob heterosexuell, homosexuell, oder transgender↑ – wir setzen uns für die Gleichstellung aller Menschen ein.

Insbesondere für Jugendliche kann es bei Findung der sexuellen Identität zu enormen persönlichen Problemen und Selbstzweifeln kommen. Wir benötigen auch im ländlichen Raum ein niedrighschwelliges Angebot für Jungen und Mädchen, die in diesem Zusammenhang Probleme mit ihrer Umwelt und ihrem Elternhaus haben.

Wir setzen uns ein für:

- Förderung von Beratungsangeboten für Lesben, Schwule und Transgender↑
- Unterstützung von Beratungsstellen für Regenbogenfamilien↑.
- Maßnahmen gegen gesellschaftliche Ausgrenzung, z. B. über Angebote im Schulunterricht (Schulsozialarbeit, Lehrkräfte, Unterrichtseinheiten).
- Niedrighschwellige Coming-out-Beratungsangebote (wahlweise ano-

nym oder telefonisch und per Internet) insbesondere für Jugendliche im gesamten Regionsgebiet.

- Besondere Beratungsangebote für Lesben, Schwule, Transgender[↑] mit Migrationshintergrund.

Generationensolidarität

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Eine möglichst eigenständige Lebensgestaltung und die aktive soziale Teilhabe älterer Menschen ist das wichtigste Ziel grüner SeniorInnenpolitik. Erfreulich ist, dass die Lebenserwartung der Menschen in den letzten 100 Jahren um über 30 Jahre gestiegen ist. Bei Frauen liegt die Lebenserwartung bei 86,4 Jahren, bei Männern bei 81,6 Jahren. Es ist davon auszugehen, dass sich Männer und Frauen in ihrer Lebenserwartung immer weiter angleichen.

Die zunehmende Anzahl von betagten und hochbetagten Menschen – mit sehr verschiedenen Lebensbiografien und Bedürfnissen – erfordert es, neue Konzepte in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Nahversorgung und Teilhabe am sozialen Leben sowie in der ambulanten und stationären Pflege zu entwickeln. Alte Menschen wollen auch noch als Pflegebedürftige und Hochbetagte selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden und so lange wie möglich in der eigenen Wohnung, in nachbarschaftlich oder gemeinschaftlich organisierten Wohnformen oder in Pflegewohngemeinschaften leben.

Für die immer größer werdende Gruppe pflegebedürftiger Migranten und Migrantinnen wollen wir verstärkt interkulturelle Hilfe- und Pflegeangebote entwickeln. Ältere Migrantinnen und Migranten nehmen die vorhandenen ambulanten und stationären Pflegeangebote kaum an, was vor allem auf institutionelle Zugangs- und Sprachbarrieren zurückzuführen ist. Hinzu kommt die häufig fehlende interkulturelle Erfahrung auf beiden Seiten.

Entsprechend dem Pflegeversicherungsgesetz soll in der Region Hannover der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgesetzt werden. Damit das möglich wird, setzen wir uns für eine öffentliche Infrastruktur ein, die den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft gerecht wird.

Wir setzen uns ein für:

- Impulse bzw. Unterstützung für die Weiterentwicklung des Wohnangebotes (z. B. barrierefreier Neubau und Wohnungsanpassung, generationenübergreifendes Wohnen, SeniorInnen-Wohngemeinschaften).
- Die Region Hannover soll als 25-Prozent-Miteigentümerin an der KSG[↑], weiterhin ihren Einfluss für mehr Wohnraum in entsprechender Qualität geltend machen.
- Ausbau der Tages- und Nachtpflege.
- Kurzzeitpflegeeinrichtungen zur Überbrückung von Notsituationen und Entlastung pflegender Angehöriger.
- Impulse bzw. Unterstützung zur Weiterentwicklung des Unterstützungsangebotes für ältere Menschen (bedarfsgerechte Dienstleistungen, ehrenamtliche Hilfen).
- Pflegerische Hilfen mit Blick auf besondere zielgruppenspezifische Bedarfe.
- Ausbau ambulanter und teilstationärer Pflegemöglichkeiten für Demenzkranke.
- Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten.

Stationäre Pflege

Ist ein Wohnen im häuslichen Bereich nicht mehr möglich und eine vollstationäre Unterbringung nötig, steht in der Region Hannover ein breites Angebot von privaten und gemeinnützigen Trägern von Pflegeheimen zur Verfügung. Die stationäre Pflege muss sich organisatorisch, konzeptionell und baulich viel stärker an den individuellen Lebensbedürfnissen der Pflegebedürftigen orientieren. Trotz „Pflege-TÜV“[↑] und größerer Transparenz kommt es immer wieder zu Pflegemisständen.

Wir setzen uns ein für:

- Verstärkung der Heimaufsicht bei der Region Hannover.
- Erkrankungsspezifische Betreuungskonzepte.
- Gerontopsychiatrische Betreuungskonzepte.
- Unterstützung der kultursensiblen[↑] Pflege und Pflegeberatung für Migranten und Migrantinnen.

Nahversorgung

Um selbstbestimmtes Leben im Alter zu ermöglichen, setzen wir uns dafür ein, dass Angebote der Nahversorgung im ländlichen Raum erhalten und geschaffen werden. Dezentrale Strukturen für die soziale und medizinische Versorgung sind möglichst wohnortbezogen und wohnungsnah zu erhalten, ggf. durch mobile Angebote und Dienste.

Wir setzen uns ein für:

- Berücksichtigung einer dezentralen Versorgung in den regionalen und lokalen Planungen (Raumordnungsprogramm[↑]).

Mobilität (siehe auch „Mobilität für alle“, S. 28)

Zu einem selbstbestimmten Leben im Alter gehört auch, möglichst lange mobil zu bleiben. Darum müssen „Stolpersteine“ beim Zugang zu Bussen und Bahnen aus dem Weg geräumt und wenn nötig besondere Hilfen für ältere Menschen angeboten werden.

Wir setzen uns ein für:

- Barrierefreier Zugang für den ÖPNV[↑] und SPNV[↑].

- Sicherung eines angemessenen und verlässlichen Einsatzes barrierefreier Fahrzeuge.
- Umfassendes Informationssystem für mobilitätseingeschränkte Menschen.
- Ausweitung des Begleitservice für mobilitätseingeschränkte Menschen.

Soziale Infrastruktur

Nachbarn, jüngere Mitbewohner oder ehrenamtliche Helfer können wichtige Unterstützung im Alltag bieten, damit ältere Menschen möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben können. Solche Formen unbürokratischer Hilfe wollen wir fördern und unterstützen.

Wir setzen uns ein für:

- Ausbau nachbarschaftlicher Hilfeformen, die Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen.
- Förderung generationenübergreifender Wohnformen.
- Förderung von Besuchsdiensten.

Menschen mit Behinderungen

Grüne Sozialpolitik arbeitet seit jeher daran, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben führen können und als gleichberechtigt akzeptiert werden. Der Begriff der Barrierefreiheit muss umfassend ausgelegt werden und auch kommunikative Barrierefreiheit sowie Leitsysteme für Menschen mit Sinnesbehinderungen, Lernbehinderungen, geistigen Behinderungen sowie chronischen Krankheiten einschließen.

Seit 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft. Ihr Ziel ist es, die selbstverständliche, diskriminierungsfreie Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu gewährleisten. Dieses Prinzip wird als Inklusion bezeichnet. Eine inklusive Gesellschaft lässt Ausgren-

zung nicht zu. Die Konvention ist für alle Institutionen und damit auch für die Region Hannover verbindlich.

Mit der Umsetzung der Konvention wird die Akzeptanz von Behinderungen als selbstverständlicher Bestandteil menschlichen Lebens anerkannt – und nicht mehr nur als körperliches, psychisches oder mentales Defizit. Inklusion umzusetzen heißt, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Diese Veränderungen bewirken, dass Menschen mit Behinderungen wahrgenommen, anerkannt und selbstverständlich akzeptiert werden.

Wir GRÜNE werden den Leitgedanken der Inklusion in unserem politischen Handeln umsetzen, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern und die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen stärken und fördern. Für das Lebensumfeld und die gesellschaftlichen Strukturen bedeutet dies, dass sie so gestaltet und verändert werden müssen, dass sie der Vielfalt der menschlichen Lebenslagen von vornherein gerecht werden. Menschen mit und ohne Behinderungen profitieren voneinander.

Dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt:

- Einrichtung eines Behindertenbeirats (Regionsforum).
- Hauptamtlicher Behindertenbeauftragter.

Das Regionsforum für Menschen mit Behinderungen unterstützt die Region Hannover dabei, die Zielsetzungen der Gleichstellung, Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen. Hierzu arbeiten in dem Forum Vertreterinnen und Vertreter aus Organisationen, Verbänden, Selbsthilfeinitiativen und Vereinen zusammen, die in der Behindertenarbeit tätig sind. Darüber hinaus ist das Regionsforum bestrebt, eng mit den regionalen Vereinen und Institutionen in der Behindertenarbeit zu kooperieren.

Der hauptamtliche Behindertenbeauftragte vertritt die Interessen von Menschen mit Behinderungen. Er ist auch Ansprechpartner für Organisationen und Verbände sowie Politik und Verwaltungen im Regionsgebiet. Zu seinen Aufgaben zählt es, Maßnahmen für barrierefreie Lebensbedingungen und den Abbau von Benachteiligungen anzuregen.

Wir werden uns in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bestehende Zugangsbarrieren abgebaut werden. Dazu setzen wir uns für einen Aktionsplan für die Region Hannover ein, der verbindliche Ziele zur Umsetzung der UN-Konvention festschreibt.

Der Aktionsplan muss folgende Handlungsfelder umfassen:

- Arbeit und Beschäftigung
- Berufliche Ausbildung
- Wohnen und Leben in der Region
- Öffentliche Gebäude
- Verkehr
- Individuelle Mobilität
- Inklusive Bildung und Erziehung
- Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport
- Gesundheit und Pflege
- Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben
- Barrierefreie Kommunikation, Information und Service
- Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionsverwaltung und der Beteiligungsgesellschaften der Region Hannover.

Mobilität für alle

Der Nahverkehr muss für alle Bevölkerungsteile zugänglich sein – ganz besonders für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Heute gehören zu dieser Personengruppe bereits 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung. Sie sind besonders auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Dies sind zum Beispiel Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, ältere Menschen und Kinder. Alle Fahrgäste profitieren von leicht zugänglichen und einfach zu nutzenden Verkehrssystemen, insbesondere wenn sie mit dem Fahrrad, mit Gepäck oder Hunden unterwegs sind. Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel – und nicht zuletzt aus ökologischen und ökonomischen Interessen – soll die Region Hannover hier noch wegweisender werden.

Auf Initiative der GRÜNEN hin wird die Einführung der Niederflurtechnik[↑] auf der Stadtbahn-Linie 10 genauer geprüft. Mit Niederflurbahnen ist der Zugang für alle Menschen leichter und die Bahnsteige fügen sich besser ins Stadtbild ein.

Aber auch im Umland muss der barrierefreie Zugang zum Nahverkehr gesichert werden. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass mehr Geld in den Ausbau von Bushaltestellen im Umland fließt.

Wir setzen uns ein für:

- Weiterführung des barrierefreien Ausbaus von Haltestellen.
- Sicherung eines angemessenen und verlässlichen Einsatzes barrierefreier Fahrzeuge.
- Mittelfristig sollen alle Busse, die in der Region Hannover im Einsatz sind, mit Niederflurtechnik[↑] und Rampen ausgestattet sein.
- Bei der Fahrzeuggestaltung soll auf die Bedürfnisse aller Nutzerinnen und Nutzer Rücksicht genommen werden, insbesondere auf die von Menschen mit Behinderungen und Kindern.
- Einführung eines Niederflurbahnsystems[↑] für die Stadtbahn-Linie 10.

- Vorrangige Orientierung des weiteren Ausbaus von Hochbahnsteigen am Fahrgastaufkommen und den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer.
- Umfassendes Informationssystem für mobilitätseingeschränkte Menschen.
- Ausweitung des Begleitservices für mobilitätseingeschränkte Menschen auch auf das Umland und auf die Abendstunden.
- Begleitservice auch für Menschen, die sich unsicher fühlen.
- Weiterentwicklung der regionalen Mobilitätshilfe für Menschen mit schwersten Behinderungen.
- Förderung von Zivilcourage durch Plakat-Aktionen, Präventionskurse und das Bekanntmachen guter Beispiele.

Gesellschaftliche Teilhabe

Beschäftigung fördern, Armut vermeiden

Wir GRÜNE setzen uns für Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe ein. Unsere besondere Beachtung gilt dabei den Problemen von Alleinerziehenden, Erwerbslosen, jungen Menschen und Menschen mit Behinderungen. Armut und soziale Ausgrenzung findet oft dort statt, wo Menschen kaum Chancen haben, an Erwerbsarbeit oder sinnvolle Beschäftigung zu gelangen.

Die Region Hannover ist als örtliche Trägerin der Sozialhilfe für die sozialen Belange in der Region zuständig. Sie hat dabei eine besondere Verantwortung. Die Region ist zuständig für die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zur Pflege, die Pflegeplanung und für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen. Außerdem ist sie für die Wohnkosten der Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II verantwortlich. Zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit ist es auch ihre Aufgabe, Arbeitslose zu qualifizieren und möglichst in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Durch die Finanzierung des Sozialhaushalts über die Regionsumlage der 21 regionsangehörigen Städte und Gemeinden ist ein einzigartiges Modell des sozialen Ausgleichs zwischen Stadt und Land geschaffen worden: Alle Kommunen kommen dabei gemeinsam für die gesamten sozialen Lasten auf. Insgesamt werden pro Jahr soziale Leistungen für mehr als 700 Millionen Euro durch die Region erbracht.

Für die soziale Daseinsvorsorge wird ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn immer wichtiger. Wir setzen uns auf allen Ebenen für die Einführung ein, denn Menschen müssen von ihrem Lohn leben können. Etwa 20.000 Menschen in der Region Hannover sind trotz Erwerbstätigkeit als so genannte Aufstocker von ergänzenden Sozialleistungen abhängig. Für uns GRÜNE ist es untragbar, dass erwerbstätige Menschen von ihrem Lohn ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Ein gesetzlicher Mindestlohn wird die Abhängigkeit dieser Menschen von Sozialleistungen durchbrechen. Und für die Region Hannover wird er nicht nur den Spielraum in der sozialen Daseinsvorsorge verbessern, sondern auch die Ausgaben der Region verringern.

Gerade die hohen Kosten für Energie sind für Menschen, die Sozialleistungen erhalten, eine starke Belastung. Wir wollen die Programme zur Energieeinsparung (Stromspar-Check) weiterentwickeln, um diese Kosten zu dämpfen. Das ist zudem ein Beitrag zum Klimaschutz.

Im Mittelpunkt grüner Sozialpolitik in der Region Hannover stehen besonders die Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Diesen Menschen müssen Chancen und Perspektiven eröffnet werden, in den ersten Arbeitsmarkt und in existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse vermittelt zu werden. Wir setzen dabei auf Programme, die zielgerichtet auf die Vermittlungshemmnisse, vor allem aber auf die vorhandenen Potenziale der Betroffenen eingehen. Für die Mehrheit der Leistungsempfänger und -empfängerinnen sind Strategien erforderlich, die ihre soziale Stabilisierung, den Erwerb zusätzlicher Qualifikationen und geeignete Rahmenbedingungen für Ausbildung und Qualifizierung schaffen.

Seit dem 1. Januar 2011 arbeiten Bundesagentur für Arbeit und Region im Jobcenter in einer so genannten gemeinsamen Einrichtung bei der Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und deren Familien zusammen. Die Agentur für Arbeit übernimmt dabei in der Hauptsache die Gewährung von Arbeitslosengeld II und die Un-

terstützung bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Region ist weiterhin für die Wohn- und Heizkosten sowie die begleitenden Leistungen wie Kinderbetreuung, Drogen- und Schuldnerberatung verantwortlich. In einer gemeinsamen Trägerversammlung wird das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm für die Region beraten.

Wir setzen uns für einen qualifizierten Mietspiegel als bindende Grundlage für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft ein. Wir wollen Willkür, einen weiteren Sozialabbau und Sozialpolitik nach Kassenlage verhindern. Die soziale Lage von Menschen im Transferleistungsbezug darf nicht weiter verschlechtert werden. Ihre Wohnsituation war bisher geschützt, insoweit die Kosten der Unterkunft angemessen waren. Maßstab für die Angemessenheit ist ein qualifizierter Mietspiegel. So hat es das Bundessozialgericht in einem Urteil bereits 2006 festgeschrieben. Mit dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz vom 21. Februar 2011 ermächtigt Schwarz-Gelb nun jedoch die Kommunen, die Angemessenheit der Wohnkosten per Satzung festzulegen.

Über die Trägerversammlung des Jobcenters werden wir unsere politischen Forderungen bei der Vermittlung und Betreuung der arbeitsuchenden Menschen einbringen.

Wir setzen uns ein für:

- Arbeit statt Warteschleifen: Vorrangige Vermittlung der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt.
- Qualifizierung zuerst: Ausreichende Weiterbildungs- und Ausbildungsangebote für die Betroffenen.
- Arbeit und Qualifizierung statt Arbeitslosengeld II: Sofortvermittlung von unter 25-Jährigen.
- Den Wiedereinstieg ermöglichen: Schaffung von speziellen Beratungseinheiten im Jobcenter für Alleinerziehende, Ausbau der Kinderbetreuung.
- Vorhandene Kompetenzen nutzen: Langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten für über 55-Jährige, die keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.

- Kundenorientierung schaffen: Jede Antragstellerin und jeder Antragsteller soll innerhalb von sechs Tagen eine qualifizierte Beratung erhalten und innerhalb von einem Monat ein geeignetes Arbeits- oder Qualifizierungsangebot erhalten.
- Regionale Kompetenz nutzen: Verstärkte Zusammenarbeit mit den regionalen Beschäftigungsträgern, z. B. bei der Angebotsentwicklung und den Qualifizierungsplänen für Arbeitslose.
- Hilfe vor Ort: Erhalt der wohnortnahen und bedarfsorientierten Angebotsstruktur in den dezentralen Jobcentern.
- Schneller Abschluss von Eingliederungsvereinbarungen, die sich an den individuellen Möglichkeiten der Hilfebedürftigen orientieren.
- Qualifizierte AnsprechpartnerInnen in speziell ausgerichteten Beratungseinheiten im Jobcenter für Menschen mit Behinderungen.
- Förderung eines inklusiven Aus- und Weiterbildungsmarktes für Menschen mit Behinderungen.
- Interessen vertreten: Schaffung einer Ombudsstelle im Jobcenter als Anwalt der Betroffenen.
- Erhalt bzw. Ausbau des bestehenden Netzes von Schuldnerberatungsstellen.

Mobilität gegen gesellschaftliche Ausgrenzung

Unser Ziel ist es, Menschen mobil zu machen und ihnen die größtmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Mit der Einführung eines um 50 Prozent vergünstigten Tagestickets „Ticket S“[↑] im Öffentlichen Personennahverkehr in der letzten Wahlperiode haben wir die Situation von Menschen, die von sozialen Transferleistungen abhängig sind, verbessert. Etwa 12.000 Menschen nutzen dieses Angebot bereits regelmäßig. Das „Ticket S“[↑] wird mit 1,7 Millionen Euro von der Region bezuschusst, und ist damit seit der Gründung der Region Hannover die größte freiwillige Leistung, die die Region im sozialen Bereich erbringt. Auch in der kommenden

Wahlperiode werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr weiter ausgebaut wird.

Dabei kommen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten eine Ergänzung des Angebots um eine Monatskarte und die Ausweitung des Berechtigtenkreises, z. B. um WohngeldbezieherInnen, in Betracht.

Ausgrenzung stoppen – Teilhabe fördern

Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Menschen, die von Armut betroffen sind, bleibt oft verschlossen, was anderen als selbstverständlich gilt: der Zugang zu kulturellen Angeboten, Sport und anderen Freizeitmöglichkeiten. Besonders Kinder und Jugendliche aus armen Familien sind oft von Ausgrenzung betroffen. Mit jedem Kind, das unsere Gesellschaft ausgrenzt, nimmt sie sich einen Teil ihrer Zukunft.

Wir wollen daher, dass die Region-S-Karte[↑] als einheitliche Zugangsberechtigung für vergünstigte kulturelle Angebote, Sport und Freizeitmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden der Region genutzt werden kann.

Wir setzen uns ein für:

- Anerkennung der Region-S-Karte[↑] als Berechtigungsnachweis für vergünstigte kulturelle Angebote, Sport und Freizeitmöglichkeiten in der Region Hannover.

Migration

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung in der Region Hannover beträgt über 20 Prozent. Für eine international offene Region Hannover ist dies ein Gewinn.

Einwanderinnen und Einwanderer bereichern mit ihren Kompetenzen unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft. Das darin liegende Potenzial wollen wir stärker als bisher nutzen.

Integration ist eine Herausforderung für die Politik. Sie muss aktiv gestaltet werden. Wir verfolgen eine Politik der Integration, die die Herstellung von Chancengleichheit für alle sozialen und ethnischen Gruppen in der Region Hannover zum Ziel hat.

Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle politischen Felder und Ebenen angeht und auch dort integriert und verankert ist. Darüber hinaus sind Sprache, Ausbildung, Beschäftigung und gesellschaftlicher Dialog (siehe S. 35) zentrale Handlungsfelder.

Demokratie braucht Partizipation. Eine starke Interessenvertretung für Einwanderinnen und Einwanderer ist daher unerlässlich. Partizipation und Identifikation werden durch die Einbürgerung erleichtert. Deshalb setzen wir uns für eine verstärkte Bewerbung und Förderung von Einbürgerungen ein.

Dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt:

- Unterstützung und Verstärkung der Integrationsbemühungen auf kommunaler und regionaler Ebene.
- Verzahnung von Integrationskonzepten mit Maßnahmen der Jugendarbeit zur besseren Integration.
- Entwicklung von Einstellungskriterien, die die Beschäftigung von EinwanderInnen fördern.
- Durch die Einführung des Fonds „Miteinander – Gemeinsam für Integration“ kann die Region Hannover dank Initiative der GRÜNEN jährlich 150.000 Euro für die Förderung von Integrationsprojekten zur Verfügung stellen. Es gilt, dieses Angebot beizubehalten und durch vermehrte Werbung regionsweit seinen Bekanntheitsgrad zu steigern.

Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankern

Um die gesellschaftliche Teilhabe von EinwanderInnen in der Region Hannover zu stärken, müssen Hürden im Umgang mit Verwaltungsstellen weiter

abgebaut werden.

Wir setzen uns ein für:

- Entwicklung einer Antidiskriminierungsrichtlinie für die Regionsverwaltung.
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen durch entsprechende Fortbildungen.
- Erhöhung des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund in der Regionsverwaltung und ihren Beteiligungsgesellschaften.

Sprache, Ausbildung, Beschäftigung und gesellschaftlicher Dialog

Sprache ist der Schlüssel für eine gelingende Integration, denn sie macht EinwanderInnen zu mündigen BürgerInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen – egal ob als KollegInnen, ArbeitgeberInnen, SportsfreundInnen oder NachbarInnen.

Wir setzen uns ein für:

- Intensivierung der Sprachförderung für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund.
- Weiterführung und Bewerbung des Fonds „Miteinander – Gemeinsam für Integration“.
- Weiterführung der Existenzgründungsberatung für EinwanderInnen durch die Region.
- Beschäftigungsförderung für EinwanderInnen.
- Erhöhung der Ausbildungsquote in Betrieben unter Leitung Zugewanderter.
- Verbesserung des Zugangs zu sozialer und gesundheitlicher Versorgung.

- Aktivierung zugewanderter Einwohnerinnen und Einwohner als Sachverständige für Einwanderungsfragen.
- Zusammenarbeit mit Selbstorganisationseinrichtungen von Zugewanderten.
- Förderung von Aktivitäten, die auf bürgerschaftliches Engagement und Integration setzen.
- Ausbau und nachhaltige Sicherung eines Netzwerks für Integration in der Region Hannover.
- Entwicklung eines regionsweiten Konzeptes zur Stärkung und Bekanntmachung von guten Beispielen innovativer Integrationsprojekte.
- Schaffung von Transparenz über Integrationsangebote und Fördermöglichkeiten.
- Prävention und Schutzmaßnahmen gegen Zwangsheirat und Genitalverstümmelung.
- Förderung der Unterstützungs- und Beratungsangebote für Flüchtlinge.
- Möglichst dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in allen Kommunen statt Unterbringung in Sammelunterkünften.
- Hilfe und Betreuung für Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltsstatus („Papierlose“), damit ihre elementaren Überlebensrechte und ihre Menschenwürde gesichert werden und sie dabei unterstützt werden, Wege aus der Illegalität zu finden.

Antirassismus

Mit einem klaren öffentlichen Eintreten für Vielfalt und Menschenrechte setzen wir wichtige Signale dafür, dass wir in der Region Hannover unsere demokratischen Werte entschlossen verteidigen werden. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass

rechtsextreme Parteien und Organisationen immer wieder versuchen, in der Region Hannover Fuß zu fassen. Der Druck auf die Region steigt, denn rechtsextreme Gruppen versuchen wiederholt, für ihr menschenverachtendes Gedankengut zu demonstrieren. Bisher konnte dies durch ein breites Bündnis aus Verbänden, Gewerkschaften, Parteien und den Menschen in der Region verhindert werden.

Die jüngste Einwanderungs- und Integrationsdebatte zeigt, dass rassistische und menschenverachtende Einstellungen keine Randerscheinungen sind. Sie sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen und (wieder) salonfähig. Zurzeit nehmen in der Öffentlichkeit zunehmend Äußerungen Raum ein, die grundlegende Prinzipien des Grundgesetzes verneinen und den universell gültigen Menschenrechten entgegenstehen.

Rassistische Argumentationsmuster der Gegenwart werden nicht erst dann zu solchen, wenn sie auf biologischen Theorien von Abstammung und Vererbung basieren. Sie ersetzen oftmals das Merkmal der Ethnie durch das der Kultur oder Religion. In diesem Fall handelt es sich um Kultur-Rassismus. Offen gegen solche Trends in der Gesellschaft Stellung zu beziehen, ist eine fundamentale bürgerschaftliche Pflicht und eine wichtige aufklärerische Aufgabe, der wir uns offensiv stellen.

Es ist unverzichtbar, gemeinsam auf rechtsextremistische Aufmärsche zu reagieren, um den Neonazis mit ihren Parolen nicht kampfflos die Straße zu überlassen. Es ist ebenso unverzichtbar, mit einer langfristig angelegten Strategie inhaltlich in die Offensive zu gehen, um der antidemokratischen und menschenverachtenden Ideologie der Rechtsextremisten den Boden zu entziehen.

Wir setzen uns ein für:

- Stärkung des Widerstands gegen rechtsextremistische Aktivitäten und Mobilisierung möglichst vieler Menschen bei aktuellen Anlässen.
- Förderung einer offensiven öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus.
- Intensivierung der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und

zivilgesellschaftlichen Organisationen.

- Organisation, Koordinierung und Unterstützung von regionalen und überregionalen Aktionen gegen Rechtsextremismus.
- Sensibilisierung von bisher noch nicht von rechten Umtrieben betroffenen Städten und Gemeinden.
- Rassismus und Rechtsextremismus effektiv pa-rolen bieten und einen parteiübergreifenden Konsens zur öffentlichen Ächtung solchen Gedankenguts erreichen.
- Förderung der Gedenkkultur in der Region Hannover. Denn nur wer sich erinnert, weiß, warum es notwendig ist, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Einen wichtigen Schritt gehen wir mit der Neukonzeption der Gedenkstätte Ahlem (siehe Abschnitt „Öffentliches Leben“).

Gesundheit

Gesundheit für alle und überall

Eine gute Gesundheitsversorgung ist für uns GRÜNE neben gleichen Bildungschancen und der Sicherung des Existenzminimums der Maßstab unseres Gemeinwesens, das gleiche Chancen für alle garantieren muss. Gerechter Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung und Prävention für alle Menschen – ungeachtet von Herkunft, sozialer Lage oder Alter – und eine wohnortnahe Versorgung sind dafür zentrale Voraussetzungen. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, welche Gesundheitsversorgung Menschen erhalten.

Der Erhalt der kommunalen Krankenhäuser in Stadt und Umland ist das Ziel der GRÜNEN bei der Gründung der Region gewesen. Dieses Ziel wurde erreicht. Mit der Gründung der kommunalen Klinikgruppe 2004 mit 13 Häusern wurde die dezentrale wohnortnahe Versorgung der Menschen gesichert. Gemeinsam mit 8500 MitarbeiterInnen und ihrem außerordentlichen Engagement wurde das Klinikum Region Hannover zu einem modernen zukunftsfähigen Unternehmen entwickelt. Zudem entsteht mit dem Neubau eines Krankenhauses am Standort Siloah bis 2013 ein neues leis-

tungsstarkes Gesundheitszentrum. Lag das Defizit 2004 bei 21 Millionen Euro, kann die Klinikgruppe nun auf schwarze Zahlen blicken. Neben positiven Finanzzahlen ist die notwendige Weiterentwicklung der Qualität der pflegerischen und medizinischen Versorgung und die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen ein wichtiges Ziel.

Wir setzen uns ein für:

- Ausbau des Klinikums zum regionalen Rundum-Gesundheitsversorger, sowohl ambulant wie stationär.
- Weitere Sicherung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung.
- Entwicklung eines Programms für die Ausbildung von GesundheitslotsInnen.
- Bessere Berücksichtigung pflegerischer und baulicher Anforderungen für Menschen mit Behinderungen.

Gesundheitsprävention bedeutet für uns, dass Gesundheitsförderung frühzeitig ansetzt, also schon in unseren Kitas[↑] und Schulen. Alle Kinder haben ein Anrecht auf eine gesunde Entwicklung. Gesundheitschancen von Kindern sind immer noch sehr unterschiedlich. Soziale Benachteiligung, Umweltbelastungen und schlechte Ernährung haben zur Folge, dass viele Kinder nicht gesund aufwachsen können. Grüne Kinder(gesundheits)politik will diese Benachteiligungen auflösen und Strukturen so verändern, dass ein gesundes Leben für alle Kinder im Alltag selbstverständlich wird. Wir wollen Kinderarmut und soziale Benachteiligung reduzieren und Hilfsangebote ausbauen. Das Lebensumfeld von Kindern muss gesünder werden. Wir wollen weniger Umweltbelastungen, gesunde Ernährung und öffentliche Spiel- und Bewegungsräume.

In der vergangenen Wahlperiode haben wir GRÜNE uns dafür eingesetzt, dass im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit Präventionsprogramme aufgelegt und umgesetzt wurden. Der Schwerpunkt lag dabei in den Bereichen gesunde Ernährung und Vorsorge gegen Adipositas (Fettleibigkeit) in Kitas[↑] und Schulen. Diese Arbeit im Bereich der Gesundheitsvorsorge werden wir in der kommenden Wahlperiode weiterführen und ausbauen.

Wir setzen uns ein für:

- Erstellung eines Kindergesundheitsberichtes der Region.
- Zielgerichtete Gesundheits- und Förderprogramme auf Grundlage der erhobenen Daten.
- Weiterführung der Präventionsprojekte in Kitas[↑] und Schulen in den Bereichen Ernährung, Bewegung, Adipositas-Vorsorge.
- Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen erhalten und weiterhin fördern.

Psychische Gesundheit als Herausforderung

Seit einigen Jahren nehmen psychische Störungen bzw. Erkrankungen stetig zu. Insbesondere leiden immer mehr Menschen unter Depressionen, Suchterkrankungen und Persönlichkeitsstörungen. Dies gilt gerade auch für Kinder und Jugendliche. Es gibt heute umfangreiches Wissen über erfolgreiche Ansätze zur Behandlung, Pflege, Beratung und Prävention bei psychischen Erkrankungen. Aber nicht alle Bevölkerungsschichten haben in gleicher Weise die Möglichkeit des Zugangs zu den – in der Region sehr gut ausgebauten – ambulanten wie stationären Behandlungs- und Präventionsangeboten. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund werden noch unterdurchschnittlich erreicht, da sprachliche Barrieren und kulturelle Unterschiede noch nicht ausreichend berücksichtigt werden bzw. entsprechende fachliche interkulturelle Kompetenzen (z. B. Fachkräfte mit Migrationshintergrund) zu gering oder gar nicht in den Einrichtungen vorhanden sind. Versorgungslücken gibt es auch noch bei Angeboten für Kinder und Jugendliche und bei der Behandlung und Betreuung von Obdachlosen und AsylbewerberInnen.

Mit der Übernahme des psychiatrischen Landeskrankenhauses Wunstorf hat die Region Hannover sich der regionalen kommunalen Verantwortung gestellt. Die beiden psychiatrischen Fachkliniken Wunstorf und Langenhagen des Klinikums Region Hannover stellen so für einen großen Teil der Region die stationäre Versorgung sicher. Die im Sozialpsychiatrischen Verbund der Region Hannover vernetzten ambulanten und teilstationären Angebote sowie die Kostenträger haben eine Verantwortung, ihre gute

Arbeit und ihren Einsatz noch gezielter auf die Gruppen zu richten, die bislang kaum oder gar nicht erreicht werden.

Wir setzen uns ein für:

- Präventionsprojekte im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, zum Beispiel das Projekt „Betreuung von Kindern psychisch kranker Eltern“.
- Ausreichende und bedarfsorientierte Therapieangebote für Kinder und Jugendliche.
- Stärkung der Beratungs- und Präventionsangebote für psychisch erkrankte Migranten und Migrantinnen und deren Familien.
- Verstärkte Anstrengungen für die Sicherstellung der ambulanten Behandlung von Obdachlosen, Asylbewerbern und Menschen ohne Papiere.

Suchtmittelmissbrauch und -abhängigkeit: Prävention stützen, Hilfen zur Integration anbieten

Der Missbrauch von illegalen und legalen Suchtmitteln zieht sich durch alle Schichten der Gesellschaft und stellt eine dauerhafte Herausforderung dar. Neben den gesundheitlichen und finanziellen Auswirkungen für Konsumenten ist auch das jeweilige soziale Umfeld von den Folgen der Sucht betroffen.

Für einen verantwortlichen Umgang mit dem Thema Sucht müssen legale Drogen wie Alkohol und Tabak ebenso in die Diskussion einbezogen werden wie illegale Drogen und die nicht-stoffbezogenen Süchte wie etwa das Glücksspiel.

In den Mittelpunkt der Suchthilfe gehören für uns besonders präventive Maßnahmen, die Abhängigkeit und riskante Konsumformen verhindern oder verringern. Diese müssen bei Kindern und Jugendlichen ansetzen.

Ausgrenzung und Kriminalisierung von Suchtmittelabhängigen ist für uns nicht der richtige Weg, Sucht als gesellschaftliches Problem zu lösen. Wir fordern daher im Be-

reich der illegalen Drogen eine akzeptierende Drogenarbeit, die durch Einbeziehung von Drogenersatzangeboten und der kontrollierten, medizinisch angebrachten Abgabe von Drogen Beschaffungskriminalität vermeidet. Zur Unterstützung dieser Arbeit ist ein abgestimmtes Vorgehen von Suchtsozialarbeit und Polizei notwendig.

So vielfältig die Motive für Sucht sind, so unterschiedlich ist der Hilfebedarf für diejenigen Konsumenten, die nicht mehr selbstbestimmt über ihren Drogenkonsum entscheiden können. Wir setzen in der Suchthilfe auf vernetzte und differenzierte Angebote von Suchtberatung, -begleitung, -betreuung und -behandlung. In diesem Zusammenhang unterstützen wir regionale Angebote der Substitutionsbehandlung und die Regelbehandlung mit Diamorphin.

Wir setzen uns ein für:

- Differenzierte Angebote in der Suchtprävention.
- Angebote für die Reintegration von Suchtmittelabhängigen in den Arbeitsmarkt.
- Substitutionstherapien und Abstinenzangebote.
- Bedarfsgerechte psychosoziale Betreuungsmöglichkeiten.
- Szenenahe, niedrigschwellige Hilfen und Angebote für Schwerstabhängige, wie zum Beispiel Drogenkonsumräume.
- Beratung und Vermittlung von Suchtmittelabhängigen in weiterführende Hilfen.
- Unterstützung von suchtblasteten Familien.
- Ausbau der Präventionsangebote, vor allem für Kinder und Jugendliche, Weiterführung der Suchtpräventionsprogramme der Region Hannover in Kindertagesstätten und Schulen.
- Absicherung der finanziellen Mittel für die Arbeit der Suchthilfe, für ambulante

und teilstationäre Angebote.

- Im Rahmen der suchtmmedizinischen Versorgung die Absicherung der psychosozialen Begleitung von Suchtmittelabhängigen.
- Unterstützung von Kooperationen der Sucht- und Altenhilfe vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Qualität im Rettungswesen sichern

Zur Daseinsvorsorge gehören qualifizierte Rettungsdienste, die im Bedarfsfall schnell und kompetent Hilfe leisten. Die Region ist zuständig für die Sicherstellung des Rettungswesens außerhalb der Landeshauptstadt.

Durch die seit 2006 bestehende gemeinsame Leitstelle für Rettungs- und Feuerwehreinätze für das gesamte Gebiet der Region werden nicht nur Kosten gespart, sondern bei gebietsübergreifenden Einsätzen kann aufgrund kürzerer Wege auch schneller gehandelt werden.

Nach jahrelangen Diskussionen und mehreren Übergangsregelungen wird aktuell eine Ausschreibung des Rettungsdienstes vorbereitet. Wir wollen dabei auch künftig die hohe Qualität des Rettungsdienstes sichern.

Durch die erforderliche regelmäßige Neuausschreibung besteht bei den Beschäftigten im Rettungsdienst immer wieder Arbeitsplatzunsicherheit. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Region ein Konzept zur Kommunalisierung[↑] des Rettungsdienstes erarbeitet. Dadurch würde der Rettungsdienst bei tariflicher Bezahlung direkt von der Region Hannover oder einer ihrer Tochtergesellschaften erbracht. Besonders wichtig ist uns, dass die Arbeit der ehrenamtlichen Hilfsorganisationen, die im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sowie bei größeren Notfällen tätig sind, wirksam unterstützt und gestärkt wird.

Wir setzen uns ein für:

- Erhalt der Qualität im Rettungsdienst.
- Kommunalisierung[↑] des Rettungsdienstes prüfen.
- Stärkung der ehrenamtlichen Hilfsdienste.
- Weiterer Ausbau der gemeinsamen Strukturen des Bevölkerungsschutzes zwischen Region und Landeshauptstadt.

2. Umwelt und Natur

Unser Ziel ist eine gesunde Umwelt, die die Lebensgrundlagen für Menschen, Pflanzen und Tiere erhält und entwickelt. Hierzu gehören die klimaneutrale Region und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Wir stehen für eine umweltverträgliche Mobilität. Wir setzen uns für eine große biologische Vielfalt ein.

Klimaschutzregion Hannover

Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Region

Das Klima verändert sich. Wetterkatastrophen mit Schäden bisher nicht gekannten Ausmaßes sind schon heute an der Tagesordnung. Klimaschutz ist die politische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch vermindert werden. Eine zukunftsfähige Energieversorgung muss nachhaltig sein. Sie darf vorhandene Rohstoffe nicht aufzehren und kommenden Generationen keine Altlasten hinterlassen. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat erneut gezeigt, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist. Nur eine Energieversorgung, die sich zu 100 Prozent aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme speist, ist auf Dauer nachhaltig.

Dank grüner Energiepolitik haben wir den Einstieg in eine nachhaltige und klimafreundliche Energieversorgung geschafft. Wir setzen auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Die beste Energie ist die eingesparte. Wir wollen die CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent senken.

Energieeinsparung, Energieeffizienz und der Einsatz regenerativer Energien sind daher Schwerpunkte grüner Regionspolitik. Sie stellen entscheidende Elemente beim Umweltschutz dar und dienen der Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung.

Klimaschutz ist das Zukunftsprogramm für die mittelständische Wirtschaft. Klimaschutz nützt nicht nur der Umwelt, sondern schafft Arbeitsplätze und senkt die Energiekosten für Verbraucherinnen und Verbraucher und Betriebe. Klimaschutz ist mehr als Umweltschutz:

- Klimaschutz ist Wirtschaftsfaktor: Über 4000 Arbeitsplätze in der Region gibt es in diesem Bereich, mehrere hundert davon in Forschungseinrichtungen.
- Klimaschutz spart Kosten und nützt jedem: Er senkt die zweite Miete (Nebenkosten) und die Betriebskosten durch Energiemanagement in Unternehmen.
- Klimaschutz mobilisiert Investitionen: Jede öffentliche Anschubfinanzierung aktiviert das 7-fache an Folgeinvestitionen.

Die Region Hannover ist bundesweit führend im Klimaschutz. Das wollen wir ausbauen mit dem langfristigen Ziel einer klimaneutralen Region Hannover.

Klimaneutralität

Mit dem Begriff der Klimaneutralität werden Prozesse bezeichnet, bei denen keine klimarelevanten Gase entweichen oder ausgestoßene Gase an anderer Stelle wieder eingespart werden.

Klimaneutralität kann durch treibhausgasfreie Energieträger oder Ersatzstoffe erreicht werden. So sind pflanzliche, nicht-fossile Brennstoffe theoretisch klimaneutral, da das bei ihrer Verbrennung frei werdende CO₂ nicht die aktuelle globale CO₂-Bilanz ändert. Da allein der Gesamtgehalt an Treibhausgasen in der Atmosphäre für das Ausmaß der globalen Erwärmung entscheidend ist, können durch Ausgleichsmaßnahmen wie die Wiedervernässung von Mooren an anderer Stelle ebenfalls rechnerisch klimaneutrale Prozesse verwirklicht werden.

Klimaschutzmaßnahmen sind unverzichtbar für den Umweltschutz. Sie geben Impulse für Wissenschaft, Wirtschaft, Siedlungs- und Bauwesen. Atomenergie und fossile Energieträger haben keine Zukunft. Zur Deckung unseres Energiebedarfs im verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und für die schnelle Umsetzung der CO₂-Ziele brauchen wir die Vergrößerung des Anteils an regenerativer Energie, den Mix aus Wind- und Solarenergie, Energie aus Wasserkraft, Erdwärme und Biomasse und aus Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung.

Wir haben uns in den letzten Jahren mit einer Million Euro jährlich nachdrücklich für den Ausbau der Arbeit der Klimaschutzagentur, die Fortführung von Klimaschutzmaßnahmen und die Förderung regenerativer Energien eingesetzt und schon eine Menge erreicht.

Um das Klimaschutzziel „Minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß in der Region Hannover“ bis 2020 zu erreichen, müssen wir in den kommenden Jahren mehr finanzielle Mittel in den Klimaschutz stecken. Hierzu wollen wir jährlich 1 Prozent des Haushaltsbudgets der Region Hannover für den Klimaschutz einsetzen. 15 Millionen Euro jährlich sind allein notwendig für ein energetisches Modernisierungsprogramm regionseigener Gebäude. Einsparungen bei den Energiekosten werden dafür in Zukunft die laufenden Ausgaben verringern.

Wir setzen uns ein für:

- Erweiterung der Handlungsfelder der Region für Klimaschutz und Folgen des Klimawandels.
- Entwicklung der Klimaschutzziele hin zu einer „Klimaneutralen Region“.
- Ausbau der Mittel für den Klimaschutz auf 1 Prozent des Haushaltsbudgets.

Wir haben ein umfassendes Klimaschutzrahmenprogramm 2009 beschlossen, das in sämtlichen Aufgabenbereichen der Region CO₂-minderndes Verhalten vorgibt. Alle fünf Jahre soll eine CO₂-Bilanz den aktuellen Stand der Klimaschutzbestrebungen ermitteln. Mit dem Statusbericht zum Klimaschutzrahmenprogramm 2010 konnten wir an vielen Stellen unsere Ansprüche zur CO₂-Einsparung präzisieren und erweitern.

In den folgenden Bereichen spielt der Klimaschutz eine zentrale Rolle:

Mobilität (siehe auch den Abschnitt „Verkehrswende!“)

Mit attraktiven, ökologischen Alternativen zum motorisierten Individualverkehr wird der CO₂-Ausstoß gemindert und die Sicherheit im Verkehr erhöht. Es ist uns gelungen, den Radverkehr und den Nahverkehr in der Region zu stärken. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und daher treibt grüne Politik mit dem Verkehrsentwicklungsplan „ProKlima“[↑] den Ausbau des Umweltverkehrsverbundes voran.

Wir setzen uns ein für:

- Minderung des Autoverkehrs zugunsten von Radverkehr und Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV)↑.
- Klimaaoptimierte Verkehrsinfrastruktur.
- Attraktive Car-Sharing-Angebote.
- Verlagerung der Güterverkehre auf Schiene und Wasser.
- Einsatz CO₂-armer Verkehrsmittel.
- Es sollen nur noch verbrauchsarme Fahrzeuge für die Regionsverwaltung und ihre Beteiligungsunternehmen eingesetzt werden.

Gebäudemanagement

Große Potenziale zum Klimaschutz liegen in der energetischen Sanierung von Gebäuden und im ökologischen Neubau. Die gesetzlichen Standards sind uns GRÜNEN in der Region nicht genug. Für regionseigene Neubauten haben wir zum Wohl des Klimas und der Regionsfinanzen den Passivhaus-Standard einführen können. Mit dem Konjunkturprogramm haben wir die energetische Sanierung bei den regionseigenen Schulen vorangetrieben.

Auch in Zukunft setzen wir GRÜNE uns für die Anhebung der ökologischen Standards beim Bauen im kommunalen Einflussbereich ein. Gebäude im Plusenergie-Standard sind die Zukunft beim Gebäudemanagement. Klimaschutz und Artenschutz sollen hierbei im Einklang arbeiten. So können beispielsweise in nachträglich angebrachter Wärmedämmung Vogelnistkästen integriert werden.

Wir setzen uns ein für:

- Energetische Sanierung der regionseigenen Gebäude weit über den gesetzlichen Vorgaben zum Energiestandard, Anhebung der ökologischen Standards beim

Bauen im kommunalen Einflussbereich (Passivhaus-Standard soll Mindest-Standard sein, der Plusenergiehaus-Standard soll angestrebt werden).

- Aufbau eines Energiemanagements für die regionseigenen Gebäude.
- Energetische Sanierung von (Vereins-)Sportstätten im Programm eco.sport weiterführen.
- Einführung eines Sanierungsprogramms für weitere Einrichtungen wie z. B. Gemeinschaftshäuser.
- Unterstützung des Ausbaus von Solarenergie und Photovoltaik, z. B. in Form von Solarwettbewerben und Solarwochen der Klimaschutzagentur.
- Jedes Dach der regionseigenen Gebäude soll baulich auf die Möglichkeit für solare Nutzung überprüft und ggf. für die Errichtung von Solaranlagen freigegeben werden.
- Unterstützung von Pilotprojekten für den Einsatz dezentraler Energiespeicher[↑] und dezentrales Energiemanagement[↑] (Methanol- und Batteriespeicher).

Regionalplanung

Strategische Ziele wie der Klimaschutz können in der Regionalplanung vorbereitet und umgesetzt werden. Grüne Politik schränkt den Flächenverbrauch in der Region ein, und fordert hochwertige Kompensationen ein.

Bereits in den Regionalen Raumordnungsprogrammen[↑] (RROP) 1996 und 2005 konnten wir im kommunalen Konsens Windvorrang-Standorte ausweisen.

Wir setzen uns ein für:

- Einstieg in die Vorbereitung zu einem neuen klimaoptimierten RROP, flächensparende Siedlungsplanung mit Zielrichtung zu energetisch optimierter Bauweise, Erhalt und Ausbau der Möglichkeiten für regenerative Energien, Windkraft, Biogas

(siehe S. 54), Geothermie und Passivhaus-Empfehlungen.

- Vorleistungen für die Anwendung und Stärkung der regenerativen Energiequellen Wind, Solar, Erdwärme und Biogas, auch für das nächste RROP.
- Kataster für die Möglichkeit von Gebieten zur Nutzung von Tiefengeothermie.
- Ersatz älterer Windenergieanlagen durch leistungsfähigere neue Anlagen und bessere Ausnutzung vorhandener Standorte (Repowering↑).
- Erweiterung und Ausweisung neuer Standorte für Windenergieanlagen unter Einhaltung ausreichender Abstände zur Wohnbebauung.
- Einschränkung des Siedlungsflächenverbrauchs.
- Hochwertige Kompensation auch auf der Ebene der Regionalplanung für Flächeninanspruchnahme für Siedlungen.
- Integrierte Klimaschutzkonzepte für bestehende Gewerbegebiete (Null-Emissions-Park).
- Aufbereitung des „Handbuchs für gute Beispiele klimaoptimierter Siedlungsentwicklung“ für die Regionskommunen.

Umwelt

Umweltschutz dient dem Klimaschutz und umgekehrt. Die Region unterstützt regenerative Energien und ressourcensparende Energienutzung. Durch den Umstieg auf Ökostrom kann die Region Hannover in Zukunft einen großen Teil ihres CO₂-Ausstoßes einsparen.

Wir setzen uns ein für:

- Schutz, Erhalt und Neuschaffung von für das Klima als CO₂-Senken wertvollen Landschaftsräumen wie Moore und Wälder.

- Finanzielle Förderung regenerativer Energien und ressourcensparender Energienutzung in der Region Hannover mit der Unterstützung folgender Projekte:
 - Förderung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien.
 - Förderung bei der Errichtung von Passivhäusern.
 - Energetische Sanierung von (Vereins-)Sportstätten weiter fördern (Programme eco.fit und eco.sport).
 - Förderprogramm für Kraft-Wärme-Kopplung, Pelletheizungen neu aufstellen und sichern.
 - Zukünftig Ökostrom für die Gebäude der Region und ihrer Beteiligungsunternehmen.
 - Ausbau der Personalkapazitäten für die Umsetzung der Klimaschutzziele der Region und des Klimapaktes (Klimaschutzleitstelle für die Regionsverwaltung).

Wirtschaftsförderung

Als Standortfaktor haben Klimaschutzmaßnahmen positive Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation, z. B. durch die Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem im Handwerk, im Handel und im Dienstleistungsgewerbe.

Bisher haben wir mit dem Programm eco.bizz Unternehmen beraten und fördern können. Bei der Wirtschaftsförderung muss die Region Hannover den Klimaschutz zunehmend integrieren.

Wir setzen uns ein für:

- Beratung der Unternehmen zur Energieoptimierung und Energieeffizienz, Bündelung dezentraler Angebote an verkehrsoptimierten Flächen.

- Neue Logistiksiedlungen nur dort, wo sie mit Schiene und Wasserweg verbunden sind.

Verwaltung, Beschaffung und HannIT

Als gutes Beispiel geht die Region auch in ihrer eigenen Verwaltung voran – und integriert Klimaschutz im Alltag. Bereits 2010 hat die Region Hannover atomstromfreien Strom bezogen und klimaoptimierte Geräte beschafft. In Zukunft müssen sowohl die Menschen als auch formelle Abläufe sich an den Klimaschutzzielen orientieren.

Wir setzen uns ein für:

- Schulung der MitarbeiterInnen der Regionsverwaltung.
- Kennzeichnung der Klimawirksamkeit in jeder Beschlussdrucksache.
- Bezug von atomstromfreien Strom von den Stadtwerken Hannover für die Region Hannover zusammen mit der Landeshauptstadt und ihren Beteiligungsgesellschaften.
- Einführung eines Beschaffungshandbuchs nach Klimaschutzzielen.
- Einführung eines vegetarischen Tages pro Woche in allen Regionskantinen (Veggi-Day↑), da vermehrter Fleischkonsum unter anderem maßgeblich zum Klimawandel beiträgt.

Soziales und Öffentlichkeitsarbeit

Die Bevölkerung muss beim Klimaschutz mitgenommen werden. Dafür bedarf es neben Öffentlichkeitsarbeit auch konkreter Projekte, in die alle Menschen in der Region eingebunden werden.

Wir setzen uns ein für:

- Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner der Region Hannover in die

Aktivitäten zum Klimaschutz durch Öffentlichkeitsarbeit und Programme.

- Unterstützung des Programms „Gut beraten starten“ der Klimaschutzagentur mit kostenloser, unabhängiger Energieberatung für Ein- und Mehrfamilienhäuser in allen Regionskommunen.
- Stromeinsparhilfen für einkommensschwache Haushalte.
- Der Mietspiegel der Region soll die Energiewerte der Wohnungen berücksichtigen.

Einbeziehung der Handelnden in der Region

Mit der Klimaschutzagentur besitzt die Region Hannover eine hervorragende und kompetente Beratungseinrichtung, die entscheidende Impulse für den Energie- und Klimaschutzstandort Region Hannover geleistet hat und leistet. Vor allem im Hinblick auf ihre Kompetenz bei Beratung, Schulung und Öffentlichkeitsarbeit wollen wir diese Institution erhalten und weiterentwickeln.

Darüber hinaus sind weitere Akteurinnen und Akteure in der Region in die Aktivitäten einzubeziehen, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Wir setzen uns ein für:

Stärkung der Arbeit der Klimaschutzagentur.

- Das Klimaschutzrahmenprogramm wirkt auch in die Beteiligungsunternehmen der Region – beispielsweise durch ein einheitliches Beschaffungshandbuch oder die energetische Sanierung des Gebäudebestandes der Beteiligungsunternehmen.
- Aufbauend auf kommunalen Klimaschutzaktionsprogrammen wird mit den Regionalkommunen ein gemeinsamer Klimaschutzpakt angestrebt, in den auch VertreterInnen von Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden werden sollen.
- Überarbeitung des Regionsförderprogramms für die Anschubfinanzierung von

energetisch optimierten Vorreiterprojekten.

Biomasse als erneuerbarer Energieträger – aber mit Auflagen

Der Schutz unseres Klimas und die Verknappung fossiler Brennstoffe machen die Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung erforderlich. Der regionale Anbau und die regionale Verwertung sind ökologisch sinnvoll und schaffen Arbeitsplätze vor Ort. Es gilt Lösungen zu finden, die die Interessen der Nahrungsversorgung, des Naturschutzes, des Umweltschutzes, der Ökonomie und der betroffenen anliegenden Bevölkerung berücksichtigen. Wenn der Interessenausgleich gelingt, bestehen neben dem Klimaschutz Chancen in der Stärkung des ländlichen Raumes durch lokale Wertschöpfung und zukunftssichere Energieversorgung und für eine neue Form der Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und Dorfbewohnerinnen und -bewohnern.

Vorrang hat die Nutzung von Abfällen wie Grünresten und Mähgut. Sollten eigens für die Energieerzeugung Feldfrüchte angebaut werden, sind dabei folgende Grundsätze zu beachten:

- Regulierung der Standorte für Biogasanlagen zur Begrenzung der Flächen für den Energiepflanzenanbau.
- Verzicht auf Ertragsintensivierung.
- Umbruchverbot von Grünland und Wiederherstellung ehemaliger Grünlandflächen.
- Verzicht der Nutzung ökologisch sensibler Flächen wie Moorzweiden, torfhaltiger Böden und Flussauen zur Vermeidung übermäßiger Freisetzung von Treibhausgasen und Erosion.
- Vorrang für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion, um Teuerungen in diesem Bereich zu vermeiden.
- Einhaltung einer mindestens dreigliedrigen Fruchtfolge für eine positive Humusbilanz.

- Verzicht auf Pestizide zum Schutz von Grundwasser, Wildflora und -fauna.
- Verzicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen.
- Schaffung von ökologischen Ausgleichsflächen, Blühstreifen, Saumstrukturen und Feldgehölzen zum Erhalt einer lebendigen Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt.
- Nachweis von sechsmonatigen Lagerkapazitäten für Gärreste, um eine pflanzen-gerechte Ausbringung zu gewährleisten und den Eintrag von wertvollem Dünger ins Grundwasser zu mindern.
- Der Transportweg der Substrate darf im Mittel sieben Kilometer nicht überschreiten, um die Verkehrs- und Abgasbelastung zu begrenzen.

Forderungen an die verschiedenen Biogasanlagentypen

- Die Gasreinigung und direkte Einspeisung in das Gasnetz ist vorrangig anzustreben.
- Die Abwärme der Biogasanlagen muss in hohem Maße genutzt werden. Für die Sommermonate müssen zusätzliche Nutzungen wie Trocknung von Hackschnitzeln, Kaminholz oder Getreide Anwendung finden.
- Kommunen können durch das Angebot vom Anschluss städtischer Gebäude eine koordinierende Funktion einnehmen. Hierbei kann eine zu erstrebende 100-prozentige Wärmenutzung erreicht werden.

Verkehrswende!

Grüne Verkehrspolitik für die Region Hannover ist umweltbewusst, sozial, attraktiv und effizient. Sie sichert die Mobilität für alle und dient den Umwelt- und Klimaschutzzielen der Region.

Mit attraktiven, ökologischen Alternativen zum motorisierten Individualverkehr

werden die Belastungen durch Immissionen (Lärm, CO₂, Feinstaub, Stickoxid) gemindert und die Sicherheit im Verkehr erhöht. Außerdem können Autoverkehrsflächen anders genutzt werden. Beides führt zu einer verbesserten Lebensqualität für die Bevölkerung.

Wir wollen Anreize für den Umstieg auf den so genannten Umweltverbund (Fuß- und Radverkehr, ÖPNV↑) schaffen. Um den derzeitigen guten Standard erhalten zu können und darüber hinaus den notwendigen Ausbau zu finanzieren, müssen neue Möglichkeiten zur Finanzierung gefunden werden.

Die Region Hannover ist verantwortlich für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV↑), den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV↑) und die Kreisstraßen samt anliegender Radwege (im Umland).

Einsparungen, die durch die Ausschreibung der S-Bahn in Höhe von ca. zehn Millionen Euro entstehen werden, wollen wir für den Ausbau des SPNV nutzen.

Mit dem integrierten Verkehrsentwicklungsplan „ProKlima“↑ haben wir ein Konzept erarbeiten lassen, mit dem wir den Ausbau des Umweltverkehrsverbundes vorantreiben wollen. Dabei wollen wir auch die verschiedenen Verkehrsmittel besser miteinander vernetzen, um eine bessere Alternative zur privaten PKW-Nutzung zu bieten.

Wir setzen uns ein für:

- Steigerung des Fußverkehrsanteils.
- Steigerung des Radverkehrsanteils.
- Steigerung des ÖPNV↑-Anteils.
- Steigerung der Nutzung von Car-Sharing.

Radverkehr

Radverkehr ist ökologisch, gesund und kostet nicht viel. Er erfüllt eine wichtige Rol-

le sowohl im Berufsverkehr als auch im Freizeitverkehr. Durch die Verknüpfung von Freizeit- und Radwegenetz entlang der Kreisstraßen haben wir wichtige Grundlagen für den Radwegeausbau gelegt. Mit zusätzlichen Mitteln für die Radwegesanieerung und den Bau von Bike+Ride-Anlagen[↑] sind gute Angebote für die Radfahrerinnen und Radfahrer in der Region geschaffen worden. Aktuell werden die Planungen vorangetrieben, um mehr Geld in den Radwegebau zu investieren. In diesen Bereichen werden wir auch künftig aktiv bleiben.

Wir setzen uns ein für:

- Eine regionale Kampagne zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs (z. B. „Kopf an, Motor aus“).
- Ein naturschutzverträgliches Radschnellwegenetz.
- Schaffung eines durchgängigen Radwegenetzes.
- Radverkehrsfreundliche Ampelschaltungen und Vorfahrtsregelungen für Radverkehr bei Querungen.
- Mehr Fahrradabstellanlagen an öffentlichen und privaten Gebäuden und mehr Bike+Ride-Anlagen[↑].
- Verbesserung der Mitnahme von Rädern in allen Bussen und Bahnen
- Fahrradverleihsysteme optimieren und ausweiten.
- Fahrradverleih soll ein Baustein des Mobilitätspakets HANNOVERmobil[↑] werden.
- Programm zur Schaffung von mehr Fahrradstationen (auch im Umland).
- Anschaffung von Diensträdern (evtl. auch Pedelecs[↑] mit Elektrohybridantrieb) für die Beschäftigten der Regionsverwaltung und der Beteiligungsunternehmen.

Öffentlicher Verkehr – ökologisch und für alle

Wir haben uns für die Stärkung von Fahrgastrechten durch Garantien für Kundinnen und Kunden eingesetzt und wollen dies auch zukünftig tun. Den ÖPNV-Rat, dessen Einführung wir schon initiiert haben, wollen wir besser in die politische Arbeit einbinden.

Mit attraktivem und ökologischem Nahverkehr bieten wir den Menschen gute Alternativen zum motorisierten Individualverkehr und schützen damit auch das Klima.

Wir setzen uns ein für:

- ÖPNV↑ und SPNV↑ nur mit Strom aus regenerativen Energien antreiben.
- Einsatz CO₂-sparsamer Fahrzeuge.
- Weiterentwicklung des ÖPNV-Rates.

Qualität im Nahverkehr

Harte Sparmaßnahmen im ÖPNV konnten wir GRÜNE bisher erfolgreich verhindern. Mit der Weiterführung des Programms für mehr Sicherheit und Sauberkeit im ÖPNV und der Unterstützung des Ausbaus der Bahnhöfe in der Region zu attraktiven Reisezentren fördern wir darüber hinaus die Attraktivität des Nahverkehrs.

Auch mit der Verknüpfung des ÖPNV↑ mit Car-Sharing-Angeboten↑ und Leihfahrradmodellen entwickeln wir moderne Mobilitätskonzepte. Wir haben uns beispielsweise für die Einführung von HANNOVERmobil↑ eingesetzt. Dieses Angebot wollen wir weiterentwickeln.

Insgesamt wollen wir GRÜNE die Fahrgastbetreuung ausweiten und optimieren. Sowohl in den Stadtbahnen als auch in den Stationen soll durch Personaleinsatz für mehr Sicherheit insbesondere abends, nachts und am frühen Morgen gesorgt werden. Bisher konnten wir schon durchsetzen, dass zum Fahrplanwechsel 2012/13 in allen S-Bahnen zwischen 20 und 6 Uhr Begleitpersonal mitfährt.

Mit Investitionen haben wir den ÖPNV↑ nachhaltig verbessert. Die Fahrgäste profitieren beispielsweise durch den Bau der Umsteiganlage Linden/Fischerhof von der Schaffung eines bequemen Verknüpfungspunktes mit der Stadtbahn und dem Busverkehr. Mit den Verlängerungen in Richtung Altwarmbüchen und Misburg haben wir unser Stadtbahnnetz weiter ausgebaut.

Wir setzen uns ein für:

- Bau von Umsteiganlagen an Verknüpfungspunkten (z. B. Waldhausen, Braunschweiger Platz).
- Sicherung der Anschlüsse für die Kundinnen und Kunden zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln (Bus/Stadtbahn/Schiene).
- Weiterführung des Programms für die Vorrangschaltung des Busverkehrs an Ampeln.
- Die vorhandenen Vorrangschaltungen für Busse und Bahnen müssen erhalten bleiben.
- Weiterentwicklung des Programms für mehr Sicherheit und Sauberkeit im ÖPNV↑.
- Ausbau des Notrufanlagensystems.
- Planung/Realisierung weiterer Stadtbahnverlängerungen, bei positivem Kosten-Nutzen-Verhältnis.
- Entwicklung der D-Linie (Stadtbahn-Linie 10) oberirdisch von der Kurt-Schumacher-Straße durch den Posttunnel zum Raschplatz, um die Umsteigebeziehungen und die Erschließung der Innenstadt zu verbessern.
- Verlängerung der D-Linie (Stadtbahn-Linie 10) durch die Sallstraße bis zum Bismarckbahnhof prüfen.

- Einführung eines Niederflurbahnsystems[↑] für die Stadtbahn-Linie 10.
- Den weiteren Ausbau von Hochbahnsteigen am Fahrgastaufkommen und den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer orientieren. (siehe auch den Abschnitt „SolidaRegion“).
- Ausbau von Bushaltestellen (z. B. mit beleuchteten und gut einsehbaren Wartehäuschen).
- Mehr Abstellmöglichkeiten für Autos und Fahrräder an Haltestellen (Bike+Ride[↑] und Park+Ride).
- Verknüpfung verschiedener Mobilitätsangebote (z. B. ÖPNV[↑] und Fahrrad).
- Verkehrsmittelübergreifendes Verkehrsmanagement inklusive dynamischer Verkehrsinformation über Staus, Parkplatzangebote und Abfahrten der öffentlichen Verkehrsmittel.
- Weiterentwicklung der elektronischen Fahrplanauskunft EFA (u.a. EFA-Kontaktperson).
- Vandalismus-Hotline für Bus und Bahn.
- Bedarfsgerechte Taktverdichtung aller Verkehrsmittel und Schaffung der dafür notwendigen Kapazitäten.
- Durch den Ausbau des DB-Netzes insbesondere zusätzliche Regional-Express bzw. Express-S-Bahn-Verbindungen schaffen (z. B. Barsinghausen und Hannover-Kassel/Hamm).
- Bahnhofsumfeldentwicklung mit dem Ziel, die Bahnhöfe stärker in den Mittelpunkt des städtischen Lebens zu rücken und das Bahnhofsumfeld attraktiver zu gestalten.

Mobilität im ländlichen Raum

Angesichts der demografischen Entwicklung ist langfristig mit dem Wegfall der SchülerInnenverkehre in einigen Ortsteilen zu rechnen. Diese garantieren aber heute, gerade in kleineren Ortschaften, einen relativ geregelten Nahverkehr in der Hauptverkehrszeit. Auf der anderen Seite wird auch auf dem Lande die Zahl der älteren Personen zunehmen, die nicht mehr Auto fahren können und wollen.

Für ländliche Siedlungen ist daher die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr zu sichern, der aus verkehrlicher Sicht, aber auch aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen von hoher Bedeutung ist. Denn der ÖPNV[↑] trägt auch zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum bei – und damit zur Sicherung des Lebens auf den Dörfern. Die Einhaltung des Mindestbedienstungsstandards ist weiterhin sicherzustellen. Für den ländlichen Raum sind zusätzlich alternative Modelle wie Ruftaxis, Anrufsammeltaxis etc. anzubieten.

Wir setzen uns ein für:

- Alternative Modelle für die Mobilität im ländlichen Raum, wie z. B. Ruftaxis als zusätzliche Angebote.
- Förderung des Busverkehrs in der Fläche.

Freizeitverkehr

Gute Verbindungen im Freizeitverkehr wirken sich positiv auf die Erholungsziele, die Freizeiteinrichtungen und die Gesamtregion aus. Es ist uns bereits gelungen, eine Ringlinie um das Steinhuder Meer einzurichten. Bestimmte Freizeiteinrichtungen können sich planerisch und finanziell an der Verkehrsanbindung mit dem Nahverkehr beteiligen (z. B. durch Kombi-Tickets).

Wir setzen uns ein für:

- Verbesserung der Erreichbarkeit touristischer Ziele (z. B. Deister, Steinhuder Meer) und anderer Freizeitziele.

- Überprüfung eines Ausbaus des NachtLiner-Angebots (u.a. Anfahrt von Diskotheken).
- Anschaffung von Haltevorrichtungen für Fahrräder an Bussen prüfen.
- Der Einsatz eines Fahrradanhängers sollte auf weiteren Linien angeboten werden.

Faire Angebote in der Region und darüber hinaus

Verkehr endet nicht an den Regionsgrenzen. Die Tarifkooperationen mit den benachbarten Räumen und Körperschaften sind weiter auszubauen und der GVH auf angrenzende Landkreise auszuweiten. Außerdem gilt es, in Anpassung an veränderte soziale Verhältnisse, noch mehr gerechte und soziale Lösungen im Öffentlichen Personennahverkehr zu finden.

Wir setzen uns ein für:

- Weiterentwicklung des Sozialtarifs (siehe auch den Abschnitt „SolidaRegion“).
- Neue Angebote für GelegenheitskundInnen (z. B. OffiCard 50%, HANNOVERmobil↑, Wochenendticket).
- Weiterentwicklung von HANNOVERmobil↑.
- Einführung von Wochenkarten.
- Seniorinnen und Senioren als Kundschaft gewinnen und halten.
- Monatskarte für Fahrradmitnahme im SPNV↑.
- Ermäßigte Tagestickets für Kinder.
- Harmonisierung der Zonen bei Zeit- und Einzelkarten (momentan: Card = 4 Zonen, Ticket = 3 Zonen).

- Einführung von mobilem Ticketing (Bezahlen der Fahrt mit dem Handy).
- Erweiterung des GVH auf angrenzende Landkreise.
- Metropol-/Niedersachsen-Tarif für alle Bahnen und Busse.
- Angebot eines Jobtickets auch für kleinere Unternehmen schaffen.
- Mobilitätsberatung und -management in Betrieben und Verwaltungen (Jobtickets, Parkraumbewirtschaftung, z. B. Parkplatz nur bei Abnahme eines Jobtickets und Fahrgemeinschaften fördern).

Straßenverkehr

Wir wollen für einen sicheren und gefahrlosen Zustand auf den Straßen sorgen. Mit Tempo 40 auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen, verstärkter Geschwindigkeitsüberwachung und der Einrichtung von Shared-Space-Zonen↑ können Beiträge dafür geleistet werden.

Mit uns GRÜNEN gab es in der vergangenen Wahlperiode keinen Straßenaus- und -neubau. Damit haben wir verhindert, dass Mensch und Umwelt durch zusätzliche Verkehre und ihre schädlichen Emissionen weiter belastet werden. Auch die Verlagerung von Straßenverkehr auf die Schiene trägt hierzu bei. Das Umsteigen auf den ÖPNV↑ und das Fahrrad gilt es ebenso weiter zu fördern wie den Transport von Gütern auf der Schiene. Auch die Einführung einer Güterstraßenbahn wie in Dresden ist zu prüfen.

Dort wo motorisierter Individualverkehr↑ weiterhin notwendig ist, unterstützt grüne Politik ökologische Antriebstechnologien als Alternative.

Wir setzen uns ein für:

- Im Bereich Verkehrssicherheit heißt unser Ziel „Vision Zero“. Das bedeutet, den Straßenverkehr so sicher zu gestalten, dass es künftig keine Verkehrstoten und Schwerverletzten durch Verkehrsunfälle mehr gibt.

- Regionsstraßenverkehr und -management ökologisch gestalten (Verkehrsmanagementzentrale).
- Mautbedingte Verlagerungen des LKW-Verkehrs verhindern.
- Kein Neu- und Ausbau von Regionsstraßen.
- Car-Sharing auch im Umland.
- Anschaffung CO₂-armer Fahrzeuge für die Regionsverwaltung und die Beteiligungsgesellschaften.

Gesundheitsvorsorge

Luft und Lärm

Saubere Luft ist ein Ziel, für das sich GRÜNE seit langem einsetzen. Die Region ist für die Einhaltung von Lärm- und Luftreinhalte-Vorschriften zuständig. Industrie- und Müllverbrennungsanlagen stehen dagegen unter der Kontrolle einer Landesbehörde, der Gewerbeaufsicht. Angesichts der verstärkten Ausbreitung von Anlagen zur Abfallverbrennung bzw. Abfallmitverbrennung ist von der Regionsversammlung eine kontinuierliche Erfassung von Luftverunreinigungen beschlossen worden, um die Bevölkerung und die Umwelt zu schützen.

Wir setzen uns ein für:

- Wirksame Kontrolle des Schadstoffausstoßes und Reduzierung von Luftschadstoffen.
- Kauf schadstoffarmer Modelle bei Neubeschaffungen von Kraftfahrzeugen für die Region.
- Luftreinheit in der Umgebung von Mastställen (siehe auch den Abschnitt „Landwirtschaft“).

Gesundheitsschutz ist wichtiger als Nachtflüge

Lärm macht krank – und ist für die Allgemeinheit teuer! Die Gesundheit zehntausender Menschen rings um den Flughafen Hannover-Langenhagen ist uns wichtiger als der vom Flughafen behauptete Standortvorteil des „offenen Nachthimmels“.

Nachtflug führt zu erheblichen Kosten für die medizinische Behandlung der Lärmfolgen, zu einer Entwertung der Immobilien in den umliegenden Städten und Gemeinden und zu wirtschaftlichen und planerischen Einschränkungen der Anliegerkommunen.

Die Regionsverwaltung ist nicht zuständig für Lärminderung. Hier müssen das Land und die Städte und Gemeinden tätig werden, um die Belastungen durch Lärm zu verringern.

GRÜNE in der Region Hannover setzen sich für ein Nachtflugverbot für den Flughafen Langenhagen ein. Dies hat die CDU/FDP-Landesregierung bisher abgelehnt.

Wir setzen uns dafür ein, mittelfristig sämtliche Nachtflüge in die Tageszeit zu verlegen. So werden weder Arbeitsplätze noch die Wirtschaftlichkeit des Flughafens gefährdet.

Mit dieser Zielsetzung wollen wir

- durch ein Gutachten über die Gesundheitsgefährdung durch Fluglärm in der Region Hannover eine objektive Beweislage schaffen.
- die Verlegung der Nachtflüge in die Tageszeit als Maßnahme in den Lärmaktionsplänen der betroffenen Städte und Gemeinden sowie der Region Hannover etablieren.
- dafür sorgen, dass der bereits genehmigte „Frachtbereich West“ auf dem Flughafengelände nicht zu noch mehr Nachtflügen führt.
- die Gesundheit und das Eigentum der Flughafenanliegerinnen und -anlieger schützen und die Einschränkungen durch die Siedlungsbegrenzung für die Anlie-

gerkommenen vermindern.

Die Region soll sich auf Landesebene dafür einsetzen, Nachtflüge generell zu reduzieren und die Zuständigkeiten für Wirtschaftlichkeit und Betrieb des Flughafens entflechten. Das Ministerium, das an Erträgen des Flughafens interessiert ist, darf nicht zugleich für die Genehmigung des Nachtflugbetriebs verantwortlich sein.

Auf europäischer Ebene soll sich die Region Hannover dafür einsetzen, dass die zumutbaren Grenzen der Lärmbelastung entsprechend den heutigen Erkenntnissen der Lärmwirkungsforschung angepasst werden. Für die Flugtouristen muss sichergestellt werden, dass sie vor der Buchung über die Uhrzeiten der Hin- und Rückflüge informiert werden und darauf Einfluss nehmen können.

Lichtverschmutzung

Lichtverschmutzung beeinflusst Ökosysteme in erheblichem Maße. So verenden allein in einer Sommernacht an der Straßenbeleuchtung Deutschlands über eine Milliarde Insekten. Vögel, insbesondere die Zugvögel, sind heute mit völlig neuen Lichtverhältnissen konfrontiert. Vor allem bei schlechter Sicht werden sie von punktuellen Lichtquellen und von den Lichtglocken über großen Städten angezogen. Dies verlängert ihre Zugzeit.

Durch kommunale Licht-Masterpläne (wie z. B. in Wien, Stuttgart, Karlsruhe bereits geschehen) kann übermäßige Werbebeleuchtung eingedämmt werden und ein adäquates Beleuchtungsniveau geschaffen werden. Wichtige Grundlage für die Akzeptanz für solche Planwerke ist eine transparente und bürgerInnennahe Planung. Sie muss durch eine effektive Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.

Wir setzen uns ein für:

- Begrenzung der Lichtverschmutzung.
- Licht möglichst nur dort einsetzen, wo es aus Sicherheitsgründen benötigt wird.
- Licht gerichtet einsetzen: durch Abschirmungen Abstrahlungen nach oben und

zur Seite verhindern, bei Anstrahlungen nur Licht von oben nach unten lenken.

- Beleuchtungsstärken anpassen, zu helle Beleuchtungen vermeiden.
- Beleuchtung der Nutzung anpassen: in späten Nachtstunden entsprechend der geringeren Frequentierung auf Beleuchtung verzichten oder diese reduzieren (Teilabschaltungen, Dimmung).
- Bei effektiven und energiesparenden Lampen die Anschlusswerte verringern (geringere Wattzahlen).

Biologische Vielfalt erhalten, entwickeln und erlebbar machen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine umfassende und nachhaltige Umweltpolitik, die Menschen, Tiere und Pflanzen vor Belastungen schützt und die natürlichen Lebensgrundlagen für die Zukunft sichert. Wasser, Luft und Boden sind die Grundlage allen Lebens. Um dies allen Menschen nahebringen zu können, wollen wir eine aktive Umweltinformationspolitik und setzen uns für die Förderung der Umweltbildung ein.

Die Regionsverwaltung ist zuständig für Natur-, Gewässer-, Immissions- und Bodenschutz. Grüne Politik setzt sich für den Erhalt der Lebensqualität in der Region ein und will mit jährlich einer Million Euro Maßnahmen für die biologische Vielfalt fördern. Wir wollen die Vorbildfunktion der Region Hannover nicht nur durch die Umsetzung von Maßnahmen verwirklichen, sondern auch durch den Beitritt in das kommunale Bündnis für biologische Vielfalt.

Natur- und Landschaftsschutz fortentwickeln

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich für den Schutz der biologischen Vielfalt und wollen Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt sichern. Hierzu leisten die 38 Naturschutz- und 82 Landschaftsschutzgebiete in der Region einen wichtigen Beitrag – auch für eine l(i)ebenswerte Umwelt für den Menschen. Den

Forderungen nach Herausnahme von Flächen aus dem Landschaftsschutz treten wir entgegen und setzen uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Schutzgebiete ein. Anhand von Grundsätzen mit ökologisch hochwertigen Qualitätsstandards konnten wir so in der vergangenen Wahlperiode unsere Landschaftsschutzgebiete sichern und weiterentwickeln. Für das Naturschutzgroßprojekt „Hannoversche Moorgeest“ wurde ein Pflege- und Entwicklungsplan erarbeitet.

Die Eigenart, Schönheit und Vielfalt der Lebensräume in der Region Hannover gilt es zu sichern und wiederherzustellen. Dies beinhaltet auch eine zügige und konsequente Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Naturschutz.

Wir setzen uns ein für:

- Fortentwicklung des Landschafts- und Naturschutzes durch Neuausweisung von Schutzgebieten.
- Beitritt der Region Hannover in das kommunale Bündnis für biologische Vielfalt.
- Jährlich eine Million Euro für Maßnahmen für biologische Vielfalt.
- Erhalt, Pflege und Entwicklung von Gebieten für den Natur- und Artenschutz, Vernetzung schützenswerter Lebensräume durch Biotopverbund[↑], gerade im Hinblick auf die Klimafolgenanpassung.
- Konzeption und Durchführung von Artenschutzmaßnahmen.
- Erhalt von artenreichen Wildnisflächen und Zu-lassen der Entwicklung solcher Flächen.
- Vervollständigung eines qualifizierten Schutzes von Vogelschutzgebieten und Schutzgebieten nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie[↑] der Europäischen Union.
- Errichtung von Pufferzonen zwischen hochwertigen Naturschutzgebieten und Bereichen mit intensiven Nutzungen.

- Bereitstellung ausreichender Mittel für Pflegemaßnahmen und den Ankauf von Flächen für Naturschutzzwecke.
- Erhalt extensiver landwirtschaftlicher Nutzungsformen, insbesondere Entwicklung und Umsetzung von Schutzprogrammen für Grünland.
- Einbindung der Landwirtschaft in die Landschaftspflege.
- Förderung des Moorschutzes, rasche Wiedervernässung von Torfabbauflächen, keine Neugenehmigung von Torfabbau.
- Umsetzung der Maßnahmen aus dem Pflege- und Entwicklungsplan „Hannoversche Moorgeest“.
- Keine Deponierung von Schlamm aus dem Steinhuder Meer auf Renaturierungsflächen und für den Naturschutz wertvollen Bereichen.
- Stärkere Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes.
- Beteiligung an der Errichtung und dem Betrieb von Naturschutzstationen.
- Stärkere Ausnutzung von Drittmitteln (z. B. der EU) für Naturschutzmaßnahmen.
- Erstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes als Fachplanung des Naturschutzes und Umsetzung seiner Ziele.
- Arbeit der Naturschutzbeauftragten erhalten und ihre Qualität sichern.
- Natur- und Umweltbildung durch Naturschutzbeauftragte fördern.

Boden schützen

Es ist gesetzliches Ziel, die Funktionen des Bodens nachhaltig zu sichern und wiederherzustellen, schädliche Bodenveränderungen und Altlasten (siehe auch Abschnitt „Altlasten“) sowie dadurch verursachte Grundwasserverunreinigungen zu sanieren

und Vorsorge zu treffen, um den Boden vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen.

Wir setzen uns ein für:

- Fortführung von Sanierungen verseuchten Bodens.
- Maßnahmen zur Entsiegelung im Siedlungsbereich.
- Weitere Flächenversiegelung stoppen.
- Nachnutzung von Bodenabbauten für den Natur- und Artenschutz.
- Eingriffsregelung bei Planfeststellungsverfahren kontrollieren.
- Vollzugsdefizite in der Umweltüberwachung abbauen.

Gewässer schützen

Die Region ist in insgesamt acht der regionsangehörigen Städte und Gemeinden zuständig für die Genehmigung nach dem Wasserhaushaltsgesetz und die Überwachung von Abwassereinleitungen aus Gewerbebetrieben. Sie fördert Maßnahmen von Gemeinden und Verbänden zur naturnahen Entwicklung von Fließgewässern. Die Gewässergüte muss auch weiterhin verbessert werden. Dazu dienen sowohl die strikte Vermeidung von Verunreinigungen als auch die Verbesserung der ökologischen Selbstreinigungskraft von Gewässern. Zumindest alle Fließgewässer und das Grundwasser sollen nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 einen guten Zustand erreichen.

Retentionsräume sind an Flüssen und Bächen seitlich gelegene Flächen, auf denen sich bei Hochwasser das Wasser ausbreiten und ansammeln kann. Daneben sind sie notwendige Grundlage für den Erhalt und die Verbesserung der ökologischen Vielfalt in und an den Gewässern und Auen. Auch aus Gründen der Klimafolgenanpassung sind der Erhalt und die Schaffung neuer und größerer Retentionsräume ein Ziel unserer Politik.

Wir setzen uns ein für:

- Strikte Überwachung von Gewässereinleitungen und Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen sowie von Freilegungen des Grundwassers.
- Fortsetzung der Förderung der naturnahen Entwicklung von Gewässern durch Renaturierung und Fortsetzung der Ausweisung von Gewässerrandstreifen, mehr Geld für den Ankauf von Flächen.
- Verbesserung der Wasserqualität nach der Wasserrahmenrichtlinie.
- Retentionsräume für Hochwasserschutz und zur Klimafolgenanpassung.
- Bodenschonende landwirtschaftliche Nutzung fördern (z. B. Minimierung von Bodenverdichtung und -abtrag).

Neue Landwirtschaft ohne Massentierhaltung

Die Region Hannover ist historisch in weiten Teilen durch eine bäuerliche Landwirtschaft geprägt. Diese gilt es zu erhalten und gegen die Entwicklung von industrieller Agrarproduktion zu stärken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Wir wollen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel. Auf grüne Initiative ist die Region Hannover dem Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft beigetreten und will auf den regionseigenen landwirtschaftlich genutzten Flächen keine gentechnisch veränderten Pflanzen anbauen lassen. Zudem sollen in den regionseigenen Einrichtungen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel verwendet werden. Wir setzen uns ein für eine gentechnikfreie Region Hannover und lehnen Freisetzungen von gentechnisch veränderten Organismen ab.

Wir befürworten bäuerliche Landwirtschaft und kämpfen gegen Massentierhaltung, da diese keine artgerechte Tierhaltung gewährleistet und die Anwohnerinnen und Anwohner belastet. Die davon Betroffenen sind der Gefahr einer erhöhten Keimbelastung ausgesetzt, leiden unter Geruchsbelästigung und einer Wertminderung ihrer

Grundstücke. Außerdem wird der zu schützende Außenbereich der Städte und Gemeinden immer stärker zersiedelt. Landschaft und Natur werden beeinträchtigt.

In der Region Hannover werden größere Agrarfabriken insbesondere für die Hähnchenmast geplant und beantragt. Die Regionsverwaltung ist gefordert, Anträge durch unabhängige Expertinnen und Experten und eigene Gutachten zu prüfen. Erörterungstermine müssen von der Regionsverwaltung unparteiisch durchgeführt werden. Insbesondere sind in Genehmigungsverfahren Keimbelastungen und Brandschutz zu berücksichtigen. Auf Landes- und Bundesebene müssen Planungs- und Tierschutzrecht dahingehend geändert werden, dass ein Stallbau-Boom verhindert werden kann.

Neben der Landwirtschaft muss sich auch die Forstwirtschaft an der Bedeutung der Wälder für die Biodiversität orientieren. Alte Wälder sind CO₂-Senken und daher auch aus Gründen des Klimawandels zu schützen. Durch eine ökologisch hochwertige Zertifizierung von Waldflächen der Region kann folglich Natur- und Klimaschutz unterstützt werden.

Wir setzen uns ein für:

- Keine Gentechnik in der Landwirtschaft.
- Keine Massentierhaltung.
- Förderung bäuerlicher und ökologischer statt industrieller Landwirtschaft.
- Unterstützung der Vermarktung ökologischer Lebensmittel aus der Region Hannover.
- Tierschutz (z. B. auch durch einen vegetarischen Tag pro Woche in Regionskantinen).
- Naturgemäße Forstwirtschaft.
- In einem Anteil von mindestens 15 Prozent der Gesamtwaldfläche sollen Naturwaldflächen ohne Nutzung ausgewiesen werden.

- FSC-Zertifikat im Naturland-Standard für Waldflächen im Eigentum der Region.

Abfall

Abfälle und Altlasten sind ein problematisches Erbe für zukünftige Generationen. Die Kommunen tragen seit Jahrzehnten die Verantwortung für sichere, ökologisch hochwertige und ressourceneffiziente Abfallentsorgung in Deutschland. Auch die Region Hannover ist durch ein anerkannt hohes Niveau der Kreislaufführung von Abfällen und Wertstoffen geprägt. Nach dem Verursacherprinzip ist es wichtig, dass die Produktverantwortung bereits beim Erzeuger angesiedelt wird. Ein Beitrag zur Abfallvermeidung könnte die Darstellung der Ökobilanz bei Produkten – auch im Preis – sein.

Wir fordern, dass die Bundesebene in der Abfallwirtschaft für Planungssicherheit sorgt. Abfall, der in privaten Haushalten anfällt, ist grundsätzlich der Kommune zu überlassen. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine gemeinwohlorientierte Abfallwirtschaft, die auch den Belangen der Ökologie, der öffentlichen Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung Rechnung trägt. Wertstoffe müssen dem öffentlich-rechtlichen Entsorger gesichert werden, denn gewerbliches „Rosinenpicken“ schadet allen Gebührenzahlenden. Dies hat die Region am Beispiel Papier zuletzt deutlich gemerkt.

Die Entscheidung über die Entsorgung und Erfassung von Hausmüll muss in der Region getroffen werden. Der Wille der Menschen ist dabei wichtig. Zur nächsten Gebührensalkulation soll das Gebührensystem für das gesamte Regionsgebiet überarbeitet werden. Ab 2013 können dann die Gebühren weitgehend angeglichen werden. Grüne Politik setzt dabei auf Belohnung von Abfallvermeidung und Recycling. Der hohe Dienstleistungsstandard, der von Privathaushalten ohne weitere Gebühren genutzt werden kann (z. B. Wertstoffhöfe für Sperrmüll und Grünschnitt, Abfallberatung), muss dabei erhalten werden.

Sack- und Tonnenabfuhr werden heute unterschiedlich finanziert. Während im Umland eine jährliche Grundgebühr anfällt, und die Menschen je nach Müllmenge zusätzlich beim Kauf an der Kasse ihre Säcke bezahlen, wird in der Stadt Hannover je nach Tonnenvolumen eine Gebühr kassiert. Ist der Sack dabei zu teuer, landet der Müll in der Landschaft. Ist die Gebühr der Tonne andererseits zu günstig, ist der Anreiz zur Abfallvermeidung zu gering.

Wir respektieren den Wunsch vieler, die Sack- und Behälterabfuhr beizubehalten. Aus Gründen des Arbeitsschutzes soll jedoch eine Ausweitung der Behälterabfuhr auf freiwilliger Basis hinsichtlich ihrer finanziellen und technischen Machbarkeit geprüft werden. Grüne Politik will unabhängig vom Entsorgungssystem Abfallvermeidung, -trennung und -recycling besonders berücksichtigen.

Abfallvermeidung

Durch konsequentes Vermeiden und Verwerten von Abfällen kann mehr für den Schutz der Umwelt getan werden als durch aufwändige und teure Restabfallbehandlungsanlagen. Wenn wir Abfallvermeidung ernst nehmen, müssen wir ressourcenschonend und somit nachhaltig und effizient produzieren. Durch abfall- und schadstoffarme Produktion, durch bestmögliche Nutzung von Materialien und Optimierung von Verfahrenstechniken können außerdem Kosten gespart werden. Beispiele aus Betrieben zeigen, dass die Einführung eines Umweltmanagements die Abfallmengen deutlich reduzieren und die Entsorgungskosten halbieren kann. Dabei senken schadstoffarme Produkte Gesundheitsgefahren und entlasten die Umwelt. Ressourcen zu schonen bedeutet auch Energie zu sparen und ist damit ein Beitrag zum Klimaschutz.

Unser Ziel ist eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Durch eine vermeidungsorientierte Abfallwirtschaft sollen ökologische und ökonomische Signale für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Produzentinnen und Produzenten gesetzt werden.

Wir setzen uns ein für:

- Stärkung von Mehrweg-Systemen (z. B. Mehrweg-Gebot bei öffentlichen Veranstaltungen).
- Fördern und Bewerben von Projekten zur Wiederverwertung (z. B. Bauteil-, Möbel-, Gebrauchtbörsen).
- Anstreben einer hohen Wiederverwendungsquote.
- Biokompost soll weiterhin vermarktet und auf Wertstoffhöfen ausgegeben werden.

- Anreize zur Abfallvermeidung (für Privatleute wie Gewerbe).
- Abfallvermeidungskonzept für die öffentliche Beschaffung.
- Nachwachsende Rohstoffe sollen als Öl-Ersatz dienen.

Recycling – die Chance

Neben der Abfallvermeidung ist auch Recycling durch stoffliche Verwertung zu fördern. Durch die Aufbereitung von Abfallmaterialien können Erzeugnisse, Materialien oder Stoffe entweder für den ursprünglichen Zweck oder für andere Zwecke wiedergewonnen werden.

Grüne Politik ist dadurch gekennzeichnet, dass das Recycling sowohl in Privathaushalten als auch im Gewerbe ermöglicht und gefördert wird. Bereits vor der Produktion sollte Recyclingfähigkeit nachgewiesen werden – der Einsatz der Bundespolitik wird hier notwendig.

Wir setzen uns ein für:

- Einfache Trennmöglichkeiten.
- Wertstoffe als Wert erkennen und aussortieren.
- Ausweitung der O-Tonne↑.
- Förderung von sinnvollen Recyclingprodukten (Papier, Metall,...).
- Recyclingfähigkeit sollte vor der Produktion nachgewiesen werden.

Entsorgung von Abfällen mit stofflich angepasster Abfallbehandlung

Im Abfall sind Wertstoffe, die möglichst hochwertig zu verwerten sind. Seit 2005 darf der verbleibende Restabfall im Bundesgebiet nicht mehr unbehandelt deponiert werden. Dies führt dazu, dass im Regelfall der gesamte Müll verbrannt wird. Wir haben

erreicht, dass die Restabfälle in der Region getrennt behandelt werden: Die biologisch abbaubaren Anteile werden biologisch behandelt und nur der heizwertreiche Restmüll wird verbrannt.

Biologische Abfallbehandlungsanlage Lahe

In der Biologischen Anlage durchläuft der Restabfall kontrolliert die Zersetzungsprozesse in nur neun Wochen, die auf der klassischen Deponie Jahre dauern. Nach der mechanischen Aufbereitung folgt für den feinen, organikreichen Teil des Abfalls zunächst ein gut dreiwöchiger Gärprozess unter Sauerstoffabschluss. Dabei wird der Abfall von Bakterien zersetzt und für die Stromerzeugung nutzbares Biogas produziert. Anschließend folgt die etwa sechswöchige Nachrotte, während der unter kontinuierlicher Belüftung Mikroorganismen am Werk sind. Am Ende hat der Müll rund 40 Prozent seines Gewichts verloren und kann deponiert werden, ohne dass sich schädliche Gase und Sickerwässer bilden.

Es stärkt die Handlungsfähigkeit der Region, wenn sie sich verschiedener Techniken der Abfallbehandlung bedient und sich nicht einseitig von der Müllverbrennung abhängig macht. Die Vergärung ist eine umweltgerechte und zukunftsfähige Technologie. Sie bietet den ökologischen Vorteil der Erzeugung von Biogas und dient damit dem Klimaschutz.

Wir haben uns für die tägliche Veröffentlichung der Abgaswerte der privat betriebenen Müllverbrennungsanlage (MVA) in Lahe und für einen Notfallplan eingesetzt und wir haben erreicht, dass die Emissionswerte der MVA für die meisten Schadstoffe bei 50 Prozent der gesetzlich vorgeschriebenen Werte festgeschrieben worden sind. Die Tageswerte der Schadstoffe im Abgas werden täglich im Internet veröffentlicht. Die Vorgehensweise der zuständigen Behörden bei Störfällen ist geklärt. Grüne Politik macht es sich weiterhin zur Aufgabe, die kontinuierliche Kontrolle der MVA einzufordern.

Es muss verhindert werden, dass Abfallverbrennung zunehmend auch in anderen Verbrennungszentren erfolgt, für die weniger strenge Emissionswerte gelten. Wegen zu hoher Grenzwerte für Schadstoffe lehnen wir die Abfallmitverbrennung z. B. in Zementwerken und Ziegeleien als ökologisch nicht verantwortbar ab.

Es ist uns gelungen, den Menschen in der Region ein optimiertes Netz von Wertstoffhöfen anzubieten, um ihre Abfälle fachgerecht entsorgen zu können.

Wir setzen uns ein für:

- Flexible Abfallentsorgungssysteme (Tonnengröße, Leerungshäufigkeit).
- Verbesserung der Sonderabfall-Sammlung.
- Bio-Abfall-Trennung verbessern (Biogas-Gewinnung als Option).
- Versuchsweise Ausweitung der Biotonne und der Tonnenabfuhr auf verdichtete Wohngebiete im Umland, um die einzusammelnden Restabfälle zu verringern.
- Rücknahmesysteme verbraucherInnenfreundlicher gestalten (z. B. für Energiesparlampen).
- Stoffstrommanagement↑ bei der Entsorgung.
- Biologische Behandlung geht vor Verbrennung.
- Weiterhin Transparenz bei der Überwachung der Müllverbrennung.
- Stärkere Nutzung der Abwärme der Müllverbrennung.
- Beibehaltung des Netzes der 21 vorgesehenen Wertstoffhöfe.

Abfallwirtschaft in öffentlicher Trägerschaft – aha

2003 wurden die Abfallbetriebe des Landkreises und der Stadt Hannover mit grüner Unterstützung zu einem leistungsfähigen Zweckverband in Trägerschaft der Region und der Landeshauptstadt (aha) zusammengeführt. Trotz mehrfach notwendig gewordener Gebührenerhöhungen für die gesetzlich vorgeschriebene Abfallbehandlung zeichnet sich die Abfallwirtschaft der Region weiterhin durch vergleichsweise niedrige Abfallgebühren bei einem guten und vielfältigen Leistungsangebot mit gutem Ser-

vice aus. Wir setzen uns dafür ein, dass die Abfallwirtschaft weiterhin in öffentlicher Rechtsform betrieben wird und damit eine zuverlässige, verantwortungsvolle, umweltverträgliche und kostengünstige Entsorgung gesichert ist.

Wir setzen uns ein für:

- Abfallwirtschaft in kommunaler Trägerschaft.
- Leitbild für aha: Ressourcenschonende Beschaffung, umweltfreundlicher Fuhrpark, Dienstleistungsstandard als Qualität.
- Wirksamere Bekämpfung illegaler Müllablagerung.
- Beibehaltung der Serviceangebote (z. B. auf Wunsch Altpapier-Container, Sperrmüllservice).
- Auch im Abfall enthaltene Wertstoffe sollen dem öffentlich-rechtlichen Entsorger (aha) überlassen werden (keine „Rosinenpickerei“ durch private Entsorger!).
- Überarbeitung des Abfallwirtschaftskonzepts von 2005.

Gebührensysteem überarbeiten

Über Gebühren-Gerechtigkeit wird bei Sack- und Behälterabfuhr seit Gründung der Region diskutiert. Die Abfallwirtschaft ist verpflichtet, kostendeckend zu arbeiten. Die Gebühren müssen sich an den tatsächlichen Kosten orientieren – niemand soll daran verdienen. Grüne Gebührenpolitik will dabei die Abfallentsorgungskosten für die KundInnen preiswert halten.

Vorrang hat die Müllvermeidung. Der beste Müll ist der nicht vorhandene! Bei allen Bestrebungen, das Gebührensystem anzugleichen, muss dies unbedingt berücksichtigt werden.

Wir setzen uns ein für:

- Anreize zur Müllvermeidung bzw. -minderung.
- Möglichst geringe Abfallgebühren.
- Verursachergerechtigkeit.
- Soweit möglich Vereinheitlichung der Gebühren in beiden Abfuhrsystemen.
- Soziale Gerechtigkeit im Gebührensystem.

Abfall-Beratung und Umweltbewusstsein

Bildung und Beratung ist beim Thema Abfallvermeidung weiterhin wichtig. Durch grüne Politik gibt es bereits gute Angebote. Diese zu bewahren, und somit Abfall zu vermeiden bzw. sachgerecht zu entsorgen, ist auch zukünftig unser Ziel.

Grüne Umweltpolitik in der Region Hannover soll dabei auch in der Wirtschaftsförderung Impulse geben, wie zum Beispiel durch das Beratungsprojekt Ökoprofit geschehen.

Wir setzen uns ein für:

- Abfallberatung, Beratungsangebote und -aktionen für verschiedene Zielgruppen.
- Öffentlichkeitsarbeit (z. B. für Abfallvermeidung, Konsumverhalten, Verwertung, Kompostierung).

Altlasten

Altlasten und Verdachtsflächen in der Region sind noch nicht vollständig erfasst. Vertiefende Untersuchungen sind erforderlich. Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Bauvorhaben sind bodenschutzrechtlich zu prüfen. Eine regionsweite Priorität

tenliste für die Sanierung von Altablagerungen und Altstandorten ist zu erarbeiten.

Wir setzen uns ein für:

- Systematische Untersuchung von Altlasten und Altstandorten, insbesondere von sensiblen Flächen wie z. B. Kinderspielplätzen.
- Erarbeitung eines Konzepts zur Sanierung von Altlasten. Altlasten gemäß Prioritätenliste unter Heranziehung der Verursacher sanieren.
- Finanzkonzept für Altlastensanierung nach dem Verursacherprinzip.
- Altlastenfonds für die Sanierung von Altlasten ohne Kostenverantwortliche und für einen höheren als den gesetzlich erforderlichen Sanierungsstandard.
- Sanierungsverträge für einen höheren Sanierungsstandard für die Altlasten am De-Haën-Platz.

3. Öffentliches Leben

Unter öffentlichem Leben verstehen wir ein Zusammenspiel von Kultur, Sport, Naherholung, Stadtentwicklung und Regionalplanung. Alle diese Punkte können nur gemeinsam und in Wechselwirkung miteinander betrachtet werden. Ein attraktives, vielfältiges Angebot ist die Grundlage für ein gutes Zusammenleben der Menschen in der Region, bietet individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und ist ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor.

Mit Hilfe der Regionalplanung sorgen wir für einen gerechten regionalen Ausgleich und fördern ressourcenschonende Entwicklungen.

Kultur in der Region Hannover

Wir setzen uns für die Entwicklung einer regionalen Kultur ein, denn regionale Kultur ist identitätsstiftend. Wichtig ist vor allem, die kommunalen Aktivitäten zu vernetzen und regional öffentlich zu machen. Darüber hinaus muss die Region eigene Veranstaltungen durchführen, um auch in den Köpfen der Einwohnerinnen und Einwohner eigenständig wahrgenommen zu werden.

Ein wichtiger Beitrag dafür sind z. B. der Kultursommer, die Aktivitäten im Schloss Landestrost in Neustadt oder der Atelierspaziergang. Wichtig ist uns auch, Schwerpunkte im Umland wie z. B. auf dem Hermannshof in Völksen zu unterstützen. Im Rahmen der Gartenregion[↑] werden erfolgreich kulturelle Veranstaltungen und Projekte der Gartenkultur verknüpft.

Wir setzen uns ein für:

- Weiter ausreichende finanzielle Mittel zur Durchführung eigener Veranstaltungsreihen in Zusammenarbeit mit den 21 regionsangehörigen Kommunen zur Stärkung des Regionsgedankens.
- Verstärkte Kooperation mit den Städten und Gemeinden der Region Hannover bei der Durchführung regionaler Kulturveranstaltungen.

- Stärkung der freien Kulturarbeit in der Region Hannover.
- Stärkung der medienpädagogischen Arbeit im Medienzentrum der Region Hannover.

Neukonzeption der Gedenkstätte Ahlem

Das Gedenken an die Opfer des Holocaust ist von zentraler Bedeutung. Die Gedenkstätte Ahlem ist der wichtigste Erinnerungsort in der Region Hannover. Vor über 20 Jahren eingerichtet, befindet sich die Gedenkstätte auf dem historischen Gelände der 1893 gegründeten Israelitischen Gartenbauschule Ahlem, einst eine international anerkannte Ausbildungsstätte für jüdische Kinder und Jugendliche.

Im „Dritten Reich“ bemächtigten sich die Nationalsozialisten des Geländes, der einstige Hoffnungsort europäischer Jüdinnen und Juden wurde zu einem Ort der Verfolgung und Vernichtung.

Wir GRÜNE fühlen uns dieser bundesweit einmaligen Geschichte der Israelitischen Gartenbauschule verpflichtet. Daher haben wir uns in der vergangenen Wahlperiode für eine Neukonzeption der Gedenkstätte Ahlem stark gemacht.

In einem ersten Schritt hat unter der Leitung des Teams Kultur der Region Hannover im Jahr 2009 eine interdisziplinäre Fachkommission umfassende Empfehlungen für eine konzeptionelle Neuausrichtung der Gedenkstätte erarbeitet.

Die auf Basis der Empfehlungen bereits laufende Neukonzeption umfasst die Sanierung und den Ausbau des gesamten ehemaligen Direktorenhauses unter denkmalpflegerischen Aspekten, die Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung, eines qualifizierten pädagogischen Angebotes sowie eines wissenschaftlichen Rahmenkonzeptes.

Die würdige Erinnerung an die Opfer, die Ausrichtung der Gedenkstätte als Lernort der Zukunft und die wissenschaftliche Präsentation des historischen Ortes Ahlem in all seinen Facetten stehen gleichberechtigt im Zentrum unserer Bemühungen.

Wir setzen uns ein für:

- Weiterentwicklung der Gedenkstätte Ahlem zu einem würdigen Ort des Erinnerns und Gedenkens an die Opfer des NS-Regimes nach modernen Standards der Gedenkstättenarbeit.
- Ausrichtung der Gedenkstätte als Ort des Bildens und Informierens
- Wissenschaftliche Präsentation des historischen Ortes Ahlem als Ort des Forschens und Dokumentierens.
- Einbeziehung des historischen Außengeländes und der damit verbundene Finanzierung der Außengestaltung in die Neukonzeption, um die Besonderheit des Ortes Ahlem zur Entfaltung zu bringen.

Sportentwicklung

Sportförderung ist für uns auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten keine beliebige Verfügungsmasse. Nicht nur die klassischen Sportarten, sondern die ganze Vielfalt der Sport- und Bewegungskultur haben einen hohen Stellenwert: Breitensport und Spitzensport, Gesundheitssport, Sport zur Prävention und Rehabilitation, das Spiel auf der Straße, das Bewegungserlebnis in freier Landschaft oder die Bewegung im Alltag.

Ganz nebenbei können bei der Bewegung im Sport weitere Erfahrungen gesammelt werden, die für die Lebens- und Umweltgestaltung von großer Bedeutung sind. Wer freiwillig Sport treibt, tut dies, weil es Spaß macht. Aber nicht nur Gefühle werden daran gekoppelt, sondern auch Fähigkeiten. So kann Sport beispielsweise dabei helfen, eine bessere Selbsteinschätzung und Wahrnehmungsfähigkeit zu entwickeln, vorausschauend zu planen, sich in andere hineinzusetzen, Impulse zu kontrollieren. Ethische Haltungen gegenüber den Mitsportlern und ein verantwortlicher Umgang mit Sportgeräten und Sportorten können dabei ebenfalls gelernt werden.

Eine besondere Bedeutung hat Bewegung für die Entwicklung von Kindern, denn

sie führt dazu, sich selbst, andere und die Umwelt kennen zu lernen, eine Identität herauszubilden und sich emotional und kognitiv zu entwickeln. Deshalb liegt auf dem Erhalt und der Schaffung von Naturräumen und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder – ohne und mit kompetenter Anleitung – unser besonderes Augenmerk.

Sportvereine sind wichtige Garanten für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Eine Form der internationalen Zusammenarbeit ist der Jugendaustausch mit Israel. Diese Maßnahmen gilt es weiter zu fördern und neue Ideen anzuregen.

Es ist das Ziel grüner Sportpolitik, den Mädchen- und Frauenfußball gerade im Jahr der Frauenfußball-Weltmeisterschaft 2011 in Deutschland ins Scheinwerferlicht zu rücken und zu befördern. Die Qualifizierung von mehr Übungsleiterinnen, gerade auch in eher von Männern gewählten Sportarten, ist eine Maßnahme, die wir in diesem Zusammenhang unterstützen.

Der Leitgedanke der Inklusion muss im Behindertensport verankert werden. Demnach sind Lebensumfeld und gesellschaftliche Strukturen derart zu gestalten, dass sie der Vielfalt der menschlichen Lebenslagen von vornherein gerecht werden und Menschen mit Behinderungen die selbstbestimmte umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – und somit auch am Sport – ermöglichen. Menschen mit und ohne Behinderungen sollen gleichberechtigt gemeinsam Sport treiben können.

Die Sportlandschaft in der Region Hannover wird sich in naher Zukunft verändern. Nicht nur wegen der oft zitierten demografischen Entwicklung werden andere Sportarten in den Vordergrund treten. Professionelle Angebote und freie, nicht an Vereine gebundene Organisationsformen werden zunehmen. Da immer mehr Schulen Ganztagsangebote haben, wird sich ein spürbarer Teil des Jugendsports von den Vereinen in die Schulen verlagern. Wir unterstützen die Entwicklung professioneller Strukturen in Richtung Hauptamtlichkeit, von Vereinen initiierte Kooperationen und Fusionen. Die Vereine brauchen bei diesen für sie einschneidenden Veränderungen Hilfe zur Selbsthilfe. Das ehrenamtliche Engagement im Sport muss dabei weiterhin gestärkt und gefördert werden.

Dem Regionssportbund und dem Stadtsportbund kommen hierbei besondere Rollen zu. Unter ihren Dächern haben sich über 1000 Vereine zusammengeschlossen. Die

Mitglieder und ÜbungsleiterInnen werden von den Verbänden betreut und gegenüber kommunalen staatlichen Stellen vertreten.

Die Region Hannover ist verantwortlich für die Sporthallen und Sportplätze an den regionseigenen Schulen (Förderschulen und Berufsschulen). Diese müssen in gutem Zustand gehalten oder in einen solchen gebracht werden.

Wir setzen uns ein für:

- Die Stärkung der Bewegungsförderung in Kindertagesstätten und Schulen.
- Weitere Unterstützung von Regionssportbund und Stadtsportbund.
- Unterstützung von Jugendsport und ÜbungsleiterInnen (durch Unterstützung der Jugendleiter-Card „JuLeiCa“).
- Berücksichtigung von Klimaschutzmaßnahmen bei der Förderung von Bau und Umbau von Sportanlagen.
- Fortsetzung der energetischen Sanierung und Beratung durch die Projekte eco.sport und eco.fit.
- Besondere Berücksichtigung von Gender Mainstreaming, Integration von MigrantInnen, sozial benachteiligten Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie von Projekten gegen Rassismus und Homophobie bei der Überarbeitung der Sportförderung.

Naherholung in der Grünen Region – zuhause und nebenan

Regionale Naherholung wird von den Kommunen und der Region gemeinsam finanziert und bringt allen Kommunen Standortvorteile. Die Bevölkerung erhält durch ein System miteinander verbundener Naherholungseinrichtungen die Möglichkeit wohn-

ort- und arbeitsplatznaher Erholung. Das erhöht die Lebensqualität.

Regionale Naherholung erfüllt auch Aufgaben des Umweltschutzes, da zum einen Menschen mit naturnahen Erholungslandschaften an die Natur herangeführt werden können und zum anderen durch die Verknüpfung mit dem Verkehrsumweltverbund umweltfreundliche Mobilität gefördert wird. Naherholungsprojekte müssen so konzipiert sein, dass sie nicht auf Kosten des Naturschutzes durchgeführt werden.

Die Naherholung ist außerdem ein bedeutender „weicher“ Standortfaktor für Ansiedlungen von Unternehmen. Sie trägt mit ihrem positiven Image, besonders im Bereich Tourismus, maßgeblich zum wirtschaftlichen Wachstum der Region bei.

In der Region Hannover wirkt die regionale Naherholung als Bindeglied der Kommunen zudem identitätsstiftend und integrierend. Diese Aufgaben gilt es auch in Zeiten knapper Kassen zu sichern und auszubauen.

In der vergangenen Wahlperiode hat sich unsere Naherholungspolitik auf drei Leitthemen konzentriert: Auf das regionale (Freizeit-)Radwegenetz, den Ausbau der Themenrouten und die Gartenregion[↑] 2009.

Naherholung für die Bevölkerung sichern

Der große Bestand an Naherholungseinrichtungen ist für die Menschen in der Region Hannover abzusichern. Wir wollen die Naherholungsqualitäten der Region hervorheben. Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei die Vernetzung der Standorte untereinander und die Weiterführung der Marke Gartenregion als Leitprojekt.

Gartenregion verstetigen

Die Gartenregion 2009 hat mit Ausstrahlung über die Regionsgrenzen hinaus die Vielzahl der Gärten und Gartenkulturen der Region herausgestellt und die regionale Gartenlandschaft mit attraktiven kulturellen Veranstaltungen neu vernetzt und bespielt. Die Verbindung von Kulturangeboten und Naherholungsprojekten hat sich als erfolgreich erwiesen. Sie hat die Bedeutung der Naherholung für die Region Hannover betont und dazu beigetragen, die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem „Garten“

Region Hannover zu stärken. Die einzelnen Projekte sollen nun nachhaltig gesichert werden und weiterhin der Bevölkerung zur Erholung zur Verfügung stehen. Wir wollen die Marke Gartenregion unterstützen und mit jährlichen Themenschwerpunkten attraktiv und aktuell halten.

Gartenregion 2009

Beim Projekt Gartenregion 2009 wurden aus mehr als 50 Gärten der Region einige ausgewählt, die eine besondere Gestaltung und ein Veranstaltungsprogramm erhielten. Als „Gärten“ zählten auch Tiergärten wie der Zoo sowie Industriedenkmäler wie der Zechenpark Barsinghausen oder die Kali-Halde Empelde.

Die Gartenregion war ein bundesweit wirkendes touristisches Ereignis, von dem die Region und alle ihre Kommunen nach wie vor profitieren.

Wir setzen uns ein für:

- Die Fortführung der Marke Gartenregion mit jährlich wechselnden Themenschwerpunkten (2011: Garten als Treffpunkt, später: Blaue Orte – Wasser in der Gartenregion).

Regionale Naherholung zum Nutzen der Kommunen

Naherholung kennt keine Gemeindegrenzen. Darum müssen lokale Naherholungseinrichtungen auch in ein regionales Gesamtkonzept eingefügt werden. Dabei erfüllt die Region Hannover eine wichtige Rolle als Moderatorin, die aus dem Wunsch der Kommunen hervorgeht, eine Naherholung zu haben, die regional gelenkt und gemeinsam finanziert wird. Damit werden finanzielle und strukturelle Ungerechtigkeiten vermieden. Denn beispielsweise die Deister-Gemeinden können nicht allein für Investitionen bei der Anlage von Wanderwegen und Naherholungseinrichtungen aufkommen, die zum großen Teil von Erholungssuchenden aus Hannover beansprucht werden. Die regionale Naherholung gleicht das durch eine übergeordnete Planung aus und unterstützt die Regionskommunen. Die Kommunen werden nicht allein gelassen, der Erholungswert der Gesamtregion wird gesichert.

Die regionale Naherholung leistet damit einen Beitrag zur regionalen Kooperation. Sie trägt zur Konfliktentschärfung und Harmonisierung bei und schafft einen einheit-

lichen Naherholungswert. Das ist dank unserer Politik erfolgreich gelungen und soll so weitergeführt werden.

Wir setzen uns ein für:

- Regionale Konzepte, z.B. ein umweltverträgliches Naherholungskonzept.
- Einheitliche Leit- und Informationssysteme für die Rad- und Fußwanderwege.

Vernetzungen in der Naherholung schaffen

1000 Kilometer Rad- und Fußwegenetz verbinden die Naherholungsgebiete. Dieses Freizeitwegenetz dient der Erholung und schafft in Verknüpfung mit dem Radwegedarfsnetz an den Kreisstraßen ein funktionierendes Rad- und Wanderwegenetz, das zügige, umwegfreie, verkehrssichere und gefahrlose Wegeführungen bietet. Mountainbike-Routen wurden im Konsens mit den Beteiligten unter Moderation der Region geplant.

Wir setzen uns ein für:

- Fortführung des eigenständigen regionalen (Freizeit-)Fuß- und Radwegenetzes (z. B. Deister-Kreisel, Grüner Ring).
- Sicherung und Unterstützung des Ausbaus der Themenrouten (z. B. Route der Industriekultur, Mühlenroute, Erlebnisroute, Welfenweg).
- Einrichtung einer weiteren Erlebnisroute mit dem Thema Klimaschutz und erneuerbare Energien.
- Unterstützung und Förderung von Naherholungsprojekten (Naturpark Steinhuder Meer, Wietzpark, Park der Sinne, Koldinger Seenplatte, Großer und Kleiner Deister) entlang der Routen.

Zoo Hannover

Wir stehen zum Zoo Hannover. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Zoos ein – als Naherholungseinrichtung, aber auch wegen seiner wichtigen Aufgaben in der Bildung (Zoo-Schule) und beim Artenschutz. Mit dem ermäßigtem Zoo-Ticket geben wir allen Bevölkerungskreisen der Region den Zugang zur Erlebniswelt Zoo, auch denen mit wenig Einkommen. Es ist unser Erfolg, dass der Berechtigtenkreis der Region-S-Karte im Sommer 5 Euro und in der Wintersaison 3 Euro Vergünstigung erhält. Diese Ermäßigung gilt in gleicher Höhe auch für Kinder, so dass diese hiervon doppelt profitieren.

Wir setzen uns ein für:

- Evaluation der Ermäßigung des Zoo-Tickets und ggf. Anpassung an die Ergebnisse der Auswertung.

Strategische Regionalplanung

Das Wachstum der Siedlungsfläche in Deutschland ist viel zu hoch: Täglich werden zusätzlich 104 Hektar Fläche in Anspruch genommen. Städte zersiedeln, neue Siedlungsgebiete und Verkehrsflächen zerschneiden zusammenhängende Grüngebiete, die für Flora und Fauna wichtig sind. Auf Bundesebene soll die Flächeninanspruchnahme bis 2020 auf 30 Hektar täglich sinken. Aktuell ist der Zuwachs an Siedlungsfläche in ländlichen Siedlungen der Region Hannover auf die Eigenentwicklung beschränkt.

Wir wollen eine nachhaltige, umweltverträgliche und ressourcenschonende Raumnutzung so gestalten, dass Entwicklung bei sparsamem Umgang mit Fläche stattfinden kann und zusätzliche Belastungen z. B. durch Verkehr möglichst vermieden werden. Die Umnutzung bereits besiedelter Flächen soll Vorrang haben vor der Ausweisung neuer Flächen.

Die Nutzung soll im Sinne des Gender Mainstreaming[↑] gleichstellungsorientiert sein und die besonderen Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen (ältere Menschen, Kinder, Mobilitätseingeschränkte) berücksichtigen.

Wir wollen die Städte stärken und damit die vorhandene Infrastruktur sichern und angemessen entwickeln. In absehbarer Zeit müssen wir in Teilen der Region den Bevölkerungsrückgang positiv gestalten, während dieser Prozess andernorts verzögert eintreten wird oder zunächst sogar noch ein leichtes Wachstum zu erwarten ist. Die Auswirkungen erfordern städtischen Umbau bezüglich Infrastruktur, Nahversorgung, des verfügbaren Wohnraums und des Gebäudebestands.

Obwohl in der jüngsten Zeit eine Trend-Umkehr zu beobachten ist, ist das Leben außerhalb der großen Ballungsräume für viele Menschen weiter ein erstrebenswertes Ziel. In Zeiten schrumpfender Bevölkerung wird es zunehmend schwer, die Infrastruktur flächendeckend vorzuhalten. Wir wollen die vielfältigen Funktionen des ländlichen Raums stärken und regionale Entwicklung fördern. Vorhandene Infrastruktur muss im Sinne der demografischen Entwicklung gestaltet werden und neue Wege gehen. Indem wir die Freiräume sichern und den Zugang zu Natur und Landschaft ermöglichen, erhalten wir auch die speziellen Qualitäten des ländlichen Raums.

Die Idee einer Umgestaltung und Besiedlung des „Leinebogens“ im nördlichen Verlauf der Leine in der Stadt Hannover lehnen wir ab. Ein solcher Eingriff in den dortigen Naturraum ist nicht verantwortbar.

Wir setzen uns ein für:

- Begrenzung der Siedlungsflächenzunahme.
- Einführung eines Brachflächenmanagements.
- Erarbeitung eines regionsweiten Kompensationsflächenkatasters für alle Eingriffe in Natur und Landschaft.
- Förderung der Fortsetzung der regionalen Leitprojekte zur Siedlungsentwicklung, auch unter dem Ansatz des Aktionsplans „Demografischer Wandel“[↑] für die Innenentwicklung, bei der Brachenentwicklung und im Rückbau.
- Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf die S-Bahn- und Stadtbahn-Haltestellen, um ein Umsteigen auf den ÖPNV[↑] zu fördern.

- Sparsame Ausweisung von Bodenabbauflächen unter Berücksichtigung der konkurrierenden Anforderungen von Naherholung sowie Landschafts- und Naturschutz im verdichteten Raum.
- Ausbau von Breitband-Internetanschlüssen.

Regionalplanung und Klimaschutz

Die Vorbereitungen für das nächste Regionale Raumordnungsprogramm[↑] 2015 haben bereits begonnen. Wir wollen dieses Programm für einen klimaoptimierten Regionalplan nutzen, um damit den notwendigen Beitrag zur Erreichung des Klimaschutzziels „Minus 40 Prozent CO₂ in der Region Hannover“ zu leisten.

Repowering bezeichnet das Ersetzen alter Anlagen zur Stromerzeugung durch neue Anlagen, beispielsweise mit höherem Wirkungsgrad. Eine große Bedeutung hat Repowering in der Windenergiebranche. Windenergieanlagen sind für eine Lebensdauer von etwa 25 Jahren ausgelegt. Durch die rasante Entwicklung der Technologie in den letzten Jahren ist es wirtschaftlich vertretbar, schon vor Ablauf der technischen Lebensdauer alte, kleine Anlagen durch neue, größere zu ersetzen.

Im Regionalen Raumordnungsprogramm[↑] (RROP) 2005 ist das Ziel einer installierten Windenergie-Leistung von 400 Megawatt bis zum Jahr 2020 festgelegt worden. Davon sind aktuell rund 300 Megawatt vorhanden. Das ist angesichts der weiterentwickelten Vorstellungen zum Klimaschutz nicht mehr ausreichend.

Neben dem Klimaschutz müssen wir aber auch die notwendige Klimafolgenanpassung berücksichtigen. Das bedeutet nicht nur besseren Hochwasserschutz, sondern auch die Beachtung der Frischluftzufuhr für die stärker erwärmten besiedelten Bereiche. Und es bedeutet, Vorkehrungen für die Bewältigung von längeren Hitzeperioden zu treffen.

Wir setzen uns ein für:

- Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 160 Hektar pro Jahr (entspr. 1600 Hektar

bis 2025), um das 30-Hektar-Ziel der Flächeninanspruchnahme auch in der Region Hannover einzuhalten.

- Einführung von wirksamen Regulierungsinstrumenten für die Flächeninanspruchnahme, z. B. nach dem Vorbild „Bodenschutzkonzept Stuttgart“[↑].
- Das Planungsziel für eine installierte Windenergie-Leistung von 700 Megawatt bis 2025 auf Basis der vorliegenden Windpotenzialanalyse. Dazu müssen das Re-powering[↑] beschleunigt und neue Standorte geprüft werden.
- Ausrichtung der Entwicklung auf zentrale Orte und Schienen-Haltestellen.
- Regulierung der Standorte für Biogas-Anlagen. Dadurch lassen sich die Flächen für den Anbau von Energiepflanzen begrenzen.
- Keine Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf Acker- oder Grünlandflächen, wegen der Konkurrenz mit Lebens- und Futtermittelerzeugung sowie der Auswirkungen auf Natur und Landschaft.
- Entwicklung eines regionalen Alltags-Radverkehrsnetzes in Zusammenarbeit mit den Kommunen.
- Verstärkte Berücksichtigung des Hochwasserschutzes bei Flächenplanungen.

Verbliebene Freiräume schützen

Wir wollen wertvolle Freiflächen wie Naherholungs- und Landschaftsschutzgebiete oder Frischluftschneisen[↑] nicht weiter für Verkehrs- und Siedlungsfläche verbrauchen. Im Sinne eines nachhaltigen Bodenschutzes gehört für uns dazu ein sparsamer Umgang mit Fläche. Dafür ist die Einführung eines Brachenmanagements[↑] wichtig.

Besonders empfindlich sind die Wassergewinnungsgebiete und die Böden mit hoher natürlicher Ertragsfähigkeit, die vor weiterer Inanspruchnahme und Belastung weitgehend geschützt werden müssen.

Wir setzen uns ein für:

- Reaktivierung von städtebaulichen Brachen als Gewerbe- und Wohnbauflächen (Flächenrecycling) und deren Vorrang vor der Neuinanspruchnahme.
- Weiterentwicklung der Freiraumsicherung zu einem Freiflächenverbundsystem[↑] im Sinne der biologischen Vielfalt, der Frischluftversorgung und der weiter zu qualifizierenden Biotopverbünde[↑].
- Umwelt- und naturschutzfachlicher Ausgleich bei Eingriffen in die Vorrangflächen für Erholung, in die Vorrangflächen für Natur und Landschaft und in die Walderweiterungsflächen durch die Regionalplanung.
- Begrenzung der Flächen für Bodenabbau auf eine sparsame Inanspruchnahme ausschließlich für den regionalen Bedarf und unter Berücksichtigung des Landschaftsrahmenplans[↑].

Demografischer Wandel

Der Demografische Wandel stellt eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Allgemein wird der Bevölkerungsanteil älterer Menschen erheblich zu nehmen, während der Anteil von Kindern und Jugendlichen entsprechend zurückgeht. Damit einher geht ein klarer Trend zu kleineren Haushalten.

Allerdings sind innerhalb der Region deutliche Unterschiede zu erwarten, die zusammen mit dem unterschiedlichen Zuzug von außen in einigen Bereichen noch zu leichtem Bevölkerungswachstum führen, während in anderen Gebieten die Bevölkerung bereits deutlich schrumpft.

Wir wollen diese bevorstehenden Entwicklungen positiv gestalten und die Infrastruktur auf die Veränderungen vorbereiten. Regionales Denken und bürgerschaftliches Engagement wollen wir fördern, um den Herausforderungen begegnen zu können. Siedlungsentwicklung soll künftig nur noch dort stattfinden, wo auch in Zukunft langfristig eine ausreichende infrastrukturelle Versorgung sichergestellt ist.

Wir setzen uns ein für:

- Unterstützung für innovative Möglichkeiten der Versorgung mit dezentralen Infrastruktureinrichtungen, z. B. im Einzelhandel („Bürgerläden“) und bei Dienstleistungen.
- Überarbeitung des ÖPNV[↑]-Netzes in Hinsicht auf intelligente, wirtschaftlich sinnvolle und sozial orientierte Lösungen für den ländlichen Raum unter Berücksichtigung des demografischen Wandels.

Siedlungsentwicklung ausgewogen gestalten

Wir wollen im Hinblick auf den Flächenverbrauch und angesichts des demografischen Wandels eine maßvolle Siedlungserweiterung, die durch die Vorgaben des Raumordnungsprogramms[↑] begrenzt und dezentral konzentriert werden muss. Unser Ziel ist es, damit die vorhandene öffentliche und private Infrastruktur auszulasten und zu sichern.

Gleichzeitig wollen wir Perspektiven für den ländlichen Raum schaffen, indem wir die nachhaltige Produktion in Landwirtschaft, Ernährungs- und Veredelungsindustrie fördern. Das bedeutet eine Absage an die industrielle Massentierhaltung, die die wirtschaftliche Abhängigkeit der Landwirte nicht aufheben kann, aber eine erhebliche Belastung für den ländlichen Siedlungsraum bedeutet.

Wir setzen uns ein für:

- Strategische Planung von Gewerbe- und Logistik-flächen nur an funktionierenden Schienen- oder Wasserwegen.
- Regionale Förderung von Gewerbe-Gleisanschlüssen für Logistik.
- Regionale Steuerung des Naturschutz-Ausgleichspools[↑].

Die Region als Moderator

In der regionalen Arbeitsteilung besitzen die Städte und Gemeinden die kommunale Planungshoheit, während die Region für die strategische Regionalplanung zuständig ist. Nicht alle Projekte, die die Kommunen unter ihren jeweiligen Gesichtspunkten verfolgen, sind im Interesse der Gesamtregion sinnvoll. Wir unterstützen daher die Region Hannover in ihrer ausgleichenden Funktion in der Regionalplanung. Diese Funktion wollen wir künftig weiter stärken, ohne den Städten und Gemeinden ihren Spielraum zu nehmen. Wichtig ist eine Bewertung der Auswirkungen einer Maßnahme auf die Nachbargemeinden aus einem außen stehenden Blickwinkel. Dieser regionale Ausgleich ist letztlich im Interesse aller Städte und Gemeinden.

Trotz vielfältiger Konzepte und regionsweiter Planungsansätze ist eine interkommunale und regionale Kooperation bisher nur bruchstückhaft vorhanden. Besonders bei der Gewerbeflächen-, der Wohnsiedlungs- und der Freiraumentwicklung ist eine Funktionsteilung kaum erkennbar. Wir wollen eine stärkere Bündelung von Ressourcen einerseits und eine Konzentration der Kommunen auf ihre jeweiligen Potenziale andererseits erreichen.

Wir setzen uns ein für:

- Verbesserte regionale Kooperation und Absprache zum großflächigen Einzelhandel.
- Entwicklung des Instruments „Regionaler Flächennutzungsplan“ als verfeinerte Darstellung des Raumordnungsprogramms[↑].
- Weiterentwicklung des regionalen Flächenpools und Förderung von interkommunalen Gewerbegebieten.
- Instrumente für einen regionalen Planungsausgleich.
- Qualifizierte Ausgleichsinstrumente für interkommunal abgestimmte städtebauliche Entwicklungen.

- Unterstützung der Kommunen in Fachfragen, die Entwicklung von Best-Practice[↑]-Darstellungen als Hilfestellung für Verwaltungen und örtliche Politik.

Metropolregion stärken

Die Region Hannover ist das Modell für Stadtregionen in Deutschland. Um diese Rolle ausfüllen zu können, wollen wir den Austausch und die Vernetzung mit anderen Regionen fördern. Dazu gehört eine aktive Mitarbeit in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg. Die europäische Bedeutung der Metropolregion wurde bereits 2005 offiziell anerkannt. Im Zuge der Erweiterungen ist die Metropolregion auch geografisch in die Mitte der EU gerückt. Nach einem Neustart 2009 ist sie als starker Verbund von Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Land Niedersachsen in einer GmbH organisiert. Aber noch fehlt eine gemeinsame Identität.

Wir setzen uns ein für:

- Beteiligung der Öffentlichkeit am Entwicklungsprozess der Metropolregion.
- Bessere Transparenz: Dazu gehören eine breite Öffentlichkeitsarbeit und Informationspolitik der Metropolregion.
- Weitergehende Demokratisierung und die Beteiligung der Politik.
- Förderung des Austausches und Partnerschaften der Region Hannover mit anderen Regionen in Deutschland und Europa.
- Schaffung und Sicherung von Gremien zum interregionalen Austausch, z. B. regelmäßige gemeinsame Ausschüsse.
- Ausbau von Klimaschutzaktivitäten in der Metropolregion.
- Verknüpfung mit dem „Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover“.

4. BürgerInnenrechte

Unser Ziel ist eine BürgerInnenkommune. Wir wollen die Transparenz öffentlichen Handelns sicherstellen und die Möglichkeiten für demokratische Teilhabe ausbauen. Die BürgerInnenorientierung der Verwaltung wollen wir verbessern.

Demokratische Teilhabe

Demokratie braucht starke Kommunen

Wir sind die Partei der bürgerschaftlichen Mitbestimmung und Teilhabegerechtigkeit.

Demokratische Teilhabe setzt Information voraus. Wir wollen den Grundsatz der Informationsfreiheit in einer kommunalen Satzung verankern und setzen uns auf Landesebene weiter für ein Informationsfreiheitsgesetz ein.

Gemeinsam mit HannIT[↑] wollen wir ein Konzept für eine verbesserte E-Partizipation[↑] entwickeln. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur Formulare herunterladen können, sie sollen Zugang zu Akten und zu Verwaltungswissen erhalten und sich in Foren in politische Entscheidungen einmischen. Wir wollen auch auf Regionesebene die Online-Petition ermöglichen.

Unser Ziel ist es, einen interaktiven BürgerInnenhaushalt[↑] einzurichten. Hier können Bürgerinnen und Bürger online Sparvorschläge einreichen und verfolgen, wie Politik und Verwaltung entscheiden.

Wir setzen uns ein für:

- Einführung einer Informationsfreiheitssatzung für die Region.
- Interaktiver BürgerInnenhaushalt für die Region Hannover.
- Verstärkte Beteiligung von BürgerInnen, Verbänden und Interessengruppen an Entscheidungsprozessen, um Konflikte zu vermeiden und Kompetenz einzubeziehen.

- Informationen öffentlich machen: Die Verbesserung der Online-Dienste und eine transparente Informationsbereitstellung im Internet unter www.hannover.de.

Datenschutz in der Verwaltung

Datenschutz ist ein Grundrecht und zugleich eine elementare Bedingung für das Funktionieren der Demokratie. Wir sehen in der Informationsgesellschaft enorme Potenziale für mehr Selbstbestimmung, Bildung und Lebensqualität. Gleichzeitig ermöglichen die Informationstechnologien einen tiefen Eingriff in den Kernbereich unserer Privatsphäre und gefährden so unsere Freiheitsrechte. Nur ein verlässlicher Datenschutz schafft Vertrauen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und der Wirtschaft und dem Staat auf der anderen Seite. Ein moderner Datenschutz baut Bürokratie ab, optimiert Prozessabläufe und schafft Anreize für die Entwicklung von technologischem Datenschutz. Datenschutz ist die Grundlage für Datensicherheit.

Wir setzen uns ein für:

- Umfassendes Datenschutzaudit[↑] für die Regionsverwaltung und besonders für kommunale Anstalt HannIT.
- Umfassenden Datenschutz als Wettbewerbsvorteil und Wirtschaftlichkeitsaspekt der Region.

Für eine moderne, leistungsfähige und bürgerInnenorientierte Regionsverwaltung

In den vergangenen fünf Jahren wurde durch den Verwaltungsreformprozess ein Umdenken in den früheren Amtsstuben in Gang gebracht, das jedoch noch lange nicht am Ziel ist. Gerade in Bezug auf Effektivität und BürgerInnenorientierung kann noch viel getan werden. Die öffentlichen Verwaltungen sind Dienstleister für die EinwohnerInnen und müssen sich an deren Bedürfnissen orientieren.

Wir setzen uns ein für:

- Den begonnenen Weg zu Ende gehen: Fortführung des Verwaltungsreformprozesses zur Service- und Kundenorientierung, zu verbesserten internen Abläufen

und einer nachhaltigen Personalentwicklung.

- Effektiv, effizient und mitarbeiterInnenorientiert: Die Chancen einer dezentralen Ressourcenbewirtschaftung nutzen und das eigenverantwortliche Handeln der RegionsmitarbeiterInnen stärken.
- Das „Gold“ in den Köpfen der MitarbeiterInnen nutzen: Verstärkte Einführung von Team-, Organisations- und Führungskräfteentwicklung.
- Lebenslanges Lernen: Verbesserung der Fortbildungsmöglichkeiten der MitarbeiterInnen, Weiterführung der persönlichen Fortbildungsbudgets.
- Flexibilität erproben: Einführung und Ausweitung neuer Arbeitsformen und Arbeitszeitmodelle wie z.B. Telearbeit[↑], gerade für Menschen mit Kindern.
- Gleichstellung realisieren: Verstärkte Besetzung von Führungspositionen mit qualifizierten Frauen.
- Regionsbewusstsein schaffen: Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zur besseren Information über die Leistungen und Aufgaben der Region Hannover.
- Qualität sichern: Einführung von Qualitätsmanagementprozessen in der Verwaltung.
- Arbeitsplatzsicherheit garantieren: Keine betriebsbedingten Kündigungen in der Regionsverwaltung.
- Qualität verbessern: Einführung eines Anregungs- und Beschwerdemanagements.
- Nicht die BürgerInnen, sondern die Akten müssen laufen: Erhalt und Ausbau der dezentralen Beratungs- und Betreuungsangebote vor Ort (wie bei der Dezentralisierung der KFZ-Anmeldung).
- Kundenorientiert handeln: BürgerInnenfreundliche Öffnungs- und Nutzungszeiten.

VerbraucherInnenschutz sichern

Die Region ist zuständig für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich der Lebensmittelüberwachung und im Veterinärwesen. Durch zahlreiche stichprobenartige Untersuchungen vor Ort wird gewährleistet, dass schnell und effektiv im Sinne der VerbraucherInnen gehandelt wird.

Wir setzen uns ein für:

- Erhalt der scharfen Kontrollen und regelmäßige Veröffentlichung der Kontrollergebnisse durch die Regionsverwaltung.
- Einführung eines Qualitätskennzeichens für gastronomische Betriebe („Smiley“).
- Überprüfung der Kontrollintensität im Bereich Fleisch-Hygiene und Veterinärwesen wegen der steigenden Zahl der Mastanlagen.
- Fortführung der Förderung der Verbraucherzentrale.

5. Regionale Wertschöpfung und Beschäftigung

Wir sichern regionale Wertschöpfung durch den Ausbau und Erhalt der Arbeitsplätze sowie den Ausbau ökologischer Innovationen. Mit einem Green New Deal für die Region Hannover stärken wir ein nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften und verbinden es mit Innovation und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir verbessern die wirtschaftliche Vernetzung in der Region und sorgen damit für mehr Wertschöpfung vor Ort. Wir unterstützen lebenslanges Lernen und den Ausbau und Erhalt von fair bezahlter Arbeit.

Unser Green New Deal für die Region Hannover

Die Wirtschafts- und Finanzkrise war Ausdruck einer Denkweise, die kurzfristige Profitinteressen über alles andere gestellt hat. Die gesellschaftliche Verantwortung unseres wirtschaftlichen Handelns war zunehmend in den Hintergrund getreten und einem rücksichtslosen Eigennutz gewichen. Viele richtige Schlussfolgerungen, die in den vergangenen drei Jahren gezogen wurden, scheinen angesichts guter Wirtschaftsdaten und der verblassenden Erinnerung an milliardenteure Rettungsschirme allerdings schon wieder vergessen zu sein.

Spiegelbild dieser Krise ist der rapide fortschreitende Klimawandel, der immer deutlichere Auswirkungen zeigt. Schon jetzt macht er sich bei uns durch überdurchschnittlich warme Winter, trockene Sommer und eine Häufung von extremen Wetter-Ereignissen wie Stürmen und Starkregenfällen bemerkbar. Doch am härtesten trifft er diejenigen, die am wenigsten Schuld an der Veränderung des Weltklimas tragen: die ärmsten Länder unserer Erde.

Umdenken müssen wir hier vor Ort. Wir werben für einen „Green New Deal“ in der Region Hannover, einen Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag. Im Kern bedeutet das, nicht auf Kosten anderer zu leben. Der „Green New Deal“ soll ein nachhaltiges Fundament für eine Wirtschaft legen, die sparsamer mit den kostbaren Ressourcen umgeht und neue Arbeit mit Zukunft schafft. Dazu wollen wir kluge Innovationen – technologische, aber auch soziale und kulturelle. Unser Grüner Neuer Gesellschaftsvertrag verbindet ökologische Fairness und eine Politik der Teilhabe und sozialen Sicherheit. Er zielt darauf, allen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und neue Chancen der Entfaltung zu eröffnen.

In den vergangenen Jahren konnten wir Einiges erreichen: Für die von Region und Landeshauptstadt getragene Wachstumsinitiative hannoverimpuls konnten wir die Energiewirtschaft, Gesundheitswirtschaft sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft als Fokusbranchen verankern und die Gründungsförderung durch neue Angebote weiterentwickeln. Durch regionale Beteiligungsfonds (Invest-Impuls) haben wir ein erfolgreiches Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung zum Zweck der Finanzierungshilfe für GründerInnen gestärkt. Das Profil der Tourismusregion ist z. B. durch Projektthemen wie die Gartenregion 2009 gestärkt und besser strukturiert worden. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurden mehr als 30 Millionen Euro in die energetische Sanierung von Regionsgebäuden investiert.

Wir setzen uns ein für:

- Investitionen in den Klimaschutz: Ausbau der erneuerbaren Energien, Stärkung des Umweltverbundes[↑] in der Nahmobilität, Steigerung der Energieeffizienz und vieles mehr – all das bringt neue Arbeitsplätze.
- Investitionen in die Bildung: ein verbindliches und qualitativvolles Angebot an frühkindlicher Bildung, ein inklusives Bildungssystem, mehr Angebote für lebenslanges Lernen.
- Soziale Gerechtigkeit: Unterstützung eines gesetzlichen Mindestlohns, Stärkung eines sozial gerechten Gesundheitssystems, Integration von langzeitarbeitslosen Menschen.

- Förderung der regionalen Wertschöpfungskette: Mit einer weitergehenden Vernetzung stärken wir die Wirtschaftszusammenhänge vor Ort und schaffen damit Arbeit.
- Die Daseinsvorsorge wird auch weiter von der öffentlichen Hand bzw. ihren Unternehmen erbracht. Das stärkt auch die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

Ökologische Modernisierung als Jobmotor

Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz nützen nicht nur der Umwelt, sondern sind auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und darum ein Schwerpunkt grüner Wirtschaftspolitik. In den vergangenen Jahren sind im Bereich der Umwelttechnologien viele neue Arbeitsplätze entstanden. Alleine im Bereich der erneuerbaren Energien hat sich die Zahl der Arbeitsplätze gegenüber 2004 bundesweit mehr als verdoppelt. Außerdem profitieren die regionalen Unternehmen durch Investitionen, vor allem bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, durch Maßnahmen der Wärmedämmung und der Installation leistungsfähiger ökologischer Heizungsanlagen. Durch Investitionen in die Energieeffizienz können bis 2020 bundesweit 260.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Das kommt besonders den kleinen und mittleren Betrieben im Handwerk zu Gute.

Wir setzen uns ein für:

- Ausbau der Förderaktivität in den Teilbranchen emissionsfreie Mobilität und nachhaltige Energiewirtschaft.
- Intensivierung der Programme zur energetischen Sanierung von Gebäuden. Die Region muss ihre Gebäude bis 2020 saniert haben, um als Vorbild zur Steigerung der Sanierungsquote im Gebäudebestand zu dienen.
- Weiterführung des Programms Öko-Profit, das besonders ressourcenschonende und kostensenkende Ideen in Betrieben belohnt und fördert.

Mehr Investitionen in Bildung und Weiterbildung

Die Minderung des Fachkräftemangels ist eine Voraussetzung für qualifiziertes Wirtschaftswachstum. Wir sehen in den Instrumenten der kommunalen Beschäftigungspolitik die besten Möglichkeiten, die arbeitslosen Menschen in der Region so zu qualifizieren, dass sie bessere Chancen auf dem regionalen Arbeitsmarkt haben. Wir wollen die betriebliche und kommunale Kinderbetreuung ausbauen, damit mehr Frauen ihren Qualifikationen entsprechend arbeiten können. Die bessere Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt muss durch gezielte Programme weiter gefördert werden. Wir können uns hier nicht allein auf die Schulen verlassen. Die Anwerbung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird in einzelnen Bereichen erforderlich sein, sie kann das Problem des Fachkräftemangels aber nicht lösen.

Wir setzen uns ein für:

- Qualifizierungsoffensive gegen Fachkräftemangel.
- Unterstützung Geringqualifizierter.
- Die Koordinierungsstelle Berufliche Bildung muss zusammen mit dem regionalen Bildungsbeirat die Kooperationsvereinbarung „Bildung und Qualifizierung“ mit Leben erfüllen.
- Ausbau der Berufsorientierung.
- Investitionen in die Infrastruktur von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen.
- Erweiterung bzw. Fortführen von Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ziel des lebenslangen Lernens.
- Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen der Unternehmen in der Technologieanwendung, beim Generationswechsel und bei der Arbeitszeitorganisation.
- Verknüpfung arbeits- und strukturpolitischer Maßnahmen z. B. in der EU-Förderung.

Die Region als Nachfrager

13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden von Bund, Ländern und Gemeinden für öffentliche Aufträge ausgegeben. Daher nehmen wir enormen Einfluss auf eine nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft, wenn wir die Vergabe öffentlicher Aufträge klug nutzen. Deswegen wollen wir die Aufträge der Region nicht nur an die Anbieterin oder den Anbieter mit dem niedrigsten Angebotspreis vergeben, sondern auch danach fragen, ob das Produkt ökologisch hergestellt wird, die Beschäftigten nach Tarif bezahlt werden, ob Menschen mit Behinderungen eingesetzt und junge Leute ausgebildet werden, und ob Gleichstellung praktiziert wird. Das billigste Angebot ist nicht immer das wirtschaftlichste. Und oft zahlt dann das Gemeinwesen drauf.

Wir setzen uns ein für:

- Einführung ökologischer und sozialer Vergabekriterien für die Aufträge der Region.
- Umkehrung des Trends zu immer größeren Ausschreibungen. Durch die Ausschreibung kleinerer Aufträge werden das regionale Handwerk und Kleinbetriebe gestärkt.
- Mehr Vergabetransparenz für einen offenen Wettbewerb und die Vorbeugung von Korruption.
- Vergaben von Aufträgen unter Berücksichtigung von Tariftreue.

Regionale Einnahmen verbessern durch qualitatives Wirtschaftswachstum und faire Arbeit

Wir streben nicht nach einem Wirtschaftswachstum, dessen Gewinne in den globalen Finanzströmen verschwinden. Wir wollen, dass das, was die Menschen in der Region durch ihre Arbeit erwirtschaften, auch als Wertschöpfung in der Region bleibt. Wir setzen auf Instrumente der Förderung von Firmen- und Existenzgründungen und die Belebung der mittelständischen Wirtschaft und kleiner Unternehmen. Wir setzen nicht auf wenige große Unternehmen, sondern sehen gerade in der Vielfalt eine große Chance.

Wir achten darauf, dass die Betriebe, für die wir kostbare Flächen und eine entwickelte Infrastruktur bereitstellen, ausbilden und faire Löhne zahlen. Da wo wir rechtlich die Möglichkeit haben, wollen wir bei der Vergabe von Gewerbeflächen die Einhaltung der Leiharbeits-Richtlinie der Europäischen Union („Equal Pay/Equal Treatment“) zur Bedingung machen. Gerade bei der Umsetzung des Logistikflächenkonzeptes wollen wir darauf hinwirken, dass nicht immer mehr Zeitarbeitsplätze entstehen, die durch Hartz-IV-Aufstockung kommunal subventioniert werden müssen. Wir wollen in der Region Hannover Arbeitsplätze schaffen, von denen die Menschen leben können.

Wir setzen uns ein für:

- Gründung einer Regionalvermarktungsgesellschaft auf der Basis des erarbeiteten Regionalvermarktungskonzeptes.
- Erhalt und Ausbau kommunaler Unternehmen, z. B. Rekommunalisierung[↑] der Stromversorgung.
- Unterstützung und Stärkung von regionalen Netzwerken.
- Ausbau der Insolvenzprävention.
- Stärkung des Wirtschaftsraums der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg.
- Strategische Neuausrichtung und Restrukturierung der kommunalen Immobilienunternehmen in der Region.

Silberne Wirtschaft

„Junge Alte“ sind längst keine zu versorgende Randgruppe mehr, sondern führen ein aktives und selbstbestimmtes Leben mit Ansprüchen an die Lebenskultur, das Wohnumfeld und den Wirtschaftsraum. Gesellschaft und Wirtschaft sollten dies als Chance aufgreifen.

Mit der „Silver Economy“[↑] soll in der Region ein Wirtschaftszweig etabliert wer-

den, der speziell auf Dienstleistungen, Produkte und Angebote für ältere Mitmenschen ausgerichtet ist. Die Region Hannover soll sich zu einem Zentrum der Silver Economy im norddeutschen Raum entwickeln und Maßstäbe für andere Bereiche und Räume setzen.

Zu den Leistungen in diesem Wirtschaftssektor gehören Multimedia-Unterstützung für ältere Menschen, Arbeiten mit alternden Belegschaften, Tourismusangebote für Seniorinnen und Senioren und Management für ambulante und stationäre Altenhilfeeinrichtungen. Aber auch nutzerInnenfreundliches Design von Produkten und Dienstleistungen, verbunden mit einem Marketing, das besonders ältere Menschen anspricht, sind zu fördern.

Ergänzend sind alternative Formen des seniorengerechten Wohnens zu entwickeln, unter Berücksichtigung von barrierefreiem Planen und Bauen sowie spezieller Wohnraumanpassung.

Gleichzeitig ist aber auch die frühzeitige Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt, mit der bereits Fünfzigjährige vielfach konfrontiert werden, ein zunehmendes Problem in Zeiten des Fachkräftemangels.

Wir setzen uns ein für:

- Silver Economy: Produktion und Dienstleistungen von und für die Generation 50+.
- Beschäftigungsförderung gezielt für Ältere.
- Beratung von Unternehmen im Hinblick auf Arbeitsplatzgestaltung.

Standortentwicklung und -marketing

Die Wachstumsinitiative hannoverimpuls[↑], die 2003 gemeinsam von der Region und der Landeshauptstadt Hannover gegründet wurde, hat dem Standort in den Bereichen Gründung, Wachstum und Ansiedlung maßgebliche Impulse gegeben. Folgerichtig ist das ursprünglich auf zehn Jahre begrenzte Projekt jetzt ohne Befristung tätig. Gleich-

zeitig übernimmt hannoverimpuls nun die Aufgaben der früheren Hannover Holding. Der Prozess der Fusionen in der Wirtschaftsförderlandschaft und im Standortmarketing hat damit einen neuen Abschnitt erreicht. Der Umzug aller verbundenen Gesellschaften und der Wirtschaftsfördereinheiten von Region und Landeshauptstadt in ein gemeinsames Haus bildet den logischen nächsten Schritt.

Wir setzen uns ein für:

- Entwicklung einer integrierten regionalen Wirtschaftsförderung.
- Weiterführung der klaren Aufgabenteilung zwischen regionaler und kommunaler Wirtschaftsförderung. Dabei müssen die Schnittstellen verbessert und die Kooperation der Wirtschaftsförderung von Region und Umlandkommunen verstärkt werden.
- Beteiligung der Umlandkommunen an hannoverimpuls über einen Verein als Gesellschafter.
- Erhalt der Qualität der Dienstleistung im Unternehmerbüro der Region und verbesserte Kommunikation der vorhandenen Leistungsangebote in die Unternehmen.
- Verstetigung der Gender-Mainstreaming-Initiative bei hannoverimpuls.
- Weitere Stärkung des touristischen Profils durch die Hannover Marketing und Tourismus GmbH (HMTG) sowohl für den Städte- als auch den Erholungstourismus.
- Verstärkte Angebote für barrierefreien Tourismus.

Eine Kultur der Selbständigkeit

Wir wollen dafür sorgen, dass ExistenzgründerInnen, TüftlerInnen und der Mittelstand exzellente Bedingungen vorfinden. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das Innovationen fördert und dabei hilft, Chancen wahrzunehmen. Wir wol-

len eine Gesellschaft, in der Selbstständigkeit eine selbstverständliche Option im Berufsleben ist.

Wir setzen uns ein für:

- Weiterentwicklung der erfolgreichen Gründungshilfe bei hannoverimpuls, auch speziell für Gründerinnen.
- Spezielle Unterstützung für EinwanderInnen.
- Verbesserung der Gründungsfinanzierung durch den Ausbau der Beteiligungsfonds bei hannoverimpuls.

Kleine und mittlere Unternehmen fördern

Kleine und mittlere Unternehmen sind wegen ihres Beschäftigungspotenzials entscheidende Motoren für die Beschäftigung in der Region Hannover.

Wir setzen uns ein für:

- Sensibilisierung und Beratung für Strategien gegen Fachkräftemangel.
- Verbesserung der Zusammenarbeit von Interessenverbänden und der Region Hannover.
- Förderung von Netzwerken zum Wissenstransfer.

Gewerbeflächen sorgfältig entwickeln

In den letzten Jahren sind in erheblichem Umfang neue Gewerbeflächen entwickelt worden, besonders für den Logistiksektor. Immer großflächigere Ansiedlungen haben dazu geführt, dass wir derzeit nur wenig verfügbare Ansiedlungsflächen haben. Gerade in diesem Bereich sind Ansätze für interkommunale und regionale Kooperation nur in Bruchstücken vorhanden. Angesichts der begrenzten Möglichkeiten für weitere Flächeninanspruchnahme wollen wir hier zu anderen Planungsansätzen kommen.

Wir setzen uns ein für:

- Schaffung eines regionalen Flächenpools für zukünftige Gewerbeflächen.
- Unterstützung der Bildung interkommunaler Gewerbegebiete.
- Umsetzung des Logistikflächenkonzepts unter ökologischen Kriterien.

6. Finanzielle Nachhaltigkeit

Wir wollen eine generationengerechte Finanzpolitik in der Region Hannover. Die Vermögenswerte der öffentlichen Infrastruktur müssen erhalten werden. Wir sichern die Handlungsfähigkeit für unsere ökologischen und sozialen Ziele.

Rahmenbedingungen

Solide grüne Haushaltspolitik – gespart wird seit 2002

Die Region Hannover konnte das Haushaltsjahr 2009 mit einem Überschuss von 46 Millionen Euro abschließen. Dies war das Ergebnis einer kontinuierlichen grünen Haushaltskonsolidierungspolitik in der Koalition. Wenn die äußeren Rahmenbedingungen stimmen, ist es möglich, einen in Einnahmen und Ausgaben strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Ein großer finanzpolitischer Erfolg ist es, dass das Klinikum der Region Hannover 2010 erstmals ohne Zuschuss auskommt, nachdem es nach seiner Gründung noch zweistellige Millionenbeträge erhalten hatte. Im Verkehrsbereich konnten die Zuschüsse seit 2002 bei weitgehend gleichem Angebotsniveau um 13 Prozent gesenkt werden. Jetzt hat der Bund die Regionalisierungsmittel nach dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz für die Jahre 2007 bis 2011 im Umfang von insgesamt 33 Millionen Euro gekürzt. Das Land gleicht diese Kürzungen bislang nur in einem geringen Umfang aus.

Wir konnten in den letzten Jahren viel erreichen: Auf die Privatisierung von Aufgaben der regionalen öffentlichen Hand haben wir verzichtet: Die Abfallwirtschaft, die Verkehrsunternehmen üstra und RegioBus und das Klinikum bleiben im Besitz der Region Hannover. Im Verkehrsbereich haben wir erhebliche Kostensenkung durch Optimierungen weitgehend ohne Leistungseinbußen erreicht. Zusätzliche Effekte ergeben sich durch die günstigeren S-Bahn-Verträge ab 2013. Das Klinikum Region Hannover kommt trotz schwieriger Bedingungen im Gesundheitssektor ohne Zuschuss aus und

ist ein Beispiel für erfolgreiche Kommunalwirtschaft. Bei solventen Tochtergesellschaften (KSG, Sparkasse) haben wir durch Gewinnabführungen den Regionshaushalt entlastet, bei üstra und RegioBus die Defizite verringert. Durch leichte Erhöhung der Beihilfen gegenüber 2006 konnten wir das gesellschaftliche Engagement stärken.

Der Rotstift regiert in (fast) allen Kommunen

Viele Kommunen verarmen. Drei Faktoren entfalten kombiniert eine Wirkung auf die Kommunen, deren Wucht unser Gemeinwesen tiefgreifend zu erschüttern droht.

Die Steuereinnahmen der Kommunen sind allein im Jahr 2009 um über elf Prozent eingebrochen, und zwar nicht nur im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Steuerersenkungspolitik des Bundes in den vergangenen Jahren hat in den kommunalen Haushalten massive Spuren hinterlassen.

Auch die einmaligen Investitionshilfen aus dem Konjunkturpaket II sind Ende 2010 ausgelaufen, so dass auch für die Folgejahre ein Minus im kommunalen Gesamthaushalt der Bundesrepublik Deutschland im zweistelligen Milliardenbereich zu erwarten ist. In den Jahren 2009 bis 2013 werden die Städte und Gemeinden voraussichtlich ein Defizit von bis zu 40 Milliarden Euro anhäufen.

Unsere Sozialausgaben steigen stetig und kaum beherrschbar an. Allein die Ausgaben der Region für die Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose stiegen seit Einführung im Jahr 2005 um 46 Prozent auf voraussichtlich 200 Millionen Euro im Jahr 2010, weil der Bund seinen Anteil in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt hat.

Auch die Gemeindefinanzkommission wird die Lage der kommunalen Haushalte nicht verbessern. Den Vorschlag der Bundesregierung, den Kommunen Zuschläge auf die Einkommenssteuer zuzuweisen, lehnen wir wie der Deutsche Städtetag ab. Es darf keinen ruinösen Steuerwettbewerb zwischen der Landeshauptstadt und dem Umland geben, bei dem die Bürger sich ihren Wohnsitz nach dem Steuersatz aussuchen.

Grüne Haushaltspolitik

Gestaltungsspielräume schaffen

Um die notwendigen öffentlichen Leistungen überhaupt erbringen zu können, müssen die Region Hannover und ihre Städte und Gemeinden strukturell mehr Geld in die Hand bekommen.

Vor die Wahl gestellt zwischen höheren Steuern einerseits und gesperrten Brücken, heruntergekommenen Schulen, geschlossenen Theatern und Bibliotheken andererseits, entscheidet sich die Mehrheit der Menschen für eine ausreichende Finanzierung der Kommunen und stellt Gemeinwohl vor Eigennutz. Zahlreiche Umfragen belegen dies.

Um die Investitionsrückstände aufzuholen und unsere sozialen, ökologischen und kulturellen Aufgaben zu finanzieren und um unsere Zukunftsfähigkeit zu sichern, sehen wir GRÜNE folgende Einnahmepotenziale:

Die Gewerbesteuer zur kommunalen Wirtschaftssteuer ausbauen und das Band zwischen Kommune und Unternehmen stärken

Schwarz-Gelb zerschneidet mit der geplanten Abschaffung der Gewerbesteuer das Band zwischen Kommune und Unternehmen und gefährdet die lokale Demokratie. Die Unternehmensbesteuerung würde nach der geplanten Umwandlung in ein Zuschlagsystem zur Einkommenssteuer und zur Körperschaftssteuer nur noch eine untergeordnete Rolle spielen.

Wir fordern deshalb auf Bundesebene eine Verstetigung und gerechtere Gestaltung der Gewerbesteuereinnahmen. Wir wollen die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln. Damit sollen bisherige Gerechtigkeitslücken geschlossen und der Kreis der Steuerpflichtigen erweitert werden. „Steuerergänzungen“ sollen vermieden werden, um Unternehmen, die vor Ort Verantwortung für ihr Gemeinwesen tragen, zu schützen. Dazu müssen auch die FreiberuflerInnen in die Steuerpflicht genommen und Finanzierungsanteile an Fremdkapital (Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten, Lizenzen) stärker berücksichtigt werden. Der heutige Finan-

zierungsanteil von 25 Prozent muss deutlich erhöht werden. Freiberuflerinnen und Freiberufler werden als Personengesellschaften durch die Anrechnung auf die Einkommenssteuer nicht zusätzlich belastet.

Grundsteuer stärken und ökologisch reformieren

Die Grundsteuer ist neben der Gewerbesteuer eine zentrale und stabile Einnahmequelle. Sie ist aber derzeit weder gerecht noch ökologisch. Grundlage der heutigen Grundsteuer sind veraltete Einheitswerte aus dem Jahre 1964. Diese Einheitswerte machen nur einen Bruchteil der Verkehrswerte aus. Außerdem begünstigt die jetzige Grundsteuer flächenintensive Nutzungsformen, wie z. B. das Einkaufszentrum auf der grünen Wiese.

Wir wollen eine bundesweite Grundsteuerreform, die mehr Steuergerechtigkeit und eine ökologische Lenkungswirkung beinhaltet. Wir wollen die Bebauung von innerstädtischen Brachen attraktiver, die der „grünen Wiese“ dagegen unattraktiver machen. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Grundsteuer durch eine Kombination aus Flächennutzungs- und Bodenwertsteuer ersetzen. Davon unberührt bleibt das kommunale Hebesatzrecht. Wir wollen auch sozialpolitische Wirkungen der Grundsteuerreform berücksichtigen.

Keine Schuldenbremse ohne gerechte Finanzausstattung

Nun steht sie im Grundgesetz, die Schuldenbremse für Bund und Länder. Ab 2020 dürfen die Länder keine neuen Schulden machen, der Bund darf sich in geringem Maße weiter neu verschulden und natürlich gibt es Ausnahmen, wenn die weiterhin unregulierten Finanzmärkte uns in neue Krisen stürzen. Wie dieses Verfassungsziel der Schuldenbremse konkret realisiert werden soll, ist ein weitgehend offener Prozess. Generationengerechtigkeit hat für uns einen hohen Wert, wir wollen eine vernünftige Schuldenbremse, aber die Grundlagen müssen stimmen. Es war ein großer Fehler der Föderalismusreform II, gleichzeitig mit der Schuldenbremse das Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen in das Grundgesetz aufzunehmen. Wir wollen dies rückgängig machen. Der Bund muss sich an dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und an einem Ganztagschulprogramm mit direkten Mittelzuweisungen an die Kommunen beteiligen können. Hier geht es nicht nur um einmalige Investitionszuschüsse,

sondern um eine Sicherung der laufenden Kosten.

Gleiches gilt auch für andere Bereiche, in denen durch Gesetze des Bundes oder des Landes über Leistungen aus unserem Haushalt bestimmt wird. Allem voran fordern wir eine angemessene Beteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose, an den Eingliederungsleistungen für Menschen mit Behinderungen sowie an der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte.

Die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand

Die Städte und Gemeinden sind der zentrale Ort der Daseinsvorsorge: von Bildung und Kultur über Gesundheitsversorgung und den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln bis zur Müllabfuhr. Öffentliche Infrastrukturen und ein funktionierender Sozialstaat sind aber nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit und der demokratischen Teilhabe, sondern auch Voraussetzung und Bestandteil erfolgreichen Wirtschaftens.

In den vergangenen Jahren wurden die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge vielerorts in private Hand übertragen. Fast völlig ausgeblendet wurden dabei soziale und ökologische Kriterien sowie die Rolle und Funktion von Kommunen als Orte lokaler Demokratie und politischer Partizipation. Ein Blick auf diese Beispiele zeigt, dass eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben häufig dazu führt, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Die Dienstleistungsqualität für die Bürger konnte oft nicht verbessert werden, die Kosten für die Bürger aber stiegen. Der Grundsatz „Privat vor Staat“ war falsch. „Privat“ bedeutet nicht automatisch „besser und billiger“.

Der Vertrag von Lissabon hat nun durch die Anerkennung des kommunalen Selbstverwaltungsrechtes und durch das Protokoll zur Daseinsvorsorge endlich die rechtlichen und politischen Grundlagen für einen Kurswechsel geschaffen. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern in Zukunft den Zugang zu qualitativ hochwertigen und bezahlbaren kommunalen Dienstleistungen ermöglichen und durch die Region sichern lassen.

Gleichzeitig erhalten und schaffen wir sichere und attraktive Arbeitsplätze, wenn wir die Erledigung kommunaler Aufgaben auf Unternehmen in kommunaler Trägerschaft übertragen. Wir lehnen hier Privatisierungen ab, die zu immer mehr prekären Ar-

beitsverhältnissen führen. Diese Arbeitsverhältnisse müssen oft durch Aufstockung kommunal subventioniert werden.

Wir setzen uns ein für:

- Keine Privatisierung von Unternehmen im Besitz der Region.
- Kommunalisierung[↑] weiterer Bereiche der Daseinsvorsorge dort, wo die Region mit vertretbaren Risiken effiziente Dienstleistungen organisieren kann.

Nachhaltige Finanzpolitik mit klaren Zielen und einem langen Atem

Die Wirtschaftsdaten für die Region Hannover sind günstig. Es bleibt unser Ziel, in den kommenden Jahren die Neuverschuldung kontinuierlich herunterzufahren und die Altschulden abzutragen. Wir machen aber keine Finanzpolitik, damit die Zahlen stimmen. Unseren Erfolg messen wir an der Rendite für das Gemeinwohl. Die Bürgerinnen und Bürger wollen beides: Lebensqualität heute und eine sichere Zukunft für nachfolgende Generationen. Damit wir Politik überhaupt gestalten können und nicht nur die Erledigung von Pflichtaufgaben durch die Verwaltung begleiten, muss das Ziel unserer Finanzpolitik auch sein, dass ca. zehn Prozent der Haushaltsmittel frei gestaltbar bleiben. Derzeit können wir gerade vier Prozent der Haushaltsmittel politisch bewegen. Das ist für die Legitimation einer Regionsversammlung auf Dauer zu wenig.

Mit der Einführung der doppischen[↑] Buchführung ist mehr Transparenz in der Haushaltspolitik erreicht. In der weiteren Umsetzung bieten sich große Chancen, die Kriterien der Nachhaltigkeit, der Solidarität, der Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit zu verankern.

Wir setzen uns ein für:

- Sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung: Die Haushaltskonsolidierung muss weitergeführt werden, die eigenen Anstrengungen zur Defizitreduzierung müssen verstärkt werden.
- Kreditaufnahme für nachhaltige Investitionen ermöglichen: Das Land muss für

Maßnahmen wie z. B. die energetische Sanierung von Schulgebäuden eine Kreditaufnahme ermöglichen.

- Finanzwirtschaft modernisieren: Einführung der doppelten Buchführung↑ mit der Gestaltung der Produktziele↑ und der Steuerungsinstrumente wie Kennzahlenorientierung↑ und Controlling↑ zügig abschließen.
- Abschluss von mehrjährigen Leistungs- und Zuwendungsvereinbarungen↑ zur besseren Steuerung der Aufgaben.

Bürgerschaftliches Engagement fördern

Wir wollen feste Haushaltsmittel für Bürgerstiftungen einsetzen. Da wo eine Stiftung eine kommunale Aufgabe oder Einrichtung übernimmt, da wo es gelingt, Sponsorengelder für ein Vorhaben einzuwerben, soll es möglich sein, dass sich auch die Region mit einem Beitrag beteiligt. Gute Beispiele, wie zum Beispiel der Supermarkt in Bürgerhand in Resse (Gemeinde Wedemark), sollen im Internet veröffentlicht werden. Wir werden auch in Zukunft nicht alle Probleme vor Ort allein mit dem Einsatz von kommunalen Finanzmitteln lösen können. Zur Ehrlichkeit gehört: Politik schafft es nicht alleine, wir brauchen eine aktive Zivilgesellschaft und auch das finanzielle Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner für den Erhalt einer hohen Lebensqualität in der Region Hannover.

Wir setzen uns ein für:

- Ko-Finanzierung für die Übernahme von gesellschaftlichen Aufgaben.
- Entwicklung einer regionalen Engagementstrategie↑.
- Trotz schwieriger Finanzlage halten wir am Förderniveau für Initiativen, Verbände und freie Träger zur Sicherung des bürgerschaftlichen Engagements fest.

Solidarische Finanzierung der Region

Zehn Jahre Region Hannover nehmen wir zum Anlass, das Verhältnis zwischen So-

lidarität und kommunaler Eigenverantwortung neu zu diskutieren. Die Finanzbeziehung zwischen Region und Kommunen werden wir, auch mit Blick auf die unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden, evaluieren.

↑ Glossar

Im **Aktionsplan Demografischer Wandel** sind die einzelnen Arbeitsfelder benannt, mit denen die Regionsverwaltung den Themenkomplex Demografie bearbeitet. Dazu gehört als Schwerpunkt auch die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms, die Ermittlung des Wohnflächenbedarfs und die Stärkung der Strategie „Innen- vor Außenentwicklung“. Aber auch die anderen Verwaltungsbereiche sind mit Ihren auf die Demografie bezogenen Tätigkeitsbereichen berücksichtigt.

Als **Audit** (von lat. *audire*, *hören*; auch als *Anhörung* übersetzt) werden allgemein Untersuchungsverfahren bezeichnet, die dazu dienen, Prozesse hinsichtlich der Erfüllung von Anforderungen und Richtlinien zu bewerten. Dies erfolgt häufig im Rahmen eines Qualitätsmanagements.

Das **„audit berufundfamilie“** unterstützt dabei, eine familienbewusste Personalpolitik nachhaltig umzusetzen. Es ist das strategische Managementinstrument zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Empfohlen von allen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, ermittelt das audit berufundfamilie Potenziale und bietet spezifische Lösungen an.

Benchmark (engl. „Maßstab“) oder **Benchmarking** (= Maßstäbe setzen) bezeichnet eine vergleichende Analyse mit einer festgelegten Richtgröße.

Der Begriff **Best Practice**, auch Erfolgsmethode genannt, stammt aus der angloamerikanischen Betriebswirtschaft und bezeichnet bewährte, optimale bzw. vorbildliche Methoden, Praktiken oder Vorgehensweisen im Unternehmen bzw. in der Organisation. Wenn ein Unternehmen nach best practice vorgeht, setzt es z. B. bewährte und kostengünstige Verfahren, technische Systeme und Geschäftsprozesse ein, die sich an den Besten in einer Gruppe orientieren.

Bike+Ride (englisch für „Fahrrad und mitfahren“) ist ein Modell zur Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs, ähnlich dem Konzept von Park+Ride. Bike+Ride bedeutet, dass man bis zu einer Bahnstation oder Bushaltestelle mit dem Fahrrad fährt, dort sein Fahrrad in eine spezielle Fahrradabstellanlage abstellt und dann mit Bus und Bahn weiterreist.

Der **Biologismus** ist eine weltanschauliche Position, die menschliche Verhaltensweisen und gesellschaftliche Zusammenhänge vordringlich durch biologische Gesetzmäßigkeiten zu erklären versucht. Viele politische Strömungen (u. a. der Faschismus) haben biologistische Erklärungsmodelle für ihre Zwecke instrumentalisiert, indem sie Biologismen zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung verwendeten.

Der **Biotopverbund** oder die **Biotopvernetzung** ist die Schaffung eines Netzes von (Einzel-)Biotopen, welches das Überleben bestimmter Arten sichert. Der Biotopverbund ist dann gegeben, wenn ein funktionaler Kontakt zwischen Biotopen (Lebensräumen) besteht, der eine Vernetzung zwischen Populationen von Organismen in Form von Beziehungssystemen ermöglicht. Er funktioniert dann, wenn die zwischen gleichartigen Lebensräumen liegende Fläche für Organismen überwindbar ist, so dass ein beidseitiger Individuenaustausch möglich ist.

Das **Bodenschutzkonzept Stuttgart** (BOKS) beschäftigt sich mit Methoden und Strategien zur nachhaltigen Nutzung der Ressource „Boden“. Die vorhandenen Böden werden in Quantität und Qualität klassifiziert. Mit Hilfe einer Kartendarstellung kann die Bodeninanspruchnahme bilanziert werden. Absicht des BOKS ist, Planern und politischen Entscheidungsträgern geeignete Strategien und Zielsetzungen samt zugehörigen Wechselwirkungen aufzuzeigen, die man für nachhaltigen Bodenschutz in der Kommune braucht.

Brachenmanagement oder **Flächenmanagement** ist ein Instrument zur nachhaltigen Entwicklung von Flächen (Grundstücken). Es beinhaltet die vollständige Analyse der potentiellen Nutzungsmöglichkeit einer Brachfläche, unter ökonomischen und ökologischen Aspekten.

Der **BürgerInnenhaushalt**, auch **partizipativer Haushalt** oder **Beteiligungshaushalt** genannt, ist eine in den 1980er Jahren entwickelte, direkte Art von (kommunaler) Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung einer Stadt, einer Gemeinde oder einer anderen Verwaltungseinheit bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Bürger mindestens über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen und entscheiden.

Carsharing auch **Teilauto** genannt ist die organisierte gemeinschaftliche Nutzung eines oder mehrerer Autos. Stadtmobil ist ein Carsharing-Verbund, der im Raum Hannover 140 Fahrzeuge zur Verfügung stellt.

Controlling (von englisch: to control für „steuern“, „regeln“) ist ein umfassendes Steuerungs- und Koordinationskonzept zur Unterstützung der verantwortlichen Stellen bei der zielgerichteten Beeinflussung bestehender betrieblicher Prozesse. Aufgabe des Controllings ist es, im Auftrag des Managements über die Wirtschaftlichkeit im Unternehmen zu wachen, jedoch nicht, diese zu garantieren. Im Zuge der Umstellung des kommunalen Haushaltswesens auf die Doppik[↑] wird das Controlling in öffentlichen Verwaltungen eingeführt.

Das **Datenschutzaudit** bewertet datenschutzrechtliche Gesichtspunkte von Verfahren und Techniken auf die Erfüllung von Anforderungen und Richtlinien. (vgl. [↑]Audit)

Dezentrales Energiemanagement besteht aus Erzeugungs- und Lastmanagement, mit dem die dezentralen Stromerzeuger und -verbraucher koordiniert werden.

Dezentrale Energiespeicher sind beispielsweise Batteriespeicher, die mit (Wind- oder Solar-) Überschussstrom beladen und bei Knappheit wieder in das Netz entladen werden.

Die **doppelte Buchführung** – auch kaufmännische Buchführung genannt – ist die in der privaten Wirtschaft vorherrschende Art der Finanzbuchhaltung. Man spricht von „doppelter“ Buchführung, weil jeder Geschäftsvorgang in zweifacher Weise erfasst wird. Es wird zeitgleich jeweils genau der gleiche Wert im Soll und im Haben gebucht. Die „**DOPPELte Buchführung In Konten**“ wird im Bereich der öffentlichen Verwaltung als **Doppik** bezeichnet, daher ist gelegentlich auch von **doppischer Buchführung** die Rede.

Energie- und Stoffstrommanagement (ESSM) zielt auf die ökologische und ökonomische Beeinflussung von Stoff- und Energieströmen. Hauptziele sind dabei die Ressourcen- bzw. Materialeffizienz und das Schaffen nachhaltiger Kreisläufe.

Strategie (vom altgriechischen strategós, Feldherr, Kommandant) ist ein längerfristig

ausgerichtetes planvolles Anstreben eines Ziels unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel und Ressourcen, meist mit Angabe von Teil- oder Etappenzielen. Die **Engagementstrategie** beschreibt die Aktivitäten mit dem Ziel, freiwillige und Gemeinwohl fördernde Betätigung von Bürgerinnen und Bürgern zu erzeugen.

E-Partizipation umfasst alle internetgestützten Verfahren, die eine Beteiligung von Bürgern am politischen Entscheidungsprozess ermöglichen.

Die **Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (EU-Charta für die Gleichstellung)** verpflichtet die Lokal- und Regionalregierungen Europas zur Schaffung von mehr Gleichheit für ihre Bevölkerung. Sie wurde erarbeitet und gefördert vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas und seinen Partnern.

Die **Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie**, kurz **FFH-Richtlinie** oder **Habitatrichtlinie**, ist eine Naturschutz-Richtlinie der Europäischen Union, die von den Mitgliedstaaten der EU 1992 beschlossen wurde. Das Netz besonderer Schutzgebiete, das nach der FFH-Richtlinie sowie nach der Europäischen Vogelschutzrichtlinie eingerichtet wurde, wird **Natura 2000** genannt.

Der Schwerpunkt der Freiraumsicherung liegt auf dem Freihalten eines Gebiets von Bebauung. Ein **Freiflächenverbundsystem** nutzt die Freiflächen für weitere qualitative Ziele wie Entwicklung der biologischen Vielfalt.

Frischlufschneisen sind zusammenhängende, hindernisfreie Gebiete vom Umland bis in städtische Gebiete, in dem Frischluft transportiert werden kann. Sie sollen möglichst weit weg von Straßen und Industriegebieten verlaufen, damit die Luft sich auf ihrem Weg in die Innenstadt nicht mit Schadstoffen anreichert.

Die Grundidee des Projekts **Gartenregion** Hannover ist die Verknüpfung öffentlicher und privater Parks, Gärten und Landschaftsräume in den 21 Kommunen der Region Hannover zu einem nachhaltigen Netzwerk für die Naherholung bei gleichzeitiger Verknüpfung mit attraktiven Kulturangeboten. Ursprünglich mit dem Aktionsjahr 2009 gestartet ist die Gartenregion zu einer dauerhaften Marke weiterentwickelt worden.

Die Strategie **Gender Budgeting** verfolgt das Ziel eines geschlechtergerechten Haushalts. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass die bisher vorherrschende geschlechtsblinde Haushaltspolitik ungerechte Verteilungseffekte hat und gesellschaftliche Unterschiede teilweise noch verstärkt – anstatt im Sinne des staatlichen Gleichstellungsauftrages zu wirken. Deswegen soll es mit Gender Budgeting zu einer gerechteren Verteilung der Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Haushalte kommen.

Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur Herstellung von Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Danach muss vor jeder Entscheidung geprüft werden, welche Auswirkungen diese jeweils auf Frauen und Männer hat. Frauenförderung wird dadurch nicht unnötig, sondern bleibt notwendig um bestehende Ungleichheiten zu beheben.

Die Hannoversche Informationstechnologien (**HannIT**) sind eine Anstalt öffentlichen Rechts getragen von der Region Hannover und den Städten und Gemeinden und erbringen Dienstleistungsaufgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik.

hannoverimpuls ist die 2003 gegründete gemeinsame Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft von Stadt und Region Hannover. hannoverimpuls unterstützt Gründung, Ansiedlung und Wachstum von Unternehmen am Wirtschaftsstandort Hannover.

Für alle GVH-Abonnenten gibt es gegen einen geringen Aufpreis, das volle Mobilitätspaket mit **HANNOVERmobil**. Neben dem Baustein CarSharing gehört auch ein Gutschein für die BahnCard 25, 20% Rabatt auf alle Taxifahrten mit Taxi 3811 und noch weitere Serviceleistungen dazu.

Eine **Kennzahl** ist eine *Maßzahl* und dient zur wiederholbaren Messung einer Größe oder eines Zustands oder Vorgangs. In der Betriebswirtschaft werden Kennzahlen als Basis für Entscheidungen, zur Kontrolle, zur Dokumentation und/oder zur Koordination wichtiger Sachverhalte und Zusammenhänge eingesetzt.

Kita ist die Kurzform von **Kindertagesstätte** oder **Kindertageseinrichtung** und umfasst die Kinderbetreuung in Einrichtungen für alle Altersgruppen bis zum 14. Lebensjahr.

Die **Kindertagespflege** bezeichnet die Tätigkeit von sogenannten Tagesmüttern und Tagesvätern und ist der Betreuung in Einrichtungen weitgehend gleichgestellt.

Kommunalisierung bezeichnet die Verlagerung von bisher privat wahrgenommenen Aktivitäten auf kommunale Verwaltungsträger (z.B. Landkreise, Städte und Gemeinden). Wenn dadurch früher vorgenommene Privatisierungen rückgängig gemacht werden, wird von **Rekommunalisierung** gesprochen.

Die **Kreissiedlung Hannover (KSG)** ist die Wohnungsbaugesellschaft der Region Hannover und der Städte und Gemeinden des Umlands. Sie fühlt sich der Aufgabe verpflichtet, die Bevölkerung mit soliden und preisgünstigen Wohnungen zu versorgen.

Kultursensible Pflege bedeutet, dass Pflegende bei der Versorgung von Menschen, die einem anderen Kulturkreis angehören als sie selbst, über die kulturellen Unterschiede Bescheid wissen und diese berücksichtigen müssen.

Der **Landschaftsrahmenplan** ist ein gutachterlicher Fachplan des Naturschutzes, den die Naturschutzbehörde der Region Hannover für ihr Gebiet im übertragenen Wirkungsbereich aufstellen und fortschreiben muss. Er stellt die Ziele und die erforderlichen Maßnahmen für den Schutz und die Entwicklung der Schutzgüter Arten und Biotope, Landschaftsbild, Boden und Wasser sowie Klima und Luft im Maßstab 1:50.000 dar.

Leistungsvereinbarungen: siehe ↑Zuwendungsvereinbarungen

Kraftfahrzeuge zur individuellen Nutzung wie PKW und Motorrad werden als **motorisierter Individualverkehr (MIV)** bezeichnet.

Bei Bebauung oder Versiegelung von Flächen müssen Ausgleichsflächen geschaffen werden. Ein **Naturschutz-Ausgleichspool** bündelt diese Maßnahmen räumlich und kann damit höherwertige zusammenhängende Flächen entwickeln.

Niederflurtechnik bezeichnet die Ausführung von Fahrzeugen vor allem des Öffentlichen Personennahverkehrs mit besonders tief liegenden Böden (oder Fluren). Damit wird auch Fahrgästen die durch körperliche Einschränkungen in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind oder die mit beispielsweise einem Kinderwagen unterwegs sind

die Nutzung erleichtert.

Als **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)** wird in Deutschland der Personenverkehr als Teil des öffentlichen Verkehrs (ÖV) auf Straße und Schiene im Nahbereich bezeichnet.

Die **O-Tonne** (O für orange, wegen der Farbe des Deckels) spart Fahrten zum Wertstoffhof, trägt zu einem saubereren Ortsbild bei und spart Abfallgebühren. Die Erlöse aus dem Verkauf der Wertstoffe fließen eins zu eins in die Gebühren ein. In die O-Tonne gehören: Textilien in Säcke verpackt, Elektro-Kleingeräte und Gegenstände aus Kunststoff und Metall, die keine Verkaufsverpackung sind. Verkaufsverpackungen werden auch weiterhin im Wertstoffsack gesammelt und können bei Bedarf wöchentlich bereitgestellt oder im Sack mit in die O-Tonne gegeben werden.

Pedelec steht für *Pedal Electric Cycle* und ist eine Wortschöpfung von Susanne Brüsch in ihrer Diplomarbeit von 1999. Wesentliches Merkmal eines *Pedal Electric Cycle* gegenüber einem Elektrofahrrad allgemeiner Art ist, dass das Fahrrad hybrid mit Elektromotor *und* Muskelkraft betrieben wird. Ohne Treten (oder Kurbelbewegung) gibt der Pedelec-Motor keine Leistung ab.

Als „**Pflege-TÜV**“ oder **Pflegenoten** werden im allgemeinen Sprachgebrauch die Prüfungen von stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegeanbietern durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) bezeichnet.

Ziel des Förderprogramms **Pro-Aktiv-Center (PACE)** ist es, individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche im Alter vom 14. bis zum 27. Lebensjahr im Rahmen von Case Management zu fördern. Hierbei soll gemeinsam mit den Jugendlichen abgestimmt werden, welcher Bedarf besteht und welche Unterstützung benötigt wird, um die Integration in Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft zu finden. Dabei werden auch junge Menschen begleitet, die von anderen Einrichtungen nicht oder nicht mehr erreicht werden. Die Pro-Aktiv-Center werden vom Europäischen Sozialfonds, dem Land, der Region Hannover und dem Jobcenter finanziert.

In der ↑Doppik erfolgt die Gliederung des Haushaltswesens nach **Produkten**, die die Leistungen der Verwaltung beschreiben. Die Steuerung der Verwaltungsleistung er-

folgt anders als im traditionellen Haushaltswesen nicht über die Menge des zur Verfügung gestellten Geldes (Input) sondern über **Produktziele**, welche die Menge oder Qualität der Leistung (Output) oder deren Wirkung (Outcome) beschreiben.

Unter **Raumplanung** werden die planerischen Vorgänge subsumiert, ein bestimmtes Gebiet als geographischen Raum nach seinen naturräumlichen, wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten zu ordnen und gezielt zu nutzen.

Regenbogenfamilien werden Familien genannt, bei denen Kinder bei zwei gleichgeschlechtlichen Partnern als eine Familie leben.

Die Region Hannover legt im **Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP)** ihre räumliche und strukturelle Entwicklung in Zielen und Grundsätzen der Raumordnung fest. Das aktuelle RROP 2005 ist seit Januar 2006 rechtskräftig und auf einen Planungszeitraum von ca. 10 Jahren ausgerichtet.

Die **Region-S-Karte** ist der Berechtigungsnachweis für die vergünstigte Nahverkehrsfahrkarte ↑Ticket S (Sozialticket). Der Hannover-Aktiv-Pass der Landeshauptstadt Hannover gilt ebenfalls als Berechtigungsnachweis. Die Region-S-Karte bekommt, wer entweder laufende Leistungen nach dem SGB XII erhält, Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem SGB II erhält, laufende Grundleistungen und Leistungen in besonderen Fällen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält oder laufend ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz erhält. Daneben gilt die Region-S-Karte als Nachweis für weitere Vergünstigungen, z.B. bei Zoo-Eintrittskarten oder für Angebote in einzelnen Städten bzw. Gemeinden der Region.

Die **Regionalplanung** dient unterhalb der staatlichen Raumordnung der Konkretisierung, der fachlichen Integration und Umsetzung landesplanerischer Ziele. Sie nimmt damit eine vermittelnde Stellung zwischen staatlicher und kommunaler Planung ein. Die Region Hannover ist für ihr Gebiet Trägerin der Regionalplanung (vgl. ↑RROP).

Rekommunalisierung: ↑ **Kommunalisierung.**

Repowering bezeichnet das Ersetzen alter Anlagen zur Stromerzeugung durch neue

Anlagen, beispielsweise mit höherem Wirkungsgrad. Eine große Bedeutung hat Re-powering in der Windenergiebranche. Windenergieanlagen sind für eine Lebensdauer von etwa 25 Jahren ausgelegt. Durch die rasante Entwicklung der Technologie in den letzten Jahren ist es wirtschaftlich vertretbar, schon vor Ablauf der technischen Lebensdauer alte, kleine Anlagen durch neue, größere zu ersetzen.

RROP: Abkürzung für ↑Regionales Raumordnungsprogramm

Als **Schienenpersonennahverkehr (SPNV)**, auch **Schienenahverkehr** werden in Deutschland die Verkehrsleistungen der Eisenbahnverkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr bezeichnet. Der Begriff umfasst die Zuggattungen Regional-Express, Regionalbahn (früher Nahverkehrszug) und S-Bahn.

Sexuelle Orientierung beschreibt, zu welchem Geschlecht sich jemand mit seinen oder ihren Wünschen, Fantasien und im konkreten Begehren hingezogen fühlt. Verschiedene Menschen können auf vielfältige Weise ihre sexuelle Identität erleben.

Shared Space (englisch für „gemeinsam genutzter Raum“) bezeichnet ein Modell der Verkehrsraumplanung, das die dominante Stellung des motorisierten Verkehrs aufhebt und für eine gleichberechtigte Nutzung aller Verkehrsteilnehmer sorgt. Charakteristisch für Shared-Space-Zonen ist dabei das Fehlen von Verkehrszeichen, Ampeln und Fahrbahnmarkierungen, während unter anderem die Vorfahrtsregel weiterhin Gültigkeit besitzt. Erste Projekte in den Niederlanden, wo Shared Space bereits in den 1980er-Jahren ausprobiert wurde, führten zu einer verbesserten Unfallstatistik und steigerten die Lebensqualität. In Niedersachsen gibt es Shared Space in Bohmte.

Die **Silver Economy** (engl.: silberne Wirtschaft, Seniorenwirtschaft) ist der Teil der Wirtschaft, der sich mit altersgerechten Produkten und Dienstleistungen auf den wachsenden Anteil älterer Menschen spezialisiert hat.

SPNV: Abkürzung für ↑Schienenpersonennahverkehr

Stoffstrommanagement: siehe ↑Energie- und Stoffstrommanagement (ESSM)

Telearbeit werden Arbeitsformen genannt, bei denen Mitarbeiter zumindest einen

Teil ihrer Arbeit außerhalb der Gebäude des Arbeitgebers erledigen und dabei auf Computer, Fax und Telefon zurückgreifen. Die Möglichkeit, zum Beispiel von zuhause aus zu arbeiten, ist besonders für solche Mitarbeiter attraktiv, die nicht regelmäßig im Büro erscheinen können, etwa weil sie Kinder betreuen. Für Unternehmen bietet Telearbeit auch den Vorteil, dass weniger Büroflächen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Das **Ticket S** ist eine vergünstigte Tageskarte für Bus und Bahn (Sozialtarif). Sie gilt zusammen mit der Region-S-Karte[↑] und einer Wertmarke S.

Transgender (lat. *trans* „jenseitig“, „darüber hinaus“ und engl. *gender* „soziales Geschlecht“) ist ein Begriff für Abweichungen von der zugewiesenen sozialen Geschlechterrolle beziehungsweise den zugewiesenen sozialen Geschlechtsmerkmalen (Gender).

Umweltverbund bezeichnet die Gruppe der „umweltverträglichen“ Verkehrsmittel: FußgängerInnen, öffentliche oder private Fahrräder, öffentliche Verkehrsmittel (Bahn, Bus und Taxis), sowie Carsharing und Mitfahrzentralen.

Ein vegetarischer Tag pro Woche (**VeggiDay**) bietet in Kitas, Schulen, Krankenhäusern und in Kantinen sowie bei Veranstaltungen Gelegenheit, eingefahrene Ernährungs- und Konsumgewohnheiten zu überdenken. Ziele des vegetarischen Tages sind vor allem durch weniger Fleischverzehr das Klima zu schützen, Ressourcen zu schonen und die Entwicklung einer bewussten und gesunden Esskultur.

Der (integrierte) **Verkehrsentwicklungsplan pro Klima** wird seit dem Frühjahr 2010 mit Unterstützung durch Fördermittel des Bundesumweltministeriums aufgestellt. In ihm werden mögliche Maßnahmen im Hinblick auf ihr CO₂-Vermeidungspotenzial hin untersucht. Als Ergebnis wird ein Katalog vorliegen, der kurzfristig umsetzbare Projekte sowie mittel- und langfristige Maßnahmenvorschläge enthält. Es sollen Planungsvorschläge, politische Weichenstellungen und langfristig wirkende Ansätze enthalten sein. Der Plan soll sich an der dreistufigen Verkehrsstrategie der Region Hannover orientieren: Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern, Verkehr verträglich abwickeln. Diese Ansätze sollen in ein konkretes Handlungskonzept überführt werden.

Eine **Zuwendungsvereinbarung** ist ein mittel- oder langfristig abgeschlossener Vertrag über einen finanziellen Zuschuss (Förderung) einer öffentlichen Stelle zu Gunsten einer (häufig gemeinnützigen) privaten Organisation. Durch den Vertrag kommt für den Empfänger Planungssicherheit zustande. Wenn der Empfänger konkrete Gegenleistungen zusichert spricht man auch von einer Leistungsvereinbarung.